



Stenografischer Bericht

74. Sitzung

am Freitag, dem 17. Februar 2006,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 5243, 5302

TOP 25

Aktuelle Debatte

- a) Sachsen-Anhalt holt auf - keine Abkehr von der erfolgreichen Wirtschaftsförderung

Antrag der Fraktion der FDP
- Drs. 4/2624

Herr Dr. Schrader (FDP)..... 5243
Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS) 5244
Herr Gürth (CDU) 5246
Frau Budde (SPD) 5248
Minister Herr Dr. Rehberger 5252
Herr Bullerjahn (SPD) 5255
Herr Wolpert (FDP)..... 5256
Herr Gallert (Linkspartei.PDS) 5256

- b) EU-Dienstleistungsrichtlinie - ein fauler Kompromiss

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drs. 4/2625

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS)..... 5257
Herr Dr. Sobetzko (CDU) 5258
Herr Dr. Püchel (SPD) 5260
Frau Röder (FDP) 5262

TOP 4

Zweite Beratung

Entwurf eines Rettungsdienstgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
- Drs. 4/1300

Entwurf eines Rettungsdienstgesetzes Sachsen-Anhalt (RettDG 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/2254

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales - Drs. 4/2589

Änderungsanträge der Fraktion der SPD
 - Drs. 4/2632, 4/2633, 4/2634, 4/2535,
 4/2636, 4/2637 und 4/2638

Änderungsanträge der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drs. 4/2639, 4/2640, 4/2641 und
 4/2642

(Erste Beratung in der 33. Sitzung des Landtages am 22.01.2004 bzw. in der 61. Sitzung des Landtages am 07.07.2005)

Frau Dr. Kuppe (Berichterstatterin)	5263
Minister Herr Kley	5265
Frau Liebrecht (CDU)	5267
Frau Bull (Linkspartei.PDS)	5268
Herr Scholze (FDP)	5269
Frau Dr. Kuppe (SPD)	5271
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer	5272
Beschluss	5275

TOP 19

Beratung

Effiziente Nutzung der Landesliegenschaften durch Landesbehörden

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
 - Drs. 4/2618

Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS)	5277
Minister Herr Prof. Dr. Paqué	5278
Herr Tullner (CDU)	5281
Herr Felke (SPD)	5282
Frau Dr. Hüskens (FDP)	5283
Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS)	5283
Beschluss	5285

TOP 21

Beratung

Keine Ausbaumaßnahmen an der Elbe

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
 - Drs. 4/2620

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/2631

Herr Czeke (Linkspartei.PDS)	5285, 5293
Minister Herr Dr. Daehre	5287
Herr Qual (FDP)	5290
Herr Felke (SPD)	5291
Herr Schröder (CDU)	5292
Beschluss	5293

TOP 22

Beratung

Zukunft des Programms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
 - Drs. 4/2621

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/2644

Frau Tiedge (Linkspartei.PDS)	5294, 5298
Staatsminister Herr Robra	5295
Herr Droese (FDP)	5296
Herr Bischoff (SPD)	5297
Herr El-Khalil (CDU)	5297
Beschluss	5298

TOP 23

Beratung

Erklärung der Zukunftskommission „Perspektiven für unsere Regionen“

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/2622

Frau Wybrands (CDU)	5298, 5302
Staatsminister Herr Robra	5299
Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS)	5300
Herr Kosmehl (FDP)	5301
Herr Dr. Püchel (SPD)	5301
Beschluss	5302

Beginn: 9.06 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 74. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode.

Ich begrüße Sie dazu recht herzlich und habe zu Beginn gleich etwas sehr Angenehmes zu verkünden. Der Abgeordnete Herr Kolze hat heute Geburtstag. Ich möchte ihm im Namen des Hohen Hauses sowie auch persönlich recht herzlich gratulieren und ihm alles Gute wünschen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen nunmehr die 38. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen heute die Beratung vereinbarungsgemäß mit dem Tagesordnungspunkt 25 - Aktuelle Debatte. Darauf folgt der Tagesordnungspunkt 4.

Gestatten Sie mir, gleich zu Beginn noch eine organisatorische Information bezüglich der Mittagsversorgung zu geben. Ich möchte Sie darüber informieren, dass aufgrund einer im Anschluss an die Plenarsitzung stattfindenden Veranstaltung im Landtagsrestaurant die Mittagsversorgung heute im Bereich des Ostflügels im ersten Obergeschoss angeboten wird.

Meine Damen und Herren! Ich rufe **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Aktuelle Debatte

Für die Aktuelle Debatte liegen zwei Beratungsgegenstände vor. Ich rufe das erste Thema auf:

Sachsen-Anhalt holt auf - keine Abkehr von der erfolgreichen Wirtschaftsförderung

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 4/2624**

Für jedes Thema in der Aktuellen Debatte beträgt die Redezeit wie immer zehn Minuten. Es wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: FDP, Linkspartei.PDS, CDU und SPD. Doch zunächst hat der Antragsteller das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Schrader, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Danke. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit großem Vergnügen las ich letztens in der Zeitung, in fast allen Bereichen akzeptiert der SPD-Spitzenkandidat im Wesentlichen die Politik, die von der jetzigen Landesregierung gemacht wird. Gestern hörte sich das allerdings ganz anders an. Aber, Herr Bullerjahn, Sie erzählen viel, wenn der Tag lang ist. Auch das habe ich der Zeitung entnehmen können,

(Oh! bei der SPD - Zuruf von Herrn Dr. Polte, SPD)

ob das die Schulpolitik betrifft, die Kreisgebietsreform oder die Hochschulpolitik. Da fragt man sich: Gibt es denn überhaupt einen Streitpunkt, bei dem die SPD und Sie nicht wackeln? - Ja, es gibt ihn. Es ist die Wirtschaftsförderung. Schaut man sich dies genauer an, so stellt man Folgendes fest: Sie wollen - das haben Sie gestern auch zum Ausdruck gebracht - zum Beispiel ei-

ne Verstärkung der Beschäftigungswirksamkeit der Förderung und eine hohe Effizienz bei geringer werdendem Budget. Das steht in Ihren Perspektiven.

Nun ist über die Wirtschaftsförderung in dieser Legislaturperiode schon des Öfteren strittig diskutiert worden. Es gab zwei Modifizierungen der Investitionsförderung durch die Landesregierung, die sich erstens auf eine stärkere Fokussierung auf Arbeitsplatzschaffung, zweitens auf einen Ausschluss von Branchen aus der Förderung, die sich im regionalen Verdrängungswettbewerb befinden, und drittens auf eine Begrenzung der Anzahl der Förderungen pro Vorhaben bezogen.

Ich erinnere mich an das große Geschrei von Frau Budde in den Ausschusssitzungen, als wir darüber diskutiert haben. Nun stelle ich fest, auch nach den gestrigen Ausführungen von Herrn Bullerjahn, dass wir einiges von dem, was Sie uns nun als neue Strategie verkaufen wollen, schon lange gemacht haben. - Willkommen in der Realität!

Aber, Herr Bullerjahn, Sie sagen auch ganz dezidiert: „Wir wollen Fördermittel auf Branchen und Standorte konzentrieren.“ Hierin unterscheiden wir uns grundsätzlich. Dies ist, meine Damen und Herren, in der Tat ein gravierender Streitpunkt; denn in seinen „Einsichten und Perspektiven - Sachsen-Anhalt 2020“ wird Herr Bullerjahn konkreter und verkündet, dass die Wirtschaftsförderung räumlich und sektorale auf wenige überregionale Standorte konzentriert wird - nachzulesen auf Seite 18. Im Klartext heißt das: Die Höchstförderung wird es mit der SPD nur noch in den Räumen Magdeburg und Halle geben, vielleicht auch in der westlichen Altmark und in Wernigerode. Aber das soll es dann auch gewesen sein.

Das ist ein klarer Systemwechsel, wie ihn die Kammern und Institute keinesfalls wollen. Zu Deutsch: Geht es nach der SPD, wird es in Zukunft weder in Dessau noch in Hettstedt, weder in Stendal noch in Zielitz und Zeitz, weder in Wittenberg noch in Bernburg, weder in Halberstadt noch in Sangerhausen, weder in Zerbst noch in Genthin eine Höchstförderung bei Ansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen bei Industrie und industrienahen Dienstleistungen geben.

Herr Bullerjahn, Sie wissen ganz genau, wie heiß umkämpft Neuansiedlungen in Ostdeutschland sind, wie spitz der Bleistift ist, mit dem Investoren die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der Standorte in Ostdeutschland, in Europa und in der Welt durchrechnen.

Ein neuer Chemieinvestor, der sich in Wittenberg ansiedeln möchte, bekommt dort nach Ihrem Konzept keine Höchstförderung mehr und wird, da er mindestens zwei andere Standorte im Visier hat, nicht nach Wittenberg gehen, sondern wohl in Richtung Osten wandern. Bei einem neuen Investor aus der Automobilzulieferindustrie oder dem Maschinenbau, der nach Sangerhausen oder Hettstedt möchte, wird es mit der SPD zu keiner Ansiedlung kommen.

Die Außenwirkung ist zudem katastrophal. Es wird dann heißen: In Sachsen-Anhalt gibt die Regierung vor, wo sich ein Investor anzusiedeln hat.

Nach Auffassung der FDP ist es unverantwortlich, 80 bis 90 % des Landes aus dem Wettbewerb um Arbeitsplätze schaffende Investitionen faktisch auszuschließen.

(Zustimmung von der Regierungsbank)

Förderbedingungen sind so zu gestalten, meine Damen und Herren, dass sie für Investoren möglichst attraktiv

sind. Wir haben das seit der Regierungsübernahme im Jahr 2002 deutlich gemacht. Im Zuge der Ansiedlungs offensive der Landesregierung sind seit 2002 mehr als 23 000 neue Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe entstanden. Davon haben alle Teile des Landes profitiert und die Wirtschaftsdaten sprechen ebenfalls für sich. Wir haben alle zur Verfügung stehenden EU- und Bundesmittel für die Wirtschaftsförderung genutzt.

Sie haben in Ihrer Zeit 400 Millionen € allein an Bundesmitteln zurückgegeben, weil Sie keine Investitionsprojekte hatten. Sie hatten keine Projekte, weil Ihre Strategie der Wirtschaftsförderung und die Attraktivität für Investitionen im Land nicht gut genug waren. Das wird durch das Länderstandortranking klar belegt, bei dem Sachsen-Anhalt deutlich aufgeholt hat. Das könnte ich auch mit Zitaten unseres gemeinsamen Freundes Erich Wasserthal, erfolgreicher SPD-Bürgermeister im Sülzetal, oder mit Einschätzungen der Wirtschaftsverbände belegen.

Das wirtschaftliche Image des Landes hat sich deutlich verbessert, insbesondere auch für ausländische Investoren. Es gibt nach Auffassung der FDP keinen vernünftigen Grund, die erfolgreiche Wirtschaftsförderung der Regierungskoalition infrage zu stellen und in Zukunft große Teile des Landes von der wirtschaftlichen Entwicklung abzuhalten.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Im Übrigen: Nach Ihrer Philosophie hätten Standorte wie Leuna, Wolfen, Aschersleben, Arneburg oder Zeitz niemals eine so erfolgreiche Entwicklung nehmen können. Niemand kann voraussagen, ob nicht in ein oder zwei Jahren ein Großinvestor an einen Standort kommen möchte, an den man bisher überhaupt nicht gedacht hat. Das wird dann aber nicht passieren, weil Sie vorher nach außen hin verkünden: Wir fördern nur noch in Ballungszentren. - Sie verhindern mit Ihrer Strategie auch das Entstehen neuer industrieller Kerne.

Die von der SPD geforderte Konzentration der Höchstförderung auf Ballungszentren hätte auch sonst fatale Folgen für unser Land. Es gibt in Sachsen-Anhalt eine Reihe von Industriestandorten, die weder in zentralen Orten noch an Entwicklungssachsen liegen. Dies ist - nehmen wir Harzgerode oder Rothenburg - geschichtlich oder - nehmen Sie Profen, Amsdorf, Zielitz oder Elbingeroode - durch Rohstoffvorkommen bedingt. An diesen Standorten sind in den letzten 15 Jahren hochmoderne, weltweit wettbewerbsfähige Unternehmen entstanden, die immer wieder durch Investitionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Es ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, warum Herr Bullerjahn in Zukunft diese Unternehmen, wenn sie weitere Arbeitsplätze schaffen wollen, deutlich schlechter fördern will als Unternehmen in Magdeburg oder Halle.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Mit der FDP - auch mit der CDU, davon bin ich fest überzeugt - wird es demgegenüber auch in Zukunft bei der Förderung von Unternehmen keine Zweiklassengesellschaft à la Bullerjahn geben.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Noch ein weiterer Aspekt muss beleuchtet werden: Ein beachtlicher Teil der Mittel für die Wirtschaftsförderung fließt bekanntlich in die Infrastruktur. Davon profitiert in

besonderem Maße die touristische Infrastruktur, also Projekte zum Ausbau der touristischen Markensäulen „Straße der Romanik“, „Blaues Band“, „Gartenträume“ und „Himmelswege“. So gut wie alle diese Projekte kamen nur deshalb zustande, weil das Land kommunalen Trägern die Höchstförderung gewähren konnte.

Würde das Land Sachsen-Anhalt in Zukunft die Höchstförderung nur noch in den Räumen Magdeburg und Halle und in den Grenzregionen zu Niedersachsen gewähren, gäbe es praktisch keinen Ausbau der touristischen Infrastruktur mehr. Gerade der Tourismus ist aber eine wichtige Wachstumsbranche und hat in Sachsen-Anhalt unter der jetzigen Landesregierung die besten Ergebnisse seit der Wende erzielt. Insofern kann ich mir gar nicht vorstellen, dass Sie, Herr Bullerjahn, Ihre Forderungen mit Ihrer Kollegin Kachel abgestimmt haben.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Sehr wahr!)

Für die FDP-Fraktion steht demgegenüber fest: Die touristische Infrastruktur wird auch in Zukunft in allen touristischen Schwerpunktbereichen ausgebaut werden, dort, wo das notwendig ist, auch mit der Höchstförderung.

Zum Schluss möchte ich mich bei Ihnen, Herr Bullerjahn, ausdrücklich bedanken; denn Sie haben rechtzeitig vor der Landtagswahl deutlich gemacht, wo die Gemeinsamkeiten, aber auch die konzeptionellen Unterschiede zwischen den Regierungsparteien einerseits und Ihnen als SPD-Opposition andererseits liegen.

Bei dem Konzept für die Wirtschaftsförderung gibt es in der Tat gravierende Unterschiede. Würde Herrn Bullerjahns planwirtschaftliches und investitionsfeindliches Konzept realisiert, würden viele Regionen und Städte von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Lande abhängen. Dann fiele Sachsen-Anhalt wieder in die Höppner-Zeit der roten Laternen zurück.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Mit der jetzigen Regierung wird das nicht passieren.

(Ach! bei der SPD)

Mit uns werden Industrie und Gewerbe sowie der Tourismus im Land Sachsen-Anhalt weiter wachsen - zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Dr. Schrader. - Für die Linkspartei.PDS spricht der Abgeordnete Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute zu dem Antrag der FDP „Sachsen-Anhalt holt auf - keine Abkehr von der erfolgreichen Wirtschaftsförderung“. Eigentlich fehlt nur noch ein nächster mit einem Gedankenstrich angefügter Satz, und zwar: „Unser Horst soll bleiben!“

(Heiterkeit und Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Im Zentrum der Debatte soll das Thema einerseits deshalb stehen, weil das Thema der Konzentration der Wirtschaftsförderung auf wenige Zentren in der jüngsten Vergangenheit in den Medien einen breiten Raum einge-

nommen hat, und andererseits, weil zukünftig die Wirtschaftsförderung in der bisherigen für Unternehmen attraktiven Form erhalten bleiben soll.

Lassen Sie uns doch diese beiden Sachverhalte etwas näher anschauen. Was war denn die mediale Widerspiegelung der letzten Wochen, etwas vereinfacht gesagt? FDP: Überall dort fördern, wo interessante Investoren ins Land gezogen werden können. SPD: Nur Cluster und Leuchttürme mit Höchstförderung, auf wenige Standorte konzentrieren. Industrie- und Handelskammern: Nur Wachstumspole bedienen und die, die an der Autobahn liegen.

Die Linkspartei.PDS nimmt der klassischen Wirtschaftsförderung gleich alle Gelder ab und von der CDU hörte man eine ganze Weile gar nichts. Gestern brachte es Herr Scharf noch einmal auf den Punkt: Man wolle schließlich den ländlichen Raum nicht abhängen.

Nicht gut gesonnene Journalisten könnten jetzt schreiben: Er will die Gießkanne wiederhaben. Aber so einfach wie die mediale Darstellung scheinbar war, so haben es die hier im Landtag vertretenen Parteien offensichtlich nicht beschlossen. Es wäre hilfreich gewesen, wir hätten unsere Papiere alle etwas gründlicher analysiert. Dann wäre mehr Klarheit gewesen und die heutige Debatte über die Konzentration auf Zentren, ja oder nein, wäre nicht notwendig gewesen. Aber somit ist uns die Gelegenheit gegeben, nochmals Herrn Minister Rehberger zu hören, und mir ist es möglich, erneut unsere grundsätzlichen Standpunkte darzulegen. - Dies sind die Ausgangsbedingungen.

In der gestrigen Debatte zur Regierungserklärung ist vieles gesagt worden. Zwei wesentliche Punkte waren dabei: Erstens. Von einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung sind wir noch weit entfernt. Zweitens. Parallel dazu hat die Transformation in die wissensbasierte Gesellschaft längst begonnen.

Das Problem, das wir mit dem Motto „Weiter so!“ der jetzigen Koalition haben, ist die hemdsärmelige Vorgehensweise mit den Konzepten der klassischen Industrieförderung aus dem vorigen Jahrhundert, bei der neue Herauforderungen zu wenig aufgegriffen werden. Wie es gestern Kollege Gallert bereits sagte, ist die Debatte um die Leuchttürme oder Cluster eine Scheindebatte. Denn regionale Schwerpunkte bilden sich genauso wie Cluster Gott sei dank inzwischen weitestgehend ohne politische Lenkung.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Sehr wahr!)

In den letzten Jahren hat die Idee der regionalen Cluster mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Die Wirtschaftspolitik und -förderung setze auf Netzwerke von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen und Dienstleistern in räumlicher Nähe. Sie sollten durch Austauschbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette verbunden werden, eine kritische Masse von Firmen erreichen, die dann ähnliche Wirkungen wie die großen industriellen Kerne erzielen und zugleich Wettbewerbsvorteile für beteiligte Firmen schaffen sollten.

Jetzt aber werden die Anzeichen größer, dass derzeit Umbrüche vorhanden sind, die von diesen regionalen Clusterstrukturen abweichen, wobei sich diese kritische Masse auf eine neue Art überregional organisiert. So gesehen stellen sich neuartige Fragen in der regionalen Einbettung überregional orientierter Unternehmen, die nach Antworten suchen, will man nicht letztlich nur Illusionen hegen oder gar Entwicklungen blockieren.

Vor diesem Hintergrund sehen wir als Linkspartei als strategischen Handlungsansatz das Konzept so genannter innovativer Räume als einen Ausgangspunkt der Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsförderung. Dieser Ansatz beschränkt sich nicht auf die Stärkung einzelner Wachstumskerne oder industrieller Cluster. Die Politik innovativer Räume ist darauf gerichtet, nicht nur einzelne innovative Aktivitäten, Branchen und Netzwerke zu stärken, sondern die regionalen Rahmenbedingungen solcher Räume in ihrer Gesamtheit neu zu gestalten.

(Herr Dr. Sobetzko, CDU: Die gab es schon immer!)

Wo und wie setzt das Konzept innovativer Räume an? Es wird künftig gerade auch vor dem Hintergrund zunehmend knapper werdender Mittel nicht mehr darum gehen, immer wieder einzelne Innovationen anzustoßen und zu unterstützen. So geht es ab einem Zeitpunkt eben nicht mehr allein oder in erster Linie um die Förderung der Gründung von Unternehmen, sondern um deren Übergang zu professionell und arbeitsteilig wirkenden Unternehmen. Es geht auch um das kulturelle und soziale Klima in den Städten und ländlichen Regionen und nicht zuletzt um eine entsprechende Neuausrichtung der Strukturpolitik.

Aufgrund der vorhandenen Kleinteiligkeit der Unternehmensstruktur in Sachsen-Anhalt bietet sich nach unserer Auffassung somit eine gute Möglichkeit, die sich abzeichnenden neuen Trends der Herausbildung von Wertschöpfungsketten als Chance der eigenen Entwicklung zu begreifen und sich in lokal existierende, aber global wirkende Unternehmensnetzwerke einzubringen.

Unsere Ansatzpunkte für die künftige Wirtschaftsförderung sind daher:

Erstens. Mittelfristig besteht die zentrale Anforderung staatlicher Wirtschaftsförderung darin, sich auf den Menschen als Träger dieser Entwicklung und weniger auf Sachinvestitionen zu konzentrieren. Die typische Variante der Unternehmenssubventionen als klassische Ansiedlungspolitik sollte definitiv der Vergangenheit angehören. Nach unserer Auffassung beginnt die Wirtschaftsförderung in der frühkindlichen Bildung und dauert in der schulischen, der beruflichen, der berufsbegleitenden und der Hochschulbildung an. Diesen grundsätzlichen Ansatz sollten wir in unsere Überlegung immer wieder einbeziehen. Jeder Euro, der in diesem Bereich investiert wird, vermehrt sich um ein Vielfaches in der wirtschaftlichen Tätigkeit.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Zweitens. Unser Ansatz ist auch darauf gerichtet, nicht nur einzelne innovative Aktivitäten, Branchencluster oder kleine Netzwerke zu stärken, sondern vor allem die regionalen Rahmenbedingungen in ihrer Gesamtheit für innovative Räume neu zu gestalten. Dies ist durchaus ein anderer Ansatz als der der Landesregierung, nur punktuelle Investitionen von Arneburg bis Zeitz oder von Wernigerode bis Wittenberg zu unterstützen.

Drittens. Der Weg für die Einbringung von Forschungsleistungen aus Sachsen-Anhalt in die regionale Wirtschaft oder für Ausgründungen junger Wissenschaftler muss erleichtert und effizienter gefördert werden. Das zentrale Problem in Sachsen-Anhalt besteht darin, dass wir eine viel zu geringe Dichte an Forschung im Bereich des produzierenden Gewerbes haben und viele Unternehmen in Sachsen-Anhalt keine Kraft haben, mittel- und langfristige Innovationen anzubahnen, weil ihnen

buchstäblich das Wasser bis zum Hals steht und sie alle Kraft darauf verwenden müssen, die nächsten Monate zu überleben. Wenn wir aber vor dem Hintergrund des Umstieges auf eine wissensbasierende Produktion und auf einen globalen Wettbewerb eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung haben wollen, ist es notwendig, dieses substanziale Problem zu überwinden.

Viertens. Staatliche Wirtschaftsförderung kann und darf nach unserer Auffassung nur ein Katalysator sein, also ein Mittel, das Prozesse in Gang setzt, ohne sich selbst zu verbrauchen. Das heißt, in wachsendem Maße mehr Darlehensvergabe als Zuschuss, mehr revolvierende Fonds einzusetzen, damit der Wirtschaftsförderfonds des Landes konstant bleiben kann.

Fünftens halten wir es für dringend erforderlich, den Fragen des Controllings über den Einsatz und die Wirksamkeit von Fördermitteln eine größere Bedeutung beizumessen. Dabei geht es nicht nur um die Wirksamkeit einzelner Förderprogramme, sondern auch um mehr Transparenz in der Verwendung der Mittel. Hierbei wiederhole ich unsere Position immer wieder gern: Wer mit öffentlichen Geldern arbeitet, soll auch öffentlich über die Verwendung dieser Mittel Rechenschaft ablegen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Auch gilt es, die Praktiken der Innovationsförderung im Land genauer anzuschauen. Anfang des Jahres war zu lesen, dass die Firma Icon Genetics aus Halle vom Bayer-Konzern Leverkusen vollständig übernommen wird. Die Hallenser Firma war mithilfe von Risikokapital der IGB-Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt aufgebaut worden und besaß auf dem Gebiet der Herstellung therapeutisch wirksamer Substanzen mehr als 40 angemeldete und erteilte Patente. Als sie also eine lukrative Position am Markt erkämpft hatte, fand sich die Firma auf der Verkaufsliste wieder. Meine Frage: Ist das das Ziel der Innovationsförderung in Sachsen-Anhalt?

Aber es gibt auch Beispiele, bei denen mit Landesmitteln innovativen Unternehmern unter die Arme gegriffen wird, denen kurz vor dem Ziel, nämlich der Einführung der Produkte auf dem Markt, die Puste ausging. Dann war auf einmal das Förderprogramm nicht mehr passend, Fördermittel blieben aus und schließlich fanden sich Ideen und Patente in anderen Firmen wieder.

Es bleibt also eine Menge zu tun, um den Dschungel in der Wirtschaftsförderung zu lichten, und damit ist nicht nur die Vielzahl der Förderprogramme gemeint.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen überall dort fördern, so meint Minister Rehberger, wo wir interessante Investoren in das Land ziehen. Was sind für ihn interessante Investoren? Ich würde mich über eine Antwort auf diese Frage heute sehr freuen.

Herr Minister, Sie verweisen immer wieder auf die guten Rahmenbedingungen bei uns. So wäre das Lohnniveau für Investoren attraktiver als in anderen Regionen. Es ist aber offenbar wenig attraktiv für gut ausgebildete und hochmotivierte Fachkräfte, die für ihre Leistung auch eine ordentliche Bezahlung haben wollen.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Da haben wir die stärkste Zuwachsrate!)

Ein attraktives Lohnniveau für Investoren ist keine hinreichende Bedingung für innovative Entwicklungen.

Die Pipeline ist übrigens mit Anträgen voll, so hören wir immer wieder aus dem Wirtschaftsministerium. Welcher

Art diese sind und nach welchen Kriterien bei der Auswahl verfahren wird, ist schwer zu erfahren. Man kann doch nicht stets wie ein Känguru durchs Land hüpfen und den Fördermittelbeutel vorzeigen, aber keiner darf sehen, was eigentlich drin ist.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Im Gegensatz zur Forderung der Kollegen der FDP nach dem Motto „Keine Abkehr von der erfolgreichen Wirtschaftsförderung“ sind wir der Meinung, dass es an der Zeit ist, im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit einen Kassensturz zu machen, und damit sind beileibe nicht nur die finanziellen Mittel gemeint. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Dr. Thiel. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Gürth. Bitte sehr.

Herr Gürth (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Debatte bietet die Chance, Bilanz zu ziehen und zu schauen

(Herr Bullerjahn, SPD: Vorsicht!)

welche Wirtschaftspolitik am effektivsten und am erfolgreichsten ist.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das ist Wahlkampf! Das dürfen Sie hier nicht! - Zuruf von Herrn Dr. Thiel, Linkspartei.PDS)

Wir haben eine gute Bilanz, denn diese Landesregierung ist gerade in Sachen Wirtschaftspolitik und der Schaffung von Arbeitsplätzen die erfolgreichste in der Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Jawohl! - Minister Herr Dr. Daehre: Das muss einmal gesagt werden!)

Wir alle kennen und lieben unseren Ministerpräsidenten und wir schätzen ihn.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und von der Linkspartei.PDS)

Wir freuen uns auf die Fortsetzung seiner Politik. Weil er so ist, wie er ist - wir wissen, er mag es nicht so gern, dass man sich selbst lobt -, ist man als Redner einer der Koalitionsfraktionen natürlich gehalten, sich nicht auf Zahlenmaterial zu stützen, das man sich selbst erarbeitet hat, sondern möglichst Zahlen und Fakten unverdächtiger Dritter zu zitieren. Wer bietet sich dabei besser an als die Opposition?

Wir haben im Zusammenhang mit der Regierungserklärung ausführlich über die Wirtschaftspolitik debattiert. Ich will als Einstieg in die Einschätzung der Wirtschaftspolitik dieser Regierung mit einem Zitat meines geschätzten Kollegen von der Fraktion der Linkspartei.PDS, dem Vorredner Herrn Dr. Thiel, beginnen. Er hat im wichtigsten Punkt, den Investitionen, die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wie folgt beschrieben - ich zitiere -:

„Investition in Höhe von 7,2 Milliarden € in drei Jahren mit 18 000 Arbeitsplätzen“

- hierbei hat er etwas untertrieben; es sind mehr, aber immerhin -

„sind ohne Zweifel ein beachtenswertes Ergebnis.“

Wo er Recht, hat er Recht.

(Beifall bei der CDU)

Wofür machen wir Wirtschaftspolitik? Wir machen eine Wirtschaftspolitik, die zum Zentrum unserer Politik geworden ist und bei der nichts wichtiger ist als die Schaffung von Arbeitsplätzen, um jungen Leuten und allen Menschen in diesem Land eine Zukunft zu geben. Deshalb ist Wirtschaftspolitik mehr als Wirtschaftsförderungspolitik.

Der Unterschied in der Wirtschaftspolitik dieser Regierung zu den Vorgängerregierungen ist der ganzheitliche Ansatz. Man kann mit diesem viel erreichen. Wenn aber nicht die gesamte Regierung mitzieht, von der Umweltpolitik über die Bildungspolitik, Bauen, Investitionen mit allem drum und dran, dann hat ein Wirtschaftsminister ein schweres Arbeiten und er kann mit viel Geld nicht so viel erreichen, als wenn die gesamte Regierung sich dem Ziel, der Schaffung von Arbeitsplätzen, anschließt. Das macht diese Regierung erfolgreich.

Ich nenne die Umweltallianz. Ich nenne die Bildungspolitik. Es gibt viele Beispiele, die dazu beitragen, dass wir es geschafft haben, von einem Land der roten Laternen wieder zu einem aufstrebenden Bundesland in Deutschland zu werden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, wenn wir uns die nackten volkswirtschaftlichen Kennziffern ansehen, festzustellen, dass es das Land Sachsen-Anhalt geschafft hat, beim Wirtschaftswachstum, bei Forschung und Innovation, bei der Exportquote, bei der Selbständigenquote - bei allen volkswirtschaftlichen Kennziffern - voranzukommen. Wir sind inzwischen besser als das Musterbundesland der neuen Bundesländer Sachsen. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich will auf einen Punkt eingehen, der eigentlich das Zentrum der Auseinandersetzung in der Wirtschaftspolitik zwischen SPD, Linkspartei.PDS und den bürgerlichen Parteien, CDU und FDP, ist.

(Herr Dr. Polte, SPD: Wir sind auch Bürger!)

- Ja, aber nicht bürgerlich!

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage ist: Welche Chancen haben die Menschen im Land Sachsen-Anhalt, die nicht in den Oberzentren leben? Oberzentren haben spezielle Funktionen. Deshalb sind auch überwiegend in den Oberzentren Forschungseinrichtungen und Hochschulen angesiedelt. Das ist auch richtig so. Aber welche Chancen haben die Menschen in Bitterfeld, in Sangerhausen, in Aschersleben oder in Salzwedel, wenn die Wirtschaftspolitik der SPD dazu führt, dass Unternehmen, die sich dort ansiedeln wollen, von vornherein schlechtere Bedingungen haben?

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will dabei noch nicht einmal den Streit mit der Fraktion der Linkspartei.PDS bezüglich der Frage der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur anfangen, den ich jetzt vom Zaum brechen könnte. Die Fraktion der Linkspartei.PDS lehnt die Fortführung der A 14 durch die Altmark ab. Das ist ein Entwicklungshemmnis für ein gutes Drittel unseres Landes. Wenn die Fortführung der A 14

nicht kommt, meine Damen und Herren, haben all diejenigen, die schon dort sind und auch diejenigen, die um den Standort werben, schlechte Entwicklungschancen.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber was passiert, wenn wir die Fördersätze, wie von der SPD gewollt, einfach absenken? Versuchen Sie sich dazu einmal in die Lage derer zu versetzen, die sich tagein, tagaus ernsthaft darum bemühen, Unternehmen fortzuentwickeln oder neue Unternehmen in die Region zu bringen. Es ist ein ungleicher Kampf, es ist ungerecht und es macht auch keinen Sinn.

Gerade aus diesem Grund unterscheiden wir uns. Wir lehnen diese Art von Wirtschaftspolitik ab. Weil wir allen Menschen im Land Sachsen-Anhalt die gleichen Chancen bieten wollen, werden wir Investitionen im flachen Land genauso fördern wie im Raum Magdeburg oder in Halle. Das soll auch so bleiben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man könnte jetzt sagen: Schauen wir uns einmal an, war es nun gut oder war es schlecht, war es erfolgreich oder war es erfolglos, was Sie gemacht haben. Ich will die neuesten Zahlen zitieren, die mir vorliegen und eine gute Bewertung dessen sind, was wir in der Bilanz unserer Wirtschaftspolitik vorfinden.

Nehmen wir den Gewerbesaldo. Wir haben in den acht Jahren der SPD-geführten Landesregierung in Sachsen-Anhalt einen Trend gehabt, der ohne Unterbrechung nach unten ging. Die Zahl der Gewerbetreibenden und die Zahl der Selbständigen nahm ab. Wir haben seit dem Jahr 2002 wieder einen aufsteigenden Trend. Wir haben den Trend umgekehrt. Wir sind erfolgreich. Die Zahl der Unternehmer und die Zahl der Selbständigen in Sachsen-Anhalt nimmt kontinuierlich zu. Ich denke, das ist ein guter Gradmesser für die Wirtschaftspolitik in unserem Land.

Wir haben eine Einschätzung dessen, was die Bundesländer in Deutschland in Sachen Wirtschaftspolitik machen, und können feststellen, dass auch im Ranking der „Wirtschaftswoche“ bei der Bewertung der Wirtschaftsdynamik das Land Sachsen-Anhalt mit den Ergebnissen seiner Politik durchaus zufrieden sein kann.

Das heißt nicht, sich zurückzulehnen, das heißt nicht, sich nicht weiter anzustrengen, sondern das bedeutet, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das Land Sachsen-Anhalt hat im Ranking der „Wirtschaftswoche“ den besten Platz beim Produktivitätszuwachs gehabt. Das Land Sachsen-Anhalt hat seit dem Jahr 2003 eine Entwicklung genommen, die in der Geschichte dieses Landes einmalig ist. Wir entwickeln uns positiver als alle anderen neuen Bundesländer. Deswegen ist die Politik richtig und muss auch fortgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen nach dem 26. März 2006 weiterregieren und wollen diesen erfolgreichen Weg fortsetzen. Das bedeutet, die so erfolgreiche Ansiedlungsoffensive fortzusetzen. Alle, die sich darum bemühen, das Land Sachsen-Anhalt international zu vermarkten und Investitionen ins Land zu holen, müssen dieselben guten Startbedingungen im Wettbewerb haben, wie wir sie jetzt anbieten.

Wir wollen weitermachen. Deshalb ist es nicht nur eine Frage der Ausgabe von Fördermitteln. Wir müssen weitermachen beim Bürokratieabbau. Wir haben im Jahr

2002, als wir begonnen haben, eine Last von Vorschriften gehabt, die dazu geführt hat, dass selbst Unternehmen, die Aufträge brauchten, sich um öffentliche Aufträge beworben haben und, obwohl das Geld vorhanden war, diese Aufträge im Land nicht bekommen haben, weil bürokratische Hemmnisse wie beim Vergabegesetz dazu geführt haben, dass niemand die diktierten Bedingungen erfüllen konnte. Somit wurden Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung verhindert.

(Zustimmung bei der CDU)

Mir machen weiter im Bürokratieabbau. Wir machen weiter bei dem Schwerpunkt der Forschung und Entwicklung. Wenn wir die Haushaltsansätze mit dem vergleichen, was tatsächlich abgeflossen ist, können wir feststellen, dass wir in der realisierten Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation inzwischen das Defizite von dem umsetzen, was unter der SPD-Regierung in den Jahren 2001 bis 2002 abgeflossen ist. Das ist gut und das wollen wir fortsetzen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Gürth?

Herr Gürth (CDU):

Ja, gern. - Ich will zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

- dann kann ich Herrn Gallerts Frage gern beantworten - mit einem zweiten Zitat auf die Fraktion der Linkspartei.PDS eingehen und möchte noch einmal Herrn Dr. Thiel zitieren:

(Herr Dr. Thiel, Linkspartei.PDS: Ich danke für meine Zitierfähigkeit!)

- Das ist wunderbar; wo Sie Recht haben, haben Sie Recht. Das muss auch einmal gesagt werden.

Sie haben seinerzeit gesagt:

„Die Ergebnisse der Ansiedlungs- und Investitionsoffensive können sich im statistischen Bereich durchaus sehen lassen.“

Darin sind wir einer Meinung. Das soll auch so bleiben. Das wird am besten so bleiben, wenn wir nach dem 26. März 2006 weiterregieren und die erfolgreiche Politik fortsetzen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Gallert, Sie können jetzt Ihre Frage stellen.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Herr Gürth, wenn Sie sagen, das Vergabegesetz, das nichts weiter beinhaltete, als dass die Betriebe, die öffentlichen Aufträge bekommen wollten, nachweisen sollten, dass sie tariftreu bezahlen, sei ein so bürokratischer Wust gewesen, dass man das überhaupt nicht hätte realisieren dürfen, was halten Sie dann eigentlich von der Idee Ihres Ministerpräsidenten, eine tariforientierte Mindestlohnvariante mit Kombilohnmodell einzuführen?

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Herr Gürth (CDU):

Wir haben einen klugen, einen gescheiten Ministerpräsidenten, der immer über den Tag hinaus denkt.

(Lachen bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS
- Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Die führenden Ge-
nossen werden sich dabei etwas gedacht haben!)

Wir betreten, was das Thema Kombilohn betrifft, überhaupt kein Neuland. Kombilohnmodelle existieren ja schon. Wir sind gerade mit einem Modell dieser Kombilöhne erfolgreich und setzen im Vergleich aller deutschen Bundesländer am meisten um. Selbst die Bundesregierung und der sozialdemokratische Wirtschaftsminister haben uns gelobt.

(Minister Herr Dr. Daehre: So ist es!)

Insofern ist das überhaupt nicht strittig und schon gar kein Widerspruch.

(Minister Herr Dr. Daehre: Richtig!)

Der zweite Irrtum ist: In dem Vergabegesetz, das ich kritisierte und das Sie noch einmal erwähnten, war eben nicht nur diese eine Klausel drin, dass man Aufträge nur bekommt, wenn man nach Tarif zahlt. Das Übel des Vergabegesetzes war es, dass die Aufzählung der Bedingungen, die man erfüllen musste, um überhaupt einen öffentlichen Auftrag in Sachsen-Anhalt zu bekommen, so lang war, dass die allermeisten Unternehmen diese Bedingungen nicht erfüllen konnten.

Das ist, denke ich, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt absurd. Die Kassen sind leer, aber wir haben Investitionsbedarf. Das wenige, das wir in den Haushalt einstellen, fließt noch nicht einmal ab, weil die Unternehmen die Bedingungen Ihrer bürokratischen Vorschriften nicht erfüllen können. Das heißt, die Entwicklung wird gestoppt, es wird Arbeit und es werden Investitionen verhindert. Deswegen war es richtig, dass wir das Gesetz abgeschafft haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Gürth. - Für die SPD-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Budde sprechen. Zuvor haben wir jedoch die Freude, Schülerinnen und Schüler des Dr. Hermann-Gymnasiums aus Schönebeck bei uns begrüßen zu dürfen. Seien Sie willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Budde, Sie haben das Wort.

Frau Budde (SPD):

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wird heute kommentiert mit: „Nur weiter so?“ - Eigentlich hätten wir uns die Debatte dann sparen können; denn „Nur weiter so“ reicht offensichtlich nicht aus, sondern das Fragezeichen zeigt deutlich an, dass es eine Veränderung in der gesamten Regierungspolitik, aber eben auch in der Wirtschaftspolitik geben muss.

Als ich am 15. Februar 2006 die „Mitteldeutsche Zeitung“ gelesen habe, in der Herr Rehberger damit zitiert wird, dass die Zahl der Arbeitslosen seit dem Jahr 2002 um knapp 10 % gesunken sei, da habe ich mir gedacht, nur gut, dass es Pisa noch nicht gab, als Sie zur Schule gin-

gen. Ansonsten hätte das den Schuldurchschnitt wahrscheinlich dramatisch verschlechtert. Ich glaube, auch bei Ihnen gab es schon die Prozentrechnung. Das ist ganz schwer aus den Zahlen herauszurechnen.

(Minister Herr Dr. Daehre: Wenn wir mit diesem Niveau anfangen!)

Ich weiß, Sie sind, was die Statistiken angeht - ich möchte nicht sagen: Fälscher, weil ich dann eine Anzeige bekomme; ich habe inzwischen gelernt, dass es, wenn es vorsätzlich gesagt wird, Lüge ist -, zumindest ein Jongleur. Wenn man es so liest, dann nimmt man sich einmal die Zahlen vor und versucht herauszukriegen, wie Sie das meinen:

Also im Jahr 2002 betrug die Arbeitslosenquote durchschnittlich 19,6 %, im Jahr 2005 20,2 %. Danach ist die Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte gestiegen.

(Herr Wolpert, FDP: Das sind doch die Sozialhilfeempfänger!)

Nehmen wir die realen Zahlen, Herr Wolpert: im Jahr 2002 260 465 Arbeitslose und im Jahr 2005 258 525 Arbeitslose, also ein Minus von exakt 1 940 Arbeitslosen.

1 % von 260 465 ist 2 604. Der Rückgang beträgt also weniger als 1 %. Die 10 %, um die die Arbeitslosigkeit zurückgegangen sein soll, lassen sich aus diesen Zahlen nicht ableiten.

Was Sie gemacht haben, nehme ich an, ist Folgendes: Sie haben die Zahlen vom Januar 2002 und vom Januar 2006 genommen und nur diese Momentaufnahme analysiert und haben dann gesagt: Das ist der Trend. - Anders kann ich mir die Zahlen nicht erklären. Das ist schon ein bisschen Jonglieren mit den Zahlen, wie man es gerade braucht.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Wissen Sie, man kann die Arbeitslosenquoten im Zeitraum von 2002 und 2005 sowieso nicht prozentual miteinander vergleichen - da haben Sie völlig Recht -, weil es unterschiedliche Basissysteme in der Berechnung gab. Deshalb kann man im Grunde genommen nur eines feststellen: Die Arbeitslosigkeit ist zu hoch. Es gibt zu viele Arbeitslose und der Trend ist leider nicht wirklich gebrochen. Das heißt, es liegt noch richtig viel Arbeit vor uns.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Dr. Hüskens, FDP: Daran werden wir weiterarbeiten!)

So ist es. Das ist die Realität.

Wenn man dann eine Zahl nehmen will, die tatsächlich vergleichbar ist, dann nimmt man die Zahl der Erwerbstätigen; denn deren Berechnungsbasis ist gleich geblieben: Im Jahr 2002 gab es 1,025 Millionen Erwerbstätige und im Jahr 2005 0,985 Millionen Erwerbstätige. Das entspricht einem Minus von 40 500 Erwerbstätigen. Das ist zumindest ein Signal, dass es so, wie es jetzt gemacht wird, offensichtlich noch nicht zu einem Erfolg geführt hat und dass man darüber nachdenken sollte, wie man Wirtschaftspolitik effektiver und zielsicherer ausgestaltet.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu Ihrer Ansiedlungsoffensive; deren Ergebnisse: Na ja. Ich attestiere Ihnen gern, dass es ist in diesen Zeiten schwierig ist, große Investitionen zu holen. Es

gibt eine allgemeine Investitionsrückhaltung. Steuergeschenke haben nicht dazu geführt, dass die Unternehmen stark investieren, und die Binnennachfrage ist auch nicht angekurbelt worden. Das alles zusammen macht es schwierig.

Aber trotzdem: Manchmal hat man das Gefühl, außer verstopften Förderpipelines ist bei Ihnen nicht viel gewesen. Nach dem Bewilligungsboom im Jahr 2003: 730 Anträge, davon 250 Anträge Kominvest, 500 Anträge von der normalen gewerblichen Wirtschaft. - Das ist ungefähr der gleiche Stand wie in den Jahren 2000 und 2001 gewesen.

Im Jahr 2005 setzt sich der Trend allerdings nach unten fort mit nur noch 250 Anträgen. Das zeigt ausschließlich - ich will hier überhaupt keine Negativdiskussion aufmachen -,

(Lachen bei der CDU und bei der FDP - Minister Herr Dr. Daehre: Der war gut!)

dass wir etwas verändern müssen. Diese Erkenntnis will ich erreichen, dass Sie etwas verändern müssen im Rahmen der Wirtschaftspolitik.

(Zustimmung bei der SPD)

Wissen Sie, Herr Rehberger, ich habe in der ersten Legislaturperiode in einer Debatte einmal zu Ihnen gesagt - heute würde ich solche Vergleiche nicht mehr verwenden -, Sie wären wie ein Dinosaurier: Wenn man dem auf den Schwanz tritt, dauert es auch ewig, bis die Information im Gehirn ankommt. - Ich würde diesen Vergleich heute nicht mehr machen.

(Unruhe bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben die Wirtschaftsbroschüre im Sommer 2004 veröffentlicht. Wir haben jetzt das Jahr 2006. Offensichtlich ist die Leitungslänge noch länger geworden; denn die SPD wird immer noch mit falschen Konzepten der Wirtschaftsförderung, die sie haben wollen, die sie diskutieren wollen, zitiert. Deshalb mache ich einmal eine kurze Lesestunde hier bei Ihnen. „Wirtschaftsförderung konzentrieren und an klare Kriterien binden“, heißt es in unserer Broschüre.

„Wirtschaftliche Entwicklung braucht eine starke industrielle Basis. Sachsen-Anhalt wird seine Unternehmenslücke nur schließen können, wenn es seine industrielle Basis festigt und erweitert.“

Das hat übrigens Herr Paqué beim Wirtschaftsrat der CDU gesagt. Stimmt's, Herr Bullerjahn? - Ich muss Sie auch einmal zitieren, sonst falle ich hinter Herrn Schrader zurück, der Sie so oft zitiert hat. Nicht dass auch bei mir gezählt wird, wie lange und wie oft ich meinen Fraktionsvorsitzenden zitiere.

„Eine zielorientierte, nachhaltige Wirtschafts- und Investitionsförderung ist daher auch in Zukunft notwendig. Zugleich“

- meine Damen und Herren, das ignorieren Sie immer -

„verschlechtern sich die finanziellen Rahmenbedingungen:“

- ob wir das wollen oder nicht; das Land muss sparen; das zumindest sagen Sie auch -

„erstens weil die Summe der künftig zur Verfügung stehenden Mittel kleiner wird und zweitens weil das Land bereits einen Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel verplant hat. Die Her-

ausforderung liegt also darin zu sparen und gleichzeitig eine Schwerpunktförderung sowohl regional als auch sektorale umzusetzen. Die Investitionsförderung soll künftig aus einer Grundförderung bestehen.“

- das ist das Einzige, was Sie richtig gesagt haben; Sie können Regionen nämlich gar nicht abhängen, weil in den EFRE- und in den GA-Richtlinien festgelegt ist, dass Regionen, die schlechter dran sind, bevorteilt werden sollen -

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Herrn Dr. Schrader, FDP)

- schön, Sie stimmen mir zumindest zu -

„die für alle Regionen des Landes und für alle Branchen gleich ist und sich an den allgemeinen Bedingungen der GA orientiert. Die Höchstförderung wird allerdings an die Erfüllung zusätzlicher Kriterien gebunden.“

An dieser Stelle kommen wir zum Knackpunkt. Bei uns heißt es eindeutig:

„Zur räumlichen und sektoralen Konzentration der Mittel wird vorgeschlagen, dass einzelbetriebliche Investitionen nur noch dann den Höchstförderungsrat bekommen, wenn mindestens drei der folgenden Kriterien erfüllt sind: Investitionsvorhaben in den Regionen Magdeburg, Halle und Harz,“

- da sind wir bei Ihren Regionen; das sind die ökonomischen Entwicklungskerne, die das IWH für Sachsen-Anhalt analysiert und herausgefunden hat -

„Investitionsvorhaben in strukturbestimmenden Clustern, mit denen die Wertschöpfungsketten im produzierenden Gewerbe gestärkt werden, Investitionsvorhaben, mit denen“

- nicht mindestens 15 neue Arbeitsplätze, Herr Rehberger, Herr Paqué, Herr Böhmer, sondern: -

„mindestens 15 % zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden,“

- das ist nämlich eine echte Mittelstandsklausel; kleinere Betriebe brauchen weniger neue Arbeitsplätze zu schaffen, um in den Genuss der Höchstförderung zu kommen, als größere Betriebe; ich denke, das ist in unserem Land sehr angebracht -

„Investitionsvorhaben in Betriebsstätten mit einer Mindestausbildungsquote, Investitionsvorhaben, mit denen eine Verlagerung und Ansiedlung bedeutsamer unternehmensspezifischer Funktionen wie zum Beispiel Unternehmenssitz, Forschung und Entwicklung, Marketing und Vertrieb verbunden sind, und“

- zum Schluss -

„Investitionsvorhaben mit hohem Forschungs- und Entwicklungsanteil, insbesondere Vorhaben in Zusammenarbeit zwischen verarbeitendem Gewerbe und sachsen-anhaltischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.“

Ich gebe Ihnen das nachher. Sie haben ja spätestens ab April viel Zeit zum Lesen, Herr Rehberger. Dann können Sie sich das in Ruhe durchlesen und dann werden Sie mich nicht mehr falsch zitieren.

(Beifall bei der SPD - Minister Herr Dr. Daehre: Sie auch, Frau Budde!)

- Ach, Herr Daehre, wir hatten doch etwas anderes vor. Dann können Sie jetzt nicht sagen: Ich auch.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Ihr Landesvorsitzender hat mich schon umarmt und gesagt: Das wird eine große Koalition, darauf freue ich mich richtig.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Da sind die Kammern schneller, meine Damen und Herren. Deren Mitgliedsunternehmen sind auch unmittelbar betroffen. Ich darf aus der Presseveröffentlichung der Kammern zitieren. Sie sagen, dass öffentliche Mittel zur Förderung von Investitionen in Wachstumsräumen konzentriert werden müssen; mit den Zuschüssen kann man nicht mehr die Fläche insgesamt unterstützen. - So äußerten sich beide IHK flächendeckend für Sachsen-Anhalt.

Das Wirtschaftsministerium hat zwar die Förderung auf bestimmte Bereiche konzentriert. Herr Rehberger, Sie haben es sogar getan. Zum Beispiel haben Sie aber die florierende Ernährungsbranche ausgeschlossen. Das hält die IHK für falsch.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Das stimmt doch gar nicht! So ein Quatsch!)

- Ich zitiere doch nur die IHK, Herr Schrader.

(Herr Wolpert, FDP: Die ist aber nicht der Papst!)

Die IHK machen sich zudem dafür stark, die Erweiterungsinvestitionen viel stärker als bisher zu unterstützen; denn dies schafft zusätzliche Dauerarbeitsplätze. Das ist durchaus richtig. Wenn man einmal guckt, was in den vergangenen Jahren beantragt wurde, so muss man feststellen, dass mehr als 50 % aller Investitionsprojekte Erweiterungsinvestitionen gewesen sind.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Meine Damen und Herren! Das ist gut so. Das spricht von einem industriellen Mittelstand, der sich entwickelt. Das spricht von starken mittelständischen Unternehmen, die mit dem Markt wachsen.

Ich sage: Diese Unternehmen müssen, egal ob es die zweite, die dritte, die vierte, die fünfte, die zehnte oder die zwölften Erweiterung ist, in ihrem Wachstum unterstützt werden, solange wir es noch können. Das Geld ist endlich. Wenn wir es irgendwann nicht mehr können, müssen wir hier starke Unternehmen haben. Jetzt muss diesen Unternehmen der Vorteil mitgegeben werden.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Wolpert, FDP: Wenn sie in Zerbst sind, aber nicht mehr!)

Meine Damen und Herren! Herr Böhmer hat gestern im Bundesrat erklärt, der Vorwurf, im Osten werde die Wirtschaft unterschiedslos mit der Gießkanne gefördert, sei längst widerlegt worden; das könnten wir uns gar nicht mehr leisten.

(Zuruf von der CDU: Richtig! - Herr Gürth, CDU: Deswegen brauchen wir auch keine andere Politik!)

Das ist eine gute Analyse. Wir warten darauf, dass wir die Konzepte mit Ihnen diskutieren können.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum gutem Schluss: Mein Fraktionsvorsitzender hat gestern die Differenzen zwischen der CDU und der

FDPi - Entschuldigung, das war wirklich nicht mit Absicht -

(Unruhe)

und der FDP zum Thema gemacht. Ich glaube im Übrigen, meine Damen und Herren, Sie werden mir ohnehin Wahlkampf vorwerfen. Deshalb gestatte ich mir, zum Schluss zwei Zitate zu bringen.

Es ist in der Tat so, dass die Parteien unterschiedliche Grundsatzprogramme und unterschiedliche Ansätze haben. Man sieht es an der Debatte um den Mindestlohn. Ich erlaube mir, dazu zum Schluss aus dem „Eulenspiegel“ zu zitieren, der unter der Überschrift „Mit vollem Bums für Markt und Freiheit“ eine ganz nette Satire über die FDP geschrieben hat. Sie schreiben:

„Für den freien Handel votieren die Helden von der FDP so lange, bis er bei ihr ans Fenster klopft. So zieht sie im Interesse der Apotheker sengend und mordend gegen den Internethandel mit Arzneien zu Felde und sträubt sich jahrelang mit wilder Zunge gegen die Reform der Zunftordnung, die es Handwerkern ohne Meisterhut erlaubt, sich auf die eigenen fünf Buchstaben zu verlassen.“

Auch streitet sie mit erbitterten Händen und Füßen für die bundeseinheitliche Besoldung der Staatsdiener, wo hingegen sie die Flächentarifverträge für die eher parteifremden Arbeiter und Angestellten knicken will. Gegen links und unten halten die Liberalen zusammen. Und wenn es ums Geld geht oder um Freiheit, ist die Freiheit zum Geldmachen allemal der warme Mittelweg.“

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Ich weiß, dass das überzogen ist. Ich unterstelle das mit Sicherheit nicht jedem, der Mitglied in der FDP ist.

(Zurufe von der FDP)

Aber es zeigt den unterschiedlichen Ansatz. Satire ist dazu da, um unterschiedliche Ansätze überzogen darzustellen. - Ich freue mich auf den Fortgang der Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Sie haben eine Frage, Herr Paqué? - Frau Budde, würden Sie noch eine Frage von Herrn Professor Paqué beantworten? - Ja. Bitte sehr.

(Frau Budde, SPD: Ich entschuldige mich für das „Pi“! Und 3,9 ist eigentlich zu viel, wenn Sie das wissen möchten!)

Herr Prof. Dr. Paqué (FDP):

Sehr geehrte Frau Budde, in einem der vielen Strategiepapiere Ihrer Partei ist zu lesen, dass Ihre Strategie auf Sachsen-Anhalt bezogen bedeuten soll, dass es in diesem Land eine räumliche und sektorale Konzentration auf wenige überregionale Standorte geben wird. Können Sie diese Standorte nennen?

Frau Budde (SPD):

Herr Paqué, ich habe sogar ausführlich zitiert, wie wir uns die Konzentration auf regionale und sektorale Standorte und Branchen vorstellen. Es gibt drei große Regionen: Magdeburg, also die Region Magdeburg,

(Herr Dr. Schrader, FDP: Ach so!)

die Region Halle - so steht es im Übrigen auch darin - und die Region Harz.

(Herr Borgwardt, CDU: Also das ganze Land!)

Das habe nicht ich erfunden. Vielmehr ist das der Analyse des IWH zu den Verflechtungsbeziehungen zwischen der Wirtschaft, der Wissenschaft, dem Ausbildungsstand und der Facharbeiterklientel zu entnehmen. Das sind die starken Standorte.

Diese - darin werden Sie mir sicherlich zustimmen - gilt es auch mit den Mitteln und Möglichkeiten für die nächsten Jahre noch stärker zu machen, damit sie regional ausstrahlen können. Für alle anderen Bereiche gilt natürlich die Grundförderung. Auch das habe ich Ihnen gesagt.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Aha! Jetzt haben wir es!)

Ich will sie nicht noch einmal vorlesen. Dort ist die Höchstförderung nach unseren Vorstellungen möglich.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Nein!)

- Natürlich, so steht es dort. Ich gebe Ihnen gern ein Heft, Herr Schrader. Ein paar habe ich noch. Aber Sie kennen sich ja mit dem Internet aus und können sich auch die PDF-Datei herunterladen. Dort steht das auch.

Dort ist die Höchstförderung nach unseren Vorstellungen möglich, wenn mindestens drei der anderen Kriterien erfüllt sind. Die habe ich Ihnen vorgelesen. Dann - das ist unser Diskussionsangebot - kann man im Grunde in jeder Region unter bestimmten Bedingungen die Höchstförderung erreichen. Es ist abhängig von dem Projekt und von der Strukturwirksamkeit des Projektes.

Mehr kann ich Ihnen wirklich nicht dazu sagen. Lesen Sie es sich durch. Lesen Sie es wirklich im Original und versuchen Sie nicht wieder, mir irgendein Komma oder einen Halbsatz im Munde herumzudrehen, Herr Paqué. Aber wenn Sie noch Nachfragen haben - -

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Noch eine Nachfrage? - Eine Zusatzfrage. Herr Paqué, bitte sehr.

Herr Prof. Dr. Paqué (FDP):

Ich habe noch eine sehr präzise Zusatzfrage zu den drei Kriterien. Was verstehen Sie unter einem strukturbestimmenden Cluster? Meine Zusatzfrage lautet insbesondere: Wann liegt ein strukturbestimmender Cluster nicht vor?

Als ein naiver Mensch würde ich vermuten, dass das der Fall ist, wenn in einer kleineren Stadt ein Gewerbegebiet gut gefüllt ist,

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

es aber eine entsprechende Konzentration auf bestimmte Branchen nicht gibt. Ist das eine Situation, in der kein strukturbestimmender Cluster vorliegt?

(Zuruf von Herrn Dr. Polte, SPD)

Frau Budde (SPD):

Ich hätte von Ihnen als Ökonom eine intelligentere Frage erwartet.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD - Frau Dr. Hüskens, FDP: Hey, also Frau Budde! - Weitere Zurufe von der FDP)

Ich habe zwar nicht Volkswirtschaft studiert, Herr Professor Paqué, aber ich beschäftige mich in der Tat seit 15 Jahren damit. Ich weiß auch, dass der Begriff Cluster sehr unterschiedlich definiert ist. Der eine meint damit dies, der andere meint das. Deshalb haben wir in unsere Broschüre, die Sie seit Sommer 2004 hätten lesen können, den Clusterbegriff hineingeschrieben. Soll ich Ihnen das vorlesen oder möchten Sie das gern schriftlich haben?

(Zuruf von der FDP: Strukturbestimmende Cluster!)

Cluster sind verschiedene Branchen, die in Wertschöpfungsketten verbunden sind. Wenn Sie zum Beispiel die Automobilindustrie betrachten, dann haben Sie in einem Cluster nicht nur diejenigen, die Gussteile herstellen, sondern Sie haben auch diejenigen, die Sitze herstellen, die Plasteindustrie usw. Das ist die wissenschaftliche Definition des Begriffs Cluster, der im Übrigen auf der Veranstaltung - ich meine, es war im Jahr 2002 - des Regionenmarketings, das zu den Clustern und zu den Regionalclustern eine große Konferenz durchgeführt hat, auch von der Wirtschaft so dargestellt worden ist.

Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, nicht diese theoretischen Spielchen zu spielen - das können Sie nachlesen, das haben wir ganz exakt aufgeschrieben -, sondern lassen Sie uns in der Praxis gucken, welche Schätzungen wir in Sachsen-Anhalt haben und wie wir helfen können, diese Schätzungen im Wirtschaftsbereich mit der Wirtschaftsförderung weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Budde. - Damit ist die Debatte der Fraktionen beendet.

An dieser Stelle hat die Landesregierung um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Wirtschaftsminister Dr. Rehberger.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war offen gestanden richtig gespannt darauf, wer für die SPD-Fraktion heute sprechen würde. Ich dachte, entweder ist es Herr Bullerjahn, der Veranlassung hätte, sich bei der heutigen Debatte zu Wort zu melden,

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Also das müssen Sie schon uns überlassen!)

oder, so dachte ich, es ist Frau Budde.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Ach, Sie denken!)

Das Interessante ist nämlich, meine Damen und Herren: Je nachdem, wer für die SPD-Fraktion redet, gibt es unterschiedliche Botschaften.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch wenn Herr Bullerjahn das Wort nicht ergriffen hat, ist es dennoch erlaubt, auf seine grundsätzliche Sicht der Dinge im Lande Sachsen-Anhalt einzugehen, weil das der Kern des Problems ist.

Meine Damen und Herren! Die grundsätzliche Sicht - dazu zitiere ich, wenn es notwendig ist, einfach Herrn Bullerjahn - des Herrn Bullerjahn lautet: 80 bis 90 % des Landes müssen aus der Höchstförderung herausgenom-

men werden. Das können Sie nachlesen. Dann fragt man sich natürlich: Wie kommt der dazu? Das ist ja nicht aus bösem Willen heraus so von ihm angedacht worden. Er muss irgendwelche nachvollziehbaren Überlegungen angestellt haben, um zu einer aus meiner Sicht derart verheerenden Forderung zu kommen.

Er hat es ja in seiner Broschüre „Sachsen-Anhalt 2020 - Einsichten und Perspektiven“ zu Papier gebracht. In diesem Papier, meine Damen und Herren, geht Herr Bullerjahn davon aus, dass die Bevölkerung Sachsen-Anhalts von heute 2,5 Millionen Einwohnern bis zum Jahr 2020 auf rund zwei Millionen Menschen schrumpfen wird.

Da die Altersstruktur der zwei Millionen Einwohner des Landes im Jahr 2020 noch viel stärker als heute durch einen Mangel an jüngeren Menschen und eine Dominanz der älteren und alten Menschen geprägt sein wird, geht - so seine Prognose - der Schrumpfungsprozess munter weiter. Im Jahr 2050 soll das Land nach seiner Prognose nur noch 1,4 Millionen Einwohner haben.

Ich bin gespannt, wann Herr Bullerjahn ausrechnet, wann Sachsen-Anhalt komplett leer ist. Wenn er fünf Jahre weiter Opposition verordnet bekommt - dafür spricht einiges -, hat er genügend Zeit, auch das noch auszurechnen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich kann nur sagen: Wer so rechnet und solche Zahlen seiner Politik zugrunde legt - aus diesen Zahlen zieht er ja dramatische Schlussfolgerungen -, der bietet dem Land keine Zukunftsperspektive; es ist aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, vielmehr eine Horrorvision. Gott sei Dank ist sie falsch.

Statistiker können selbstverständlich Trends erfassen und hochrechnen. Eine seriöse, verlässliche Prognose für 15 Jahre und mehr können sie aber nicht abgeben. So hat es keinen Statistiker gegeben - schauen wir uns doch einmal die letzten 50 Jahre im 15-Jahres-Rhythmus an -, der im Jahr 1945 zutreffend prognostiziert hätte, wie es im Jahr 1960 in Deutschland aussehen würde.

Meine Damen und Herren! Im Jahr 1945 sind in Westdeutschland, in der späteren Bundesrepublik Deutschland, neun Millionen Menschen aus dem früheren deutschen Osten zugewandert. Wenn da einer gekommen wäre und gesagt hätte, im Jahr 1960 werde man in der westlichen Bundesrepublik Italiener, Franzosen, Spanier und Portugiesen in einer Millionenzahl ins Land bitten, um das überhaupt leisten zu können, was die Industrie leisten musste, der wäre für verrückt erklärt worden, den hätte man in ein Irrenhaus gesteckt; und doch ist es so gekommen.

Es gab auch keinen Statistiker, der im Jahr 1960 zutreffend prognostiziert hätte, was in Deutschland im Jahr 1975 sein würde. Im Jahr 1960 hatten wir aus der damaligen DDR Jahr für Jahr Zehntausende Zuwanderer, und zwar jüngere Menschen, die man bestens in unserer Wirtschaft im Westen einsetzen konnte. Aber kein einziger Statistiker hat natürlich gewusst, dass im Jahr 1961 die Mauer gebaut wird und damit dieser Strom plötzlich unterbrochen wird.

Es gab im Jahr 1975 keinen Statistiker, der verlässlich prognostiziert hätte, was im Jahr 1990 in Deutschland sein würde. Da war nämlich inzwischen die Wende in der DDR eingetreten. Es gab auch im Jahr 1990 keinen

Statistiker, der auch nur einigermaßen zutreffend prognostiziert hätte, wie es in Deutschland im Jahr 2005 aussehen würde.

Meine Damen und Herren! Deswegen sage ich: Es gibt keine Statistik im Jahr 2006, die seriös und verlässlich die Bevölkerungszahl Sachsen-Anhalts im Jahr 2020 vorhersagen kann; wer es dennoch tut, der übernimmt sich ganz gewaltig.

(Beifall bei der FDP - Oh! bei der SPD - Herr Bischoff, SPD: Am besten nichts machen!)

Denn, meine Damen und Herren, für die Bevölkerungsentwicklung in einer Region wie generell gibt es zwei Faktoren, die relevant sind: Der erste ist das Generativverhalten, der zweite sind die nationalen und internationales Wanderungsprozesse.

Gerade die Wanderungsprozesse sind in ihrer Größenordnung mittel- und langfristig schwer prognostizierbar, da sie von vielen, insbesondere von ökonomischen Faktoren abhängen. Innerhalb des Bundesgebietes und zunehmend auch in der EU, ja weltweit sind Wanderungsprozesse völlig normal. Problematisch sind diese Wanderungen allerdings für Regionen, die dauerhaft einen negativen Wanderungssaldo aufweisen.

Sachsen-Anhalt hat in den Jahren 1993, 1994 und 1996 einen leicht positiven Wanderungssaldo erreicht. Das heißt, es kamen mehr Menschen ins Land, als gegangen sind. Dann ging es zugegebenermaßen dramatisch bergab. Der Tiefpunkt wurde im Jahr 2001 erreicht. Binnen Jahresfrist wanderten über 23 000 Menschen mehr aus Sachsen-Anhalt ab, als ins Land kamen.

Meine Damen und Herren! Das war die Schlussbilanz der Regierung Höppner, nicht nur von Herrn Höppner persönlich, sondern auch der Strippenzieher, die acht Jahre lang seine Politik ermöglicht hatten.

(Beifall bei der FDP - Oh! bei der SPD und bei der PDS - Herr Bischoff, SPD: Das ist unter Niveau!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was jetzt interessant ist - das ist ein Treppenwitz der Geschichte -: Die Prognosen, die Herr Bullerjahn zur Grundlage seines Papiers und zur Grundlage seiner wirtschaftspolitischen Forderungen gemacht hat, beruhen - wie ich inzwischen feststellen konnte; da muss man erst einmal ein wenig kramen - auf den Zahlen der Abwanderung in den Jahren 2000, 2001 und 2002. Das heißt, die Abwanderungszahlen aus den drei Jahren, in denen wir pro Jahr weitaus mehr Menschen als jemals zuvor verloren haben, nämlich jeweils deutlich über 20 000, sind die Grundlage der Berechnungen von Bullerjahn und der Statistiker, die ihm zuarbeiten.

Da kann ich nur sagen: Es geschieht ihm recht, dass er gerade die Schlussbilanz der Höppner-Zeit zur Basis seiner Berechnungen nimmt und nicht erkennt, dass sich die Schere inzwischen wieder schließt, konkret, dass die Zahl der Zuwanderungen ansteigt und die Zahl der Abwanderungen sich eben entsprechend reduziert; das ist der Punkt.

(Herr Bischoff, SPD: Es gab danach eine Dienststudie!)

Sie müssen sich das nur einmal anschauen: Im vergangenen Jahr hatten wir, wenn die ersten drei Quartale zugrunde gelegt werden, eine Abwanderung per sal-

do von etwas über 9 000 Menschen. Lassen Sie es dann 12 000 Menschen gewesen sein; jedenfalls ist es nur die Hälfte von dem, was in den letzten Jahren unter Höppner abgewandert ist.

Wenn man die Zahlen in den letzten Jahren unter Höppner dann bis zum Jahr 2020 hochrechnet, dann kommt man in der Tat auf solche Horrorzahlen von gerade noch zwei Millionen Einwohnern und für ein paar Jahrzehnte danach auf eine noch geringere Zahl, und zwar von 1,4 Millionen Menschen.

Das ist, glaube ich, der springende Punkt, über den wir uns streiten, auch mit denen, die als Wissenschaftler behaupten, sie wüssten alles, die aber zum Teil noch nicht einmal erkannt haben, dass die drei Jahre, die sie zur Basis ihrer Prognose gemacht haben, extrem ungünstige Jahre waren. Wir werden ja die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren sehen.

Eines ist richtig: Wenn man die Bevölkerungszahlen der Bundesrepublik Deutschland und Sachsen-Anhalts, wie sie im Moment sind, hochrechnet, dann ist ein Schrumpfungsprozess festzustellen; das ist völlig unstreitig.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Ach! Das hätte ich jetzt nicht erwartet!)

- Doch. Ja, Frau Kuppe, sehen Sie, ich überrasche Sie immer wieder mit Erkenntnissen, die auch Ihre eigenen sind. Vielen herzlichen Dank für dieses Anerkenntnis.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Oh! bei der SPD)

Die Frage, wie die Binnenwanderungen verlaufen, lässt sich nicht bezogen auf einen Zeitraum von 15 Jahren klären. Die Frage, wie die Binnenwanderung verläuft, hängt insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Regionen ab. Warum haben denn die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg eine so große Zuwanderung zu verzeichnen? - Einfach deswegen, weil sie wirtschaftlich besonders erfolgreich sind. Deswegen sage ich: Wenn wir eine erfolgreiche Politik in den nächsten Jahren fortsetzen, dann wird sich auch bei uns der Abwanderungsprozess, wie es jetzt schon deutlich erkennbar ist, verändern.

Meine Damen und Herren! Wir haben alles in allem eine ermutigende Entwicklung. Ich habe heute morgen die Entwicklung des realen Wirtschaftswachstums im Jahr 2005 auf den Tisch bekommen; Herr Bullerjahn wird es auch bekommen haben.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Dann sage ich es Ihnen jetzt: Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr in Ostdeutschland im Durchschnitt 0,0 %, in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt 0,9 %, in Sachsen-Anhalt real 1,1 %.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- Herr Thiel, vielen Dank, Sie haben ein bisschen geklopft.

(Heiterkeit - Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Sie haben vorhin ein paar nette Sätze gesagt.

(Zuruf von Herrn Dr. Thiel, Linkspartei.PDS)

- Ich sehe, Sie sind hin- und hergerissen.

Meine Damen und Herren! Ich sage: Wenn wir eine Politik betreiben, die weiterhin in diese Richtung führt, dann

wird dieses Land wieder überwiegend ein Zuwanderungsland werden. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Jeziorsky)

Wir können die Zahlen doch nicht einfach hochrechnen und sagen: Weil Statistiker dieses oder jenes - bei natürlich feststehenden Parametern - prognostizieren, wird es im Jahr 2020 so sein; lasst uns deswegen Sangerhausen und andere Standorte abschreiben, und das, was wir in bestimmten Orten noch an Entwicklung haben - -

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

- Ja, Herr Schröder, ich weiß.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich sage ja: Das kann man eben nicht so machen.

Wenn ich auch Wittenberg, Sangerhausen, Zeitz und Stendal in Zukunft weiter zu Höchstsätzen fördern lassen möchte, dann ist das kein Gießkannenprinzip, sondern dann ist das im Interesse einer Gesamtentwicklung dieses Landes, die Sinn macht, weil dadurch Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Jeziorsky)

Meine Damen und Herren! Frau Budde hat es eben wortreich, wie wir sie kennen, dargetan.

(Herr Bullerjahn, SPD: Fast so wie Siel)

Frau Budde - und vielleicht auch Herr Bullerjahn - sagt: Es ist nicht so, dass man Sangerhausen oder anderwärts - man könnte eine Menge Standorte nennen; ich habe es getan - überhaupt nicht mehr fördert; vielmehr gibt es im Regelfall eine abgesenkte Förderung.

Jetzt verrate ich Ihnen einmal ein Geheimnis:

(Oh! bei der SPD - Herr Bischoff, SPD: Oh, ein Geheimnis!)

Die Ansiedlungen quer durchs Land, die in den letzten fünf, sechs, sieben Jahren - ich beziehe die Vorgängerregierung hierbei mit ein - getätigten worden sind, haben wir durch die Bank nur erreichen können, weil wir Höchstförderungen ausgebracht haben,

(Zustimmung bei der CDU und von Frau Dr. Hüskens, FDP)

und zwar an dem Ort, an dem das Unternehmen gesagt hat: Dort ist es für meine Zukunft am besten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Natürlich sollten der Staat und wir im Parlament nicht denken, wie seien klüger als alle anderen und wüssten genau, dass Sangerhausen oder Stendal langfristig abzuschreiben seien. Dadurch verschieben sich die Dinge zum Teil dramatisch. Ich freue mich über das Zellstoffwerk. Ich habe immer betont, dass das eine Leistung insbesondere der Vorgängerregierung ist, auch wenn alle Förderbescheide und alle Bürgschaften usw. erst in meiner Zeit gekommen sind. Wir wollen uns darüber gar nicht streiten. Ich habe das immer anerkannt. Aber nach den Prinzipien, die Herr Bullerjahn verkündet, käme ein Unternehmen nie nach Arneburg. Aber Arneburg ist der richtige Standort.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von Herrn Daldrup, CDU, und von Frau Dr. Kuppe, SPD)

Und siehe da, in Arneburg entwickelt sich genau das, was wir gern haben möchten, ohne dass wir es anordnen: ein Cluster. Dort baut jetzt nämlich ein italienischer Konzern für 120 Millionen € eine Papierfabrik, um den Zellstoff zu verarbeiten, und schafft damit weitere 300 oder 400 Arbeitsplätze. Sollen wir das in Zukunft nicht mehr fördern, meine Damen und Herren? Wir wären ja wirklich bekloppt.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Nachdem Herr Thiel so nett gesprochen hat,

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Er kriegt jetzt Schwierigkeiten bei uns! - Heiterkeit)

möchte ich ihm in einem Punkt, in dem er sich zustimmend geäußert hat - damit haben Sie Recht -, auch Recht geben.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, Herr Thiel und alle, die das auch sagen - ich weiß, das ist das ganze Parlament -: Forschung und Entwicklung müssen für unsere zukünftigen Produkte und Verfahren noch stärker mobilisiert werden. Das ist sonnenklar.

Ich sage nicht, dass wir in diesem Bereich schon das erreicht haben, was wir erreichen wollen. Aber ich weise darauf hin, dass die Höppner-Regierung im Jahr 2001 - damals war Frau Budde als Wirtschaftsministerin verantwortlich - insgesamt 7 Millionen € für einzelbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte hat abfließen lassen. Wir haben diesen Betrag jedes Jahr um etwa 7 Millionen € aufgestockt und waren im vergangenen Jahr bei 33 Millionen €, die echt abgeflossen sind. Das ist doch der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

In diese Projekte sind die Industrie, die Hochschulen und die Forschungsinstitute eingebunden, die in vielfältiger Weise auch von uns gefördert werden.

Also kurz und gut: Herr Thiel, Ihre Forderung ist richtig. Aber nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wir sind nachdrücklich dabei, das auch umzusetzen und nicht nur zu fordern.

Zu einem anderen Punkt, in dem ich Ihnen widerspreche. Sie fordern mehr Darlehen in Zukunft. Ich weiß, dass es bis zum Finanzminister hin die Versuchung gibt, in diese Richtung zu denken. Das können wir in bestimmten Teilbereichen des Haushalts möglicherweise machen, nicht jedoch bei der Ansiedlungsförderung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ThyssenKrupp Presta im Kreis Wernigerode die größte Nockenwellenfabrik der Welt baut, dann braucht dieses Unternehmen nicht ein Darlehen von uns. Sie können überall Geld bekommen. Sie rechnen insgesamt, was bringt uns der Standort, und kommen zu dem Ergebnis: Der Zuschuss von 30 %, den sie dort bekommen, macht die Gesamtrechnung rund und deswegen kommen sie. Wenn ich Ihnen erzähle, in Zukunft bekämen sie ein Darlehen, dann sagen sie: Herzlichen Dank, Herr Rehberger, dann ist der Standort in Polen wirtschaftlicher, also sind wir dann in Polen.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Qual, FDP)

Das eben war nicht eine gedachte Alternative; das war eine ganz realistische.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir werden das nach meinem Dafürhalten nicht tun dürfen. Darin stimme ich übrigens vollkommen mit Herrn Clement, dem bisherigen Bundeswirtschaftsminister, und dem jetzigen Bundeswirtschaftsminister Herrn Glos überein, die sagen: Wenn ihr in Ostdeutschland diese Zuschüsse nicht mehr gewähren könnt, dann wird eure Ansiedlungspolitik aber ganz schön zurückgehen.

Das wollen wir nicht. Wir müssen die industrielle Basis, die hochmodern ist, auch in den vor uns liegenden Jahren verbreitern, und zwar überall dort, wo sich die Industrie ansiedeln will.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Minister, würden Sie bitte zum Schluss kommen.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Ja, ich bin gleich fertig, obwohl es noch schöne Sachen gibt, die ich sagen könnte.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Sie sind schon über das Ende der Redezeit.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin, Sie waren sehr nachsichtig, herzlichen Dank. Ich bin gleich fertig.

Ich möchte denen, die das in Zukunft zu verantworten haben werden, ganz überparteilich sagen: Dieses Land muss in den vor uns liegenden Jahren alle Register ziehen, um seine hochmoderne industrielle Basis, wo immer es möglich ist, weiter zu verbreitern. Darum bitte ich. Das ist der einzige Weg, der dann auch zu den Zahlen führt, die wir beim Wirtschaftswachstum zu verzeichnen haben. Das ist der einzige Weg, der auch den Arbeitsmarkt mittel- und langfristig vernünftig entwickelt.

Ich habe gestern darauf hingewiesen - hat Herr Bullerjahn das beantwortet? Nein; aber ich sage es noch einmal -, dass, wenn Sie die Zahlen aus dem Jahr 1996 als Basis nehmen - wir haben beim Arbeitsmarkt inzwischen die Zahlen von 1996 -, im Januar des Jahres 2006 in Sachsen-Anhalt die Zahl der Arbeitslosen um 30 000 zurückgegangen ist, während sie bundesweit um 850 000 gestiegen ist. Das bedeutet: Unser Arbeitsmarkt entwickelt sich entgegen dem Trend positiv.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Frau Budde das nicht erkennen kann, dann liegt es vielleicht an ihr, einmal nachzurechnen und noch einmal die Schulbank zu drücken.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Nachdem wir in den letzten vier Jahren 23 000 neue Arbeitsplätze in der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen auf den Weg bringen konnten und 13 500 zusätzliche Gewerbeanmeldungen mit entsprechenden Arbeitsplatzzahlen möglich waren, werden wir, wenn wir dieses Land voranbringen wollen - wir wollen das -, auch in den

vor uns liegenden Jahren genau diese Politik fortsetzen. Erfolgreiche Politik zu korrigieren ist eine große Dummeheit. Sachsen-Anhalt sollte das nicht machen.

(Lebhafte Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Runde noch einmal eröffnet. Wer wünscht das Wort? - Herr Bullerjahn, bitte sehr.

(Zuruf von der CDU: Das bringt doch nichts!
- Unruhe)

Herr Bullerjahn (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Eines muss ich Ihnen lassen, Herr Rehberger: Wenn so viel Dynamik wie heute in der gestrigen Debatte gewesen wäre, hätte ich mich gefreut.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Das erkenne ich sogar an. Das gehört zu einer Debatte. Man kann unterschiedlicher Auffassung sein. Dazu gehören auch Emotionen. Deswegen meinen Respekt dafür. Ich hätte mir gewünscht, dass ich gestern die Möglichkeit gehabt hätte, umfassend darauf einzugehen. Aber das hat gestern nicht stattgefunden.

Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn Sie nicht den Begriff „Horrorszenario“ verwandt hätten. Herr Rehberger, man kann Dinge wirklich unterschiedlich angehen. Wir haben uns seit 1990 schon oft gestritten, aber in der Sache auch vieles zusammen gemacht. Aber das Begriffspaar Horrorszenario und Bullerjahn möchte ich so nicht stehen lassen.

(Frau Brakebusch, CDU: Den haben Sie auch schon verwandt!)

- Ja, ja. Nun hören Sie doch erst einmal zu. - Sie können die Wissenschaft beschimpfen.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Rehberger)

- Natürlich haben Sie die Wissenschaft beschimpft: Diese Wissenschaftler da - -

(Minister Herr Dr. Rehberger: Der Wissenschaft zu widersprechen ist doch wohl erlaubt! - Unruhe)

- Ich habe Ihnen auch zugehört, Herr Rehberger.

(Zurufe von Minister Herrn Dr. Rehberger und von der CDU - Unruhe)

Sie können den Bullerjahn beschimpfen, Sie können die SPD beschimpfen.

Übrigens bedanke ich mich - das wollte ich auch noch los werden - wirklich für diese Bullerjahn-Debatte. Wer bekommt schon mitten im Wahlkampf von der Regierung eine Debatte, bei der er mindestens 40-mal genannt wird?

(Beifall bei der SPD)

Das macht nicht einmal meine eigene Partei. Ich habe immer gesagt: Wo Sie auftreten, bin ich automatisch immer mit dabei.

(Zuruf von Herrn Dr. Schrader, FDP)

Ich danke Ihnen wirklich. Ich hoffe, das hilft mir. Heute ist der letzte Tag und die letzte Debatte.

Zurück zu dem Thema „Horrorszenario“. Die Zahlen, die ich verwandt habe - Herr Daehre weiß genau, wie zuverlässig sie sind -, stammen von dem Bundesraumordnungsministerium.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Ja, klar! - Frau Budde, SPD: Das kann man nicht ernst nehmen!)

- Hören Sie mir doch einfach zu. Herr Dr. Rehberger, hören Sie mir einfach zu, wie ich Ihnen auch zugehört habe.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Ich habe mit Ihren Leuten geredet!)

Diese Zahlen sind öffentlich zugänglich und werden verwandt für alle Regierungsplanungen, egal welcher Couleur. Ich habe nichts weiter gemacht, als sie zur Basis einer zugegebenermaßen sehr persönlichen Projektion - das ist ein Unterschied zur Prognose; auch darauf bitte ich zu achten - in das Jahr 2020 fortzuschreiben mit dem Obertitel - auch das steht in der Broschüre - „Was passiert, wenn nichts passiert?“.

(Zustimmung bei der SPD - Minister Herr Dr. Rehberger: Nein!)

Ich sage es einmal so: Ich rechne es mir sogar an, dass sich sehr, sehr viele nach dem Erscheinen der Broschüren die Mühe gemacht haben, sie zu lesen und darauf abzuheben, sie zu kritisieren. Ich hätte mich auch gefreut, wenn diejenigen, die sie gelesen haben, halb so viel Energie hineingesteckt hätten, eigene Überlegungen anzustellen.

(Zustimmung bei der SPD)

Insofern, Herr Dr. Rehberger, schätze ich das. Ich habe auch nie behauptet, dass es der einzige Weg ist, aber ich behaupte schon von mir, dass es ein Weg ist - ein Szenario -, der kommen könnte, wogegen wir alle arbeiten müssen. Aber ich wäre froh, wenn wir nicht so pauschal und mit Unterstellungen immer wieder eine solche Diskussion ins Gegenteil verkehren würden, weil man dem Land damit auch nicht hilft.

Ich saß acht Jahre lang in einem Kreistag. Wir haben die Ver- und Entsorgung, Wasser und Abwasser, am Bedarf vorbei geplant. Das Problem heute ist, dass sich diejenigen, die die Preise für die, die nicht mehr da sind oder nicht geboren wurden, mitzählen müssen, sich langsam die Frage stellen: Was haben die vor Jahren geplant, hätten sie das nicht besser wissen müssen? Diesen Vorwurf möchte ich mir nicht noch einmal machen lassen. Ich denke, deshalb ist es nur richtig, sich mit den Entwicklungstendenzen eines Landes auseinander zu setzen.

Ich sage abschließend: Ich bin froh, dass die SPD diesen Weg gegangen ist, nämlich eine Analyse zu machen, eine Diskussion zu führen, bei der es unterschiedliche Meinungen in einer Partei gibt, und darauf aufbauend die Grundsätze einer möglichen Politik zu skizzieren und auch zu wissen, dass wir fehlbar sind, aber zumindest findet es in der SPD statt. Ich hoffe, sie erhält sich dies alles. - Danke schön.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich erteile Herrn Wolpert und anschließend Herrn Gallert das Wort.

Herr Wolpert (FDP):

Herr Bullerjahn, jetzt haben Sie es geschafft: Ich muss auch noch einmal nach vorn kommen; denn ich bin etwas verwirrt.

Sie erklären, dass Sie nur ein Diskussionspapier erstellt haben, in dem Sie einen Weg aufzeigen, der möglich wäre, und man sich freuen würde, wenn die anderen sich daran beteiligen würden.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ich habe ein Wahlprogramm erarbeitet! - Minister Herr Dr. Rehberger: Das liest sich völlig anders!)

Ja, was denn nun? Ist Ihre Wirtschaftsförderpolitik, die Sie mit Ihren regionalen Schwerpunkten angeben, Ihr Weg oder ist es nur ein Vorschlag, der variabel ist?

(Herr Bullerjahn, SPD: Das ist unser Weg!)

Verhalten Sie sich genauso wie bei der Mehrwertsteuer, nämlich dass Sie im Sommer sagen 0 % und hinterher sind es 3 %?

(Zustimmung bei der FDP - Frau Kachel, SPD: Nein!)

Was Sie aber nicht verstanden haben, ist das, was Sie gemacht haben, nämlich zu sagen, wenn nichts passiert, fahre ich die Karre gegen den Baum und deswegen versuche ich, den Baum abzupolstern.

(Frau Budde, SPD: Schwachsinn!)

Was Herr Rehberger geschildert hat, ist, wie ich ans Lenkrad gehe und steuere. Sie sind offensichtlich nicht einmal mehr in der Lage, darüber nachzudenken. Das ist der Unterschied.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Gallert, bitte sehr.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Ich will den Versuch machen, die Debatte auf das zurückzuführen, worum es hier eigentlich geht. Man hatte die Debatte damit angefangen, dass wir über die verschiedenen Modelle der Wirtschaftsförderung in diesem Land reden wollten. Das dann alle inhaltlichen und personalen Querelen zwischen der FDP und der SPD in diesem Land zum Gegenstand der Debatte werden, ist vielleicht für die beiden interessant, aber bitte für die anderen nicht.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Deswegen sage ich ganz deutlich, ich bin jetzt nach vorn gegangen; nicht dass Herr Thiel schon wieder gelobt wird.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Wenn das so weitergeht, bekommt er langsam ein Problem bei uns.

(Herr Tullner, CDU: Sie machen das auch gut!)

Wir sagen ganz deutlich: Natürlich ist die Auseinandersetzung um die Frage regionale Kerne oder nicht regionale Kerne eine hochinteressante. Ich habe gestern dazu ausdrücklich etwas gesagt, Herr Thiel heute auch. Wir halten das für eine Phantomdiskussion, die sich offensichtlich hervorragend polarisieren lässt, aber des-

wegen nicht die eigentlich entscheidenden Fragen auch der nächsten Wochen berührt.

Ich will nur noch einmal sagen: Herr Rehberger, es ist Klasse, dass wir ein Wirtschaftswachstum von 1,1 % hatten und im Bundesdurchschnitt nur 0,9 %. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir im Jahr 2005 proportional mehr Arbeitsplätze verloren haben als alle anderen Bundesländer.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Nein! - Herr Tullner, CDU: Das stimmt nicht!)

Herr Rehberger, an den Zahlen können Sie nicht vorbei; denn minus 20 000 sind minus 20 000 und minus 18 700 im Pendlerbereich sind minus 18 700. Deswegen brauchen wir auf diese Fragen neue Antworten, und die geben wir nicht, wenn wir die Zahlen und Fakten ignorieren und uns in einen Höhenrausch reden, den dieses Land einfach nicht verdient hat.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD - Herr Tullner, CDU: Tiefenrausch!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Ich sehe keine weitere Meldung. Damit beenden wir die Debatte. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst. Damit ist das erste Thema im Rahmen der Aktuellen Debatte abgehandelt.

Wir kommen zum zweiten Thema:

EU-Dienstleistungsrichtlinie - ein fauler Kompromiss

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2625**

Zunächst erteile ich für die Antragstellerin Frau Dr. Klein das Wort. Bitte sehr.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern wurde ich von einem Kollegen gefragt, was ich eigentlich mit diesem Antrag bezecke; denn wir haben schließlich in der letzten Landtagssitzung das Thema EU-Dienstleistungsrichtlinie debattiert und die Koalitionsfraktionen und die SPD haben es als erledigt abgehakt. Ich kann Ihnen diese Aktuelle Debatte aber nicht ersparen. Es geht hier schließlich um den wichtigsten Prozess in der Europäischen Union nach der gescheiterten Verfassungsdebatte.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Diese ist unter anderem auch daran gescheitert, dass es in der Diskussion schon um die Dienstleistungsrichtlinie ging. Wir in Sachsen-Anhalt können zwar darüber philosophieren, welchen Standort wir in Europa haben; wenn wir aber in Fragen der Dienstleistungsrichtlinie den Kopf in den Sand stecken, dann kommt etwas über uns, was wir letztendlich umzusetzen haben, zu vertreten haben und dann auch gefordert sind.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben gestern in erster Lesung mehrheitlich einem Richtlinienentwurf zugestimmt, der trotz einiger Verbesserungen, die aufgrund des öffentlichen Drucks zustande kamen, eine bedrohliche Verschlechterung gegenüber der bisherigen Rechtslage darstellt.

Das Europäische Parlament hat nahezu alle Änderungsanträge des federführenden Binnenmarktausschusses vom 9. November 2005 angenommen. Ebenfalls angenommen wurden alle Kompromissvorschläge der Christdemokraten und der Sozialdemokraten, die in der vergangenen Woche ausgehandelt worden sind. Diese hatten allerdings ihre Anträge zu Artikel 16 des Entwurfs, in dem es um das Herkunftslandprinzip oder, wie es jetzt heißt, die Dienstleistungsfreiheit geht, zurückgezogen. Also war der wichtigste Änderungsantrag weg.

Von der Bundesregierung über den SPD-Vorsitzenden bis hin zu den Medien wird dieses gestrige Ergebnis bejubelt. Das europäische Sozialmodell sei gerettet. - Abgesehen davon, dass Ihnen keine und keiner erklären kann, was denn das europäische Sozialmodell ist; denn ein solches gibt es nicht. Wenn es eines gäbe, das verbindliche Sozial- und arbeitsrechtliche Standards beinhalten würde, würde die Dienstleistungsrichtlinie anders aussehen und es wären sicherlich die Proteste nicht so groß.

Seit einer Woche wird nun in den Medien von Politikern von CDU und SPD mit Nachdruck darauf verwiesen, dass ein Kompromiss gefunden worden sei, der alle Probleme löse; Proteste seien nicht mehr notwendig.

Dass wir das anders sehen, wundert Sie sicherlich nicht. Aber auch andere wie die Gewerkschaften und Hunderttausende Betroffene tragen diese angeblich jähre Wendung des Kompromisses nicht mit. Weil es eben keine jähre Wendung ist; vielmehr sind die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament schlicht und ergreifend auf die Linie der Konservativen eingeschwungen.

Ich zitiere den Vorsitzenden der Fraktion der Sozialdemokraten im Europaparlament Martin Schulz, wie er die sozialdemokratische Verhandlungsstrategie charakterisierte:

„Letztlich geht es in den Gesprächen in der kommenden Woche weniger um inhaltliche als um sprachliche Korrekturen. Mit den Grundzügen der Richtlinie können die Sozialdemokraten leben, zumindest in der Fassung, die der Binnenmarktausschuss im Herbst 2005 beschlossen hat.“

Es gab übrigens am 28. November 2005 einen Beschluss des Parteivorstandes der SPD, der genau das konterkariert. Dort werden nämlich insbesondere das Herkunftslandprinzip und auch die Aufnahme von Diensten von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse strikt abgelehnt. Aber das Papier ist geduldig und die Praxis ist eine andere.

Es bleibt also dabei: Das Wort „Herkunftsland“ als solches ist zwar gestrichen worden, aber nicht das Prinzip. Durch die Hintertür soll es zurückkehren, weil die Mitgliedstaaten in ihren Rechten zur Festlegung von Standards beschnitten werden.

Die Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, das Recht von Dienstleistungserbringern, Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen zu erbringen, in dem sie niedergelassen sind, zu achten. - Zu achten. Das heißt, es wird nicht gesagt, es gelten nun die Gesetze des Herkunftslandes. Es wird aber auch nicht gesagt, es gelten die Gesetze des Ziellandes, in dem die Dienstleistung erbracht wird, zumal der Mitgliedstaat, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll, für die freie Aufnahme und die freie Ausübung einer Dienstleistung innerhalb seines Hoheitsgebiets sorgen soll. Dazu darf

er nach wie vor keine beglaubigten Dokumente abfordern, keine Übersetzungen, sondern er muss mit dem leben, was ihm der Antragsteller bringt, egal in welcher Sprache, egal in welcher Rechtsform.

Eine Einschränkung gibt es. Aber die ist auch nicht neu, sondern sie wurde ebenfalls bereits im November 2005 vom Binnenmarktausschuss beschlossen. Die Mitgliedstaaten, in die sich die Dienstleistungserbringer begeben, können Anforderungen in Bezug auf die Erbringung von Dienstleistungen stellen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, des Umweltschutzes und der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt sind. Ebenso dürfen die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht ihre Bestimmungen über Beschäftigungsbedingungen, sprich Arbeits- und Tarifrecht einschließlich der Bestimmungen in Tarifverträgen, anwenden. - Das ist positiv.

Allerdings wirken diese Gesetze nur dann einschränkend, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Bestimmungen hinsichtlich des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit, der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung erforderlich, diskriminierungsfrei und verhältnismäßig sind. Ansonsten unterliegt der Dienstleistungserbringer den Gesetzen seines Herkunftslandes.

Damit bekommt auf jeden Fall eine Institution Arbeit. Das ist der Europäische Gerichtshof; denn ein Land muss, wenn es seine Zustimmung verweigert, das erst einmal nachweisen. Das ist ein Rückfall hinter die jetzige Praxis. Statt Bürokratieabbau erfolgt erst einmal Bürokratieaufbau.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Rechtsunsicherheit für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Kommunen und die Länder wächst und es wird noch mehr Grauzonen als bisher geben.

In der ursprünglichen Fassung des Kompromisses von vergangener Woche - der Text, der zurückgezogen wurde - waren bei den Ausnahmetatbeständen zum Herkunftslandprinzip wenigstens noch Sozialpolitik und Verbraucherschutz mit genannt worden. Diese beiden Bereiche wurden in letzter Minute mit Einverständnis der Sozialdemokraten gestrichen. Wenn das so bleiben sollte, dann werden also sozialpolitische oder Verbraucherschutzbestimmungen als Rechtfertigungsgrund für staatliche Anforderungen an die Dienstleistungserbringer nicht mehr hinreichend sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Hinblick auf den Geltungsbereich der Richtlinie - Artikel 2 - sind die Dienstleistungen von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nach wie vor enthalten. Es gibt zwar eine Reihe von Bestimmungen, die besagen, dass die Richtlinie nicht die Liberalisierung oder Privatisierung bisher nicht dem Wettbewerb geöffneter Sektoren bewirken soll. Angesichts dessen, dass es aber EU-weit - wir dürfen nicht nur Deutschland angucken, sondern wir müssen die ganze EU sehen - kaum noch einen Sektor gibt, der nicht irgendwo bereits dem Wettbewerb geöffnet ist, ist diese Einschränkung fast nur ein Lippenbekenntnis; denn auch so elementare Dienste wie Bildung, Wasserversorgung oder Abfallbeseitigung sind mit dem Markteintritt privater Anbieter längst dem Wettbewerb geöffnet worden und würden mit der Richtlinie flächendeckend dem freien Spiel der Marktkräfte unterworfen.

Lediglich der Gesundheitssektor, die audiovisuellen Dienste und der Bereich des Glücksspiels werden aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgeklammert. Aber selbst dort sind die Begründungen schon so gehalten, dass man mindestens drei Rechtsanwälte braucht, um die vierte Meinung herauszubekommen, was denn nun eigentlich richtig ist. Ich könnte Ihnen ein Beispiel vortragen, wie die Richtlinie die öffentlichen Gesundheitsdienste nicht berührt. Aber ich glaube, das überfordert uns im Augenblick alle. - Gut.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie gesagt, es wäre eine klare Trennung zwischen kommerziellen Dienstleistungen und den Dienstleistungen von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichen Interesse notwendig gewesen.

Ich gebe zu, die Regulierung des Dienstleistungssektors - das habe ich bereits gesagt - ist einer der am schwierigsten wiegenden europäischen Rechtsakte. Dieser soll nun mit einem zutiefst widersprüchlichen Gesetzeswerk bewältigt werden. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen in der Europäischen Union werden diese Last schultern müssen.

Rechtssicherheit und Kontrolle werden nicht mehr gegeben sein, wenn die Dienstleistungsrichtlinie so bleibt, wie sie nun vorliegt; denn wer soll schon die Bestimmungen der Richtlinie beherrschen? Wer beherrscht schon alle 25 Rechtssysteme der Mitgliedstaaten? Schon eine sektorale Regelung einzelner Dienstleistungen war - das hat die Vergangenheit gezeigt - und ist eine schwierige Angelegenheit.

Aus der Sicht der Linkspartei.PDS ist die EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht der Weg, um ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa der Regionen zu schaffen. Wir sind der Auffassung, dass uns das, was da in Brüssel passiert, sehr wohl etwas angeht und dass wir deshalb auch das Recht und die Pflicht haben, uns einzumischen. Noch gibt es die Chance, dass die Richtlinie nicht Wirklichkeit wird.

Die Linkspartei.PDS wird deshalb den Protest gegen diese Richtlinie aufrechterhalten, auch hier im Land. Wir werden die nächste Landesregierung - das Thema wird wieder auf der Tagesordnung stehen - auffordern, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung einer solchen Richtlinie ihre Zustimmung im Ministerrat verweigert.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dr. Klein. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Dr. Sobetzko. Doch zuvor haben wir die Freude, Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Quedlinburg bei uns begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Sobetzko, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Bedeutung der Dienstleistungen für unseren Binnenmarkt brauche ich wahrscheinlich nicht aufmerksam zu machen. Immerhin spielen hier 70 % der Wertschöpfung eine Rolle. Da wir in unserem Land - zunächst einmal in Deutschland, in unserem Bundesland

analog -, einen Negativsaldo haben, ist hier etwas zu machen. Deshalb können wir nur dankbar sein, dass eine Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt werden kann. Deshalb bin ich dafür dankbar, dass dieser Kompromiss gefunden wurde.

Mit der gestrigen Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie zunächst im Europäischen Parlament konnte ein Kompromiss gefunden werden, der einerseits den gesteigerten Anforderungen der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger an den europäischen Binnenmarkt gerecht wird und andererseits berechtigte soziale Interessen berücksichtigt. Frau Dr. Klein, ich glaube, dass das, was Sie vorgetragen haben, zum großen Teil Ihre Auslegung ist.

Es wird nun darauf ankommen, dass sich die Staats- und Regierungschefs möglichst noch im Rahmen der österreichischen Präsidentschaft zu diesem Kompromiss bekennen. Ich möchte behaupten, dass der Kompromiss mit seinen substanziellem Änderungen den ursprünglichen Entwurf in entscheidenden Positionen sogar vom Kopf auf die Füße gestellt hat und somit auch das europäische Sozialmodell gesichert scheint.

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS: Was ist das?)

Die Ängste, die von der Linkspartei.PDS vorgeführt werden, sind, meine ich, somit unbegründet. Dieser Feststellung lege ich aber folgende Einschätzung zu dem gefundenen Kompromiss zugrunde:

Erstens. Bezuglich des umstrittenen Herkunftslandprinzips - wir hatten uns dem angeschlossen - konnte ein guter Kompromiss gefunden werden, der eine moderate Regelung zum anwendbaren Recht durchsetzen lässt. Damit scheitert der Versuch, ein Binnenmarktverhindungsprogramm zu verabschieden. Mit der Richtlinie werden unsinnige Barrieren und bürokratische Schikanen für Unternehmen abgebaut, also auch der notwendigen Vorfahrt für Dienstleistungsunternehmen aus Deutschland eine Chance gegeben.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Besonders schikanöse Belastungen, wie zum Beispiel die Pflicht, eine Niederlassung im Hoheitsgebiet des Mitgliedslandes zu eröffnen, werden generell verboten. Rechtsbereiche, wie zum Beispiel Regelungen zur Unternehmensführung, zur Unternehmensstruktur, zur Ausführung der Dienstleistung oder zum Inhalt der Dienstleistungen, bei dem das Recht des Herkunftslandes unproblematisch ist - warum auch nicht? -, werden in einer Positivliste zusammengeführt.

Grundsätzlich gilt für den Marktzugang und auch für die Ausübung der Dienstleistung das Recht am Ort der Niederlassung. Die Mitgliedstaaten, in denen die Dienstleistung erbracht wird, können jedoch verlangen, dass ihre Regeln eingehalten werden, die zum Schutz von öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Volksgesundheit und Umwelt oder zur Vorbeugung gegen besondere Risiken vor Ort zwingend erforderlich sind.

Die vom Binnenmarktausschuss beschlossene Fassung ersetzt somit das Herkunftslandsprinzip mit seinem punktuellen Ausnahmekatalog durch ein vernünftiges Zusammenspiel der Rechtsordnungen von Herkunfts- und Bestimmungsland. Die Mitgliedstaaten erhalten somit die Möglichkeit, ihre Anforderungen, die durch zwingende Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt sind, effektiv durchzusetzen. Sie können sie jedoch nicht als Instru-

ment der Marktabstschottung missbrauchen; denn das sollte nicht sein.

Zweitens. Es ist insbesondere der EVP-Fraktion zu verdanken, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie nicht vollständig durchlöchert wurde. Wichtig ist jedoch, dass Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse weiterhin erfasst sind. Die beschlossenen Änderungen erzwingen keine Liberalisierung von Daseinsvorsorge, ermöglichen aber, dass die Richtlinie überall dort angewendet werden kann, wo Dienstleistungen dem Wettbewerb unterliegen. Es ist auch festzustellen, dass die Wachstumsbranche der privaten Gesundheitsdienstleistungen aus der Richtlinie ausgeschlossen worden ist - ein wichtiger Kompromiss.

Drittens. Dort, wo der von der Kommission vorgelegte Richtlinienentwurf über sein Ziel hinausgeschossen war, konnte sich die EVP bereits im Vorfeld in Abstimmung mit den Liberalen, den Sozialdemokraten und den Grünen auf eine gemeinsame Änderung einigen. Die notwendigen Korrekturen wurden mit einer breiten fraktionsübergreifenden Mehrheit verabschiedet.

Viertens. Im Konsens mit allen Fraktionen wurden folgende Änderungen beschlossen. Ich möchte darauf noch eingehen, um einiges herauszugreifen.

Erstens. Es ist sichergestellt, dass die Richtlinie die staatliche und kommunale Daseinsvorsorge nicht einschränkt. Die Definitions-, Gestaltungs- und Finanzierungshoheit der Mitgliedstaaten bleibt unangetastet. Den Besonderheiten von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse wird innerhalb der Richtlinie Rechnung getragen.

Zweitens. Das gesamte Arbeitsrecht, insbesondere die Entsendung von Arbeitnehmern, bleibt von der Richtlinie unberührt. Weder die Bestimmungen zu Arbeits- und Tarifverträgen noch der Arbeitsschutz oder verbindliche Mindestlöhne können umgangen werden. Befürchtungen, die Richtlinie würde Sozialdumping fördern, wird damit - so meine ich jedenfalls - der Boden entzogen. Auch die Gewerkschaften haben, obwohl sie demonstrierten ließen oder demonstriert haben, dem Kompromiss zugestimmt, weil das letztlich auch aus ihrer Sicht eine Notwendigkeit war.

Drittens. Eine effektive Kontrolle seitens der Behörden am Ort der Dienstleistung wird gewährleistet. Mit einem praxisgerechten Konzept der Verwaltungszusammenarbeit wird ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung von illegaler Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit geschaffen.

Viertens. Sensible Dienstleistungen wie Notartätigkeit, Geldtransporte, audiovisuelle Dienste, Zeitarbeit oder der Glücksspielsektor werden aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie genommen.

Ich denke, meine Damen und Herren, es konnte mit dieser ausgewogenen Balance zwischen der Herstellung eines größeren Dienstleistungsmarktes, der für unser Land dringend notwendig ist, dem Abbau protektionistischer Barrieren und den berechtigten Schutzzonen der Mitgliedstaaten ein annehmbarer Kompromiss gefunden werden. Hierzu kommt - das ist auch wichtig, Frau Dr. Klein -, dass innerhalb von fünf Jahren regelmäßige Evaluierungsberichte durch die Europäische Kommission zu erstellen sind. Dann werden wir sehen, ob sich das bewahrheitet hat, was ich jetzt zu Papier gebracht und was ich jetzt gesagt habe, oder ob die Ängste

und Bedenken, die Sie geäußert haben, irgendeinen Niederschlag gefunden haben, was sich dann gegebenfalls noch korrigieren lassen könnte.

Meine Damen und Herren! Ich bin damit am Ende dieser Ausführungen. Es ist meine letzte Parlamentsrede und ich möchte mich auf diese Weise auch von unserem Landtagsparlament verabschieden. Ich war immerhin 16 Jahre lang in diesem Parlament. Es war eine schöne Zeit. Ich betrachte den Abgang von der politischen Bühne mit etwas Wehmut. Aber es gibt eben nach der politischen Arbeit manchmal auch noch etwas Schöneres. Das allerdings unter dem Aspekt gesehen, dass man lange Zeit hier politisch gearbeitet hat und rückblickend sagen kann, man hat viel mitgestalten dürfen, man hat aber auch vieles mit verändern dürfen. Das erfüllt mich mit Stolz und Genugtuung, wenn ich dieses Parlament verlasse.

Ich möchte all denen danken, mit denen ich gut zusammenarbeiten konnte. Das war die Mehrzahl der Anwesenden. Das sind auch diejenigen gewesen, die jetzt nicht mehr im Parlament sind. Es ist ganz klar, dass man hier Höhen und Tiefen mitgemacht hat. Diese Höhen und Tiefen in einem Parlament können einen nur formen und lassen dann rückblickend viel Spielraum für die nachfolgende politische Betrachtung zu.

Ich möchte deshalb denjenigen, die das Glück haben werden, in der nächsten Legislaturperiode in diesem Parlament zu sein, noch zurufen: Nutzen Sie diese einmalige Chance, die Sie haben! Versuchen Sie - das meine ich wirklich ernst -, diesem Auftrag, den Sie erhalten haben, unserem Volk, unserem Land, unseren Menschen zu dienen - nicht für sich selbst zu arbeiten, sondern unserem Land zu dienen -, nachzukommen. Das zu sagen ist mir sehr wichtig. Ich wünsche Ihnen dazu alles Glück der Welt und ich wünsche Ihnen dazu Gottes Segen.

(Starker Beifall bei der CDU - Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Dr. Sobetzko. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von der CDU)

- Das ist keine Abschiedsrede, ich komme noch einmal dran.

(Heiterkeit)

Lieber Herr Sobetzko, ich wünsche Ihnen für das Leben danach alles Gute. Die wenigsten von uns wissen, was das, was danach kommt, wirklich ist. Sie werden es bald spüren. Hoffentlich wird alles schön werden. Es gibt nicht nur diesen Landtag.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten Monaten und Jahren mehrmals mit der Dienstleistungsrichtlinie beschäftigt, zuletzt erst im Januar 2006, sodass man heute eigentlich nicht damit rechnen konnte, dass wir noch einmal

darüber diskutieren würden, obwohl der Antrag der Linkspartei.PDS für die Aktuelle Debatte für mich nicht ganz überraschend kam, weil ich in der vorigen Woche im „Spiegel“ gelesen habe, dass Ihr derzeitiger Lebensabschnittsgefährte Oskar Lafontaine dieses Thema im Land Rheinland-Pfalz zum Wahlkampfthema machen will.

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS: Mit dem habe ich nichts zu tun!)

- Natürlich, mit dem haben Sie nichts zu tun, aber auch nichts dagegen.

Meine Damen und Herren! Natürlich ist das Thema Dienstleistungen in Europa in diesen Tagen von ganz besonderem Interesse. Gestern wurde, wie gesagt, in erster Lesung die Richtlinie verabschiedet.

Der freie Verkehr von Dienstleistungen ist keine Erfindung irgendwelcher europäischer Bürokraten oder Technokraten, sondern ist seit den Römischen Verträgen vorgesehen, das heißt seit 1957. Also seit Beginn der europäischen Einigung ist er zentraler Bestandteil des EG-Vertrags. In diesem sind die vier Grundfreiheiten des europäischen Marktes verankert, das heißt freier Verkehr von Personen, von Waren, von Kapital und eben auch von Dienstleistungen. Diese vier bilden in ihrer Gesamtheit den Grundpfeiler des europäischen Binnenmarktes. Darauf kann im Einzelfall jede interessierte Seite klagen, wenn das Europäische Parlament keinen hieb- und stichfesten gesetzlichen Rahmen setzt, der politisch gewollt und steuerbar ist

Und genau darum geht es. Gibt es keinen gesetzlichen Rahmen, kann es eine Welle von Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof geben, und niemand weiß genau, wie diese ausgehen. Vor allen Dingen verlieren wir dabei jeden politischen Gestaltungsspielraum und daran kann keinem gelegen sein.

Meine Damen und Herren! Der freie Verkehr von Personen, Waren und Kapital ist geregelt und verläuft ohne Probleme. Der Dienstleistungsverkehr stellt dagegen eine offene Flanke dar, die durch den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten mit ihrem völlig anderen Lohngefüge in den letzten Jahren Angst vor Lohndumping verbreitet hat. Die alten EU-Mitgliedstaaten hatten außerdem Schutzbarrrieren errichtet, die für den einzelnen Dienstleister nur schwer überwindbar gewesen sind. Die Beispiele geisterten in den letzten Tagen durch die Medien; Sie kennen die teilweise irrsinnigen Vorschriften.

Will ein deutscher Handwerker in Luxemburg arbeiten, braucht er einen luxemburgischen Gesundheitspass, obwohl er einen deutschen Gesundheitspass hat. Will ein Aachener Malermeister in Belgien arbeiten, muss er an der Grenze sein Material in ein Auto umladen, das in Belgien zugelassen ist. In Portugal dürfen Baufirmen nur dann arbeiten, wenn ein portugiesischer Bauingenieur in der Firma beschäftigt ist. In Frankreich müssen sich ausländische Fachleute, die einen Computer reparieren wollen, fünf Tage vorher bei den Behörden melden. In Österreich dürfen nur Einheimische Bergführer werden.

Es gibt noch weitere derartige Geschichten, die nicht verständlich sind. Ein Handlungsbedarf war also gegeben, wollte man weiteres Wachstum und Zusammenwachsen der Europäischen Union erreichen.

Um Ordnung in dieses System zu bringen, wurde die Kommission vor zwei Jahren in Gestalt des Kommissars Bolkestein aktiv, der den Entwurf einer Dienstleistungs-

richtlinie vorlegte. Diese hatte zum Grundprinzip, dass jeder Unternehmer in einem EU-Nachbarland zu den Bedingungen seines Heimatlandes tätig werden kann. Im Grunde ist das ganz einfach und leicht umzusetzen, jedoch ist es, wie gesagt, mit einer Gefahr verbunden: Verursacht durch das sehr niedrige Lohnniveau in den neuen Mitgliedstaaten sind Ängste entstanden, dass es mit dem In-Kraft-Treten der Richtlinie zu einem Sozial- und Lohndumping in Europa kommen könnte. Als besonders plakatives Beispiel für die Gefahren, die davon ausgehen könnten, wurde immer wieder der Lebensmittel-Discounter genannt, der sein Firmenzentrum nach Polen verlegt und in seinen deutschen Filialen polnische Verkäuferinnen für polnische Löhnen beschäftigt.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht orakeln, aber hätte nicht der neoliberalen Niederländer Bolkestein, sondern ein anderer die Verantwortung für die Erarbeitung der Richtlinie getragen, hätte sie vielleicht anders ausgesehen. So setzte die Richtlinie auf die freien Kräfte des Marktes und versprach 600 000 neue Arbeitsplätze in Europa, davon 100 000 in Deutschland.

Der Hauptkritikpunkt von vielen Seiten war das Herkunftslandprinzip mit der Angst vor einem gigantischen Verdrängungswettbewerb. Die SPD hat diese Bedenken aufgenommen und in der Stellungnahme des Präsidiums vom 23. Januar 2006 eindeutig geäußert.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen ein soziales Europa ohne Dumping im Sozialbereich und bei den Löhnen. Wir brauchen ein Europa als Sozialgefüge und nicht als Spiel freier Kräfte. Nur ein soziales Europa ist auch ein starkes Europa.

Dies haben viele Menschen in vielen Ländern Europas auch so gesehen. 30 000 Gewerkschafter aus mehreren Ländern der EU haben am Dienstag in Straßburg genau dafür demonstriert, wie schon zuvor am Samstag in Berlin 40 000 Menschen gegen den ursprünglichen Entwurf demonstrierten.

Wir erlebten in den letzten Tagen und Wochen eine regelrechte Politisierung in Europa durch dieses Thema. Die zahllosen Proteste, Kritiken und Bedenken zu dem Richtlinienentwurf haben maßgeblich dazu beigetragen, dass zwischen Christdemokraten und Sozialisten ein Kompromiss gefunden wurde, in dem das ursprüngliche Herkunftslandprinzip nicht mehr enthalten ist.

Wenn die Richtlinie in dieser Form endgültig beschlossen werden sollte, wäre das Ziel erreicht, die notwendige Freizügigkeit in der EU zu sichern und gleichzeitig die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wahren sowie die Qualität und die Umwelt zu schützen.

Meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, Sie sprechen dabei von einem „faulen“ Kompromiss. Wir Sozialdemokraten sehen das vollkommen anders. Es ist mit diesem Kompromiss ein gutes Ergebnis erzielt worden, das natürlich noch den Praxistest zu bestehen hat.

Frau Dr. Klein, ich stimme mit Ihnen nicht überein. Auch die Gewerkschaften sind mit dem erreichten Kompromiss zufrieden. Ich habe Dienstagnacht in Vorbereitung auf diese Debatte Berichte aus Brüssel gesehen, bei denen Demonstranten von Journalisten befragt wurden. Alle Demonstranten, die befragt wurden, haben sich positiv geäußert.

Franz-Josef Möllenberg, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten, zeigte sich am gleichen Abend mit diesem Ergebnis ebenfalls sehr zu-

frieden. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund unterstützt diesen Kompromiss. Eine einzige kritische Stimme war aber dabei und das war die von Herrn von Lambsdorff, FDP. Insofern befindet sich die linke und die rechte Seite des Parlaments in großer Übereinstimmung.

Meine Damen und Herren! Wenn ich richtig informiert bin, sind in dem Verfahren insgesamt 1 600 Änderungen beraten worden. Was das im Einzelnen alles beinhaltet, kann man heute noch gar nicht einschätzen. Entscheidend ist unter dem Strich, dass das Herkunftsland durch das Zielland ersetzt worden ist. Im Ergebnis soll jeder, der in seinem Heimatland dafür zugelassen ist, seine Dienste überall in der EU anbieten dürfen. Dabei soll die Erbringung von Dienstleistungen jedoch nicht nach den im Heimatland geltenden Regelungen erfolgen. Demnach würden nach wie vor die deutschen Standards für alle Anbieter auf dem deutschen Markt gelten. Die Ausübung wird gewährleistet, die Ausführung unterliegt den Regelungen des jeweiligen Landes. Man könnte es mit einem Beispiel sagen: Man kann mit einem deutschen Führerschein in England Motorrad fahren, darf aber natürlich nichts rechts fahren.

(Herr Scharf, CDU: Nicht lange!)

- Ja, richtig. Wir hatten gestern bereits in einem anderen Zusammenhang über Geisterfahrer gesprochen.

Wichtig ist auch, dass einige Bereiche wie Zeitarbeitsfirmen, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Gesundheitsdienstleistungen aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen sind. Die Liste der Ausnahmen ist inzwischen relativ lang geworden.

Wenn man sich ernsthaft mit den ganzen Änderungen auseinander setzen will, müsste man diese in Ruhe durcharbeiten und nicht nur einzelne Punkte herauspicken, die falsch sind. Eine Aktuelle Debatte am heutigen Tage kann dem auf keinen Fall gerecht werden. Wir müssen aber aufpassen, meine Damen und Herren, dass wir mit solchen Diskussionen nicht noch mehr Schaden anrichten, als es schon geschehen ist. Ich habe gestern gelesen, dass mittlerweile zwei Dritteln aller Deutschen befürchten, dass die EU ihre sozialen Standards ruinieren könnte.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Das wird sie auch!)

Meine Damen und Herren! Gestern fand die Abstimmung im Europäischen Parlament statt. Jetzt geht der Entwurf der Richtlinien an die Kommission und den Ministerrat. Was durch die Mitgliedstaaten noch an Änderungen kommen könnte, lässt sich heute noch nicht abschätzen. Die neuen Mitgliedstaaten aus Osteuropa machen erneut einen Liberalisierungsdruck auf. Entscheidend wird dann die zweite Lesung im Parlament sein.

Ich hoffe sehr, dass der mühsam ausgehandelte gute Kompromiss Bestand haben wird und wir am Ende eine Dienstleistungsfreiheit mit klaren Regeln und weniger sinnlosen Barrieren haben werden. Was bei Waren und Kapital sehr gut funktioniert, muss auch bei Dienstleistungen funktionieren können. Ich gehe davon aus, dass dies auch gelingen wird.

Seien wir froh darüber, dass aus dem neoliberalen Entwurf doch noch ein vernünftiger Entwurf geworden ist, mit dem bürokratische Hemmnisse abgebaut werden und vor dem kein Arbeitnehmer in Europa Angst haben muss.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Europaabgeordnete und für die Dienstleistungsrichtlinie zuständige Berichterstatterin Evelyne Gebhardt sagte gestern in Straßburg: Ich freue mich sehr darüber, dass wir eine Lösung gefunden haben, die die Öffnung des Dienstleistungsmarktes in Europa ermöglicht und gleichzeitig das europäische Sozialmodell bewahrt. - Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Dr. Püchel. - Für die FDP-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Röder sprechen.

Frau Röder (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Püchel, ich bin begeistert, wie Sie es gerade geschafft haben, den Spagat zwischen dem Hochhalten der Grundfreiheit der europäischen Verträge und dem Loben dieses Minimalkompromisses, der gestern am Ende herausgekommen ist, zu machen.

Meine Damen und Herren! Das Hohe Haus befasst sich heute zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie oder vielmehr mit dem, was jetzt noch davon übrig geblieben ist. Der ursprüngliche, sehr weitreichende und sicher in einige Punkten kritikwürdige Bolkestein-Entwurf wurde nach massiver öffentlicher Polemik und Protesten in mehreren EU-Staaten auf ein Minimum zurückgeführt. Diesen kleinen Rest, der übrig geblieben ist, darf man kaum noch mit dem Titel „Dienstleistungsfreiheit“ versehen. Er wird der im EG-Vertrag festgeschriebenen Dienstleistungsfreiheit kaum noch gerecht. Aus diesem Grund haben gestern im Europäischen Parlament die deutschen liberalen Abgeordneten dem Entwurf nicht zugestimmt.

Meine Damen und Herren! Schauen wir uns an, worum es im ursprünglichen Entwurf ging und was am Ende vom Tage übrig blieb. Geplant war, dass ein Dienstleister, der in einem EU-Staat zugelassen ist, auch in jedem anderen EU-Staat tätig sein kann, ohne weitere Genehmigungen einholen zu müssen und ohne weitergehende Anforderungen erfüllen zu müssen.

Das war nun das große Schreckgespenst der europäischen Linken und leider haben sich auch Teile der europäischen Konservativen von dieser Hysterie anstecken lassen. Es wurde geschrieben, geredet und demonstriert gegen - ich zitiere - „... Fremdarbeiter, die ohne Ausbildung, ohne Sozial- und Umweltstandards die wehrlosen Großmütter in deutschen Pflegeheimen versorgen sollen“. Das klingt so, als ob wir hierbei von Dritte-Welt-Staaten sprechen.

Inzwischen kann man überhaupt nicht mehr von einem Herkunftslandprinzip sprechen. Zwar wird garantiert, was ohnehin schon im EG-Vertrag festgeschrieben ist: Dienstleister sollen in der gesamten EU tätig werden können. Die Nationalstaaten dürfen sie nicht durch Anforderungen oder Vorschriften diskriminieren. Das ist das absolute Minimum, weniger geht nicht.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS)

Trotzdem wird den Nationalstaaten die Möglichkeit gegeben, Umweltstandards, Sozialstandards usw. festzuschreiben. Zudem wurden von Sitzung zu Sitzung immer mehr Bereiche aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen: Gesundheitsdienstleistun-

gen, Daseinsvorsorge, audiovisuelle Dienste, Finanzdienstleistungen usw.

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS: Das ist doch nur ein Minimum, Frau Röder!)

- Frau Dr. Klein, das scheint zwar auf den ersten Blick alles sehr schön und bestechend zu sein, aber auf den zweiten Blick offenbart es doch ein tiefes Misstrauen gegen den Geist der europäischen Verträge und auch ein tiefes Misstrauen gegen die europäische Idee selbst.

(Zustimmung bei der FDP - Minister Herr Dr. Rehberger: Richtig!)

Frau Dr. Klein, Ihr Redebeitrag hat mich in meiner Auffassung bestätigt, dass das insbesondere für die europäische Linke gilt. Sie wollen Marktprotektionismus, den es beim Warenverkehr nicht mehr gibt. Das ist x-mal ausgeteilt worden. Sie wollen den Marktprotektionismus, den es nach dem Geist der EG-Verträge nicht geben kann. Sie wollen, dass Nationalstaaten weiterhin europäische Anbieter behindern können.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Röder, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Klein?

Frau Röder (FDP):

Am Ende, bitte. - Ich sage Ihnen, dass Deutschland bisher einen sehr lockeren Marktzugang gestattet hat, während andere europäische Staaten zulasten deutscher Anbieter ihren Markt abgeschottet haben. Herr Dr. Püchel hat dazu einige Beispiele genannt; ich brauche deshalb kein weiteres Beispiel hinzuzufügen.

Der jetzige weichgespülte Entwurf wird nur schwerlich dazu beitragen können, deutschen und sachsen-anhaltinischen Unernehmen neue Märkte zu eröffnen.

Meine Damen und Herren! Verschiedene Gutachten von unterschiedlichen Wirtschaftsforschungsinstituten kommen relativ einheitlich zu dem Schluss, dass bei einer Umsetzung des Herkunftslandprinzips in Deutschland ca. 100 000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Zwar wäre zu erwarten, dass bei gering qualifizierten Tätigkeiten in Deutschland Arbeitsplätze verloren gehen würden; aber bei qualifizierten Tätigkeiten wie im Bereich der Umwelttechnik, im Bereich von Forschung und Entwicklung, bei Ingenieuren usw. würden zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen.

Das sind doch genau die Tätigkeitsbereiche, in denen wir neue Arbeitsplätze für unsere Menschen brauchen. Sie sprechen die ganze Zeit davon, dass wir qualifizierte Menschen in qualifizierten Berufen brauchen, die dann auch ordentliches Geld verdienen. Genau diesen Menschen wollen Sie in der Europäischen Union Marktchancen verschließen. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von Minister Herrn Dr. Rehberger)

Mit der Dienstleistungsrichtlinie hätte es die Möglichkeit gegeben, für deutsche Unternehmen neue qualifizierte Märkte zu öffnen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Ich hoffe wirklich, dass mit diesem Minimalkompromiss, der gefunden wurde, diese Chance nicht völlig vertan wurde. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. - Frau Dr. Klein, ich warte auf Ihre Frage.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Frau Röder, Sie dürfen mir glauben, ich habe die Änderungsanträge alle gelesen. Ich habe das nicht aus Pressemitteilungen oder Ähnlichem.

Ich habe aber eine Frage. Würden Sie eine Dienstleistung, die ein Klempner anbietet, und eine Dienstleistung, die ein Lehrer anbietet, in Ihren Regularien gleichsetzen?

(Herr Wolpert, FDP: Wir haben keine Standespolitik!)

Frau Röder (FDP):

Nein, Frau Dr. Klein, das würde ich nicht. Das ist aber auch - -

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Das ist aber genau damit passiert. Es geht nicht um sektorale Regelungen, sondern es geht um horizontale Regelungen. Das ist das Grundproblem, das begriffen werden muss.

Frau Röder (FDP):

Ja, Frau Dr. Klein, aber die horizontale Regelung berührt andere Regelungen, die wir in der EU schon haben, in denen zum Beispiel Bestimmungen zu berufsständischen Angelegenheiten auch in einzelnen Nationalstaaten schon getroffen worden sind und niemand weiß es.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Frau Röder, wissen Sie, dass wir eine Niederlassungsfreiheit in der EU haben?

Frau Röder (FDP):

Ja, natürlich.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Wissen Sie, dass wir eine Freizügigkeit der Arbeitnehmer haben,

Frau Röder (FDP):

In Grenzen!

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

mit Ausnahme der osteuropäischen Arbeitnehmer? Das verlängert sich auf drei Jahre, sie dürfen für Erntearbeiter kommen.

Glauben Sie, dass ein deutscher Klempnermeister mit seinen Arbeitern in Frankreich oder in Polen oder in Lettland zu den Bedingungen der Bundesrepublik arbeiten wird?

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Ja, sicher!)

- Sind Sie wirklich sicher?

Frau Röder (FDP):

Frau Dr. Klein, Herr Dr. Püchel hat Ihnen gerade gesagt, dass dieses Thema in Rheinland-Pfalz das Wahlkampfthema der Linken ist. Was glauben Sie, warum das einmal Wahlkampfthema ist? Es ist Wahlkampfthema, weil in der Grenzregion zu Frankreich, zu Luxemburg und zu Belgien ein reger Austausch stattfindet. Es arbeiten

deutsche Unternehmen in den Beneluxstaaten oder in Frankreich. Es arbeiten Unternehmen aus diesen Staaten auch in Deutschland. Das ist Zweck einer Europäischen Union, so soll es sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Rehberger)

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Warum muss man das mit einem schlecht gemachten Gesetz regeln, wenn es sowieso schon stattfindet?

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Röder. - Der Minister hat auf einen Redebeitrag verzichtet. Damit schließen wir das zweite Thema der Aktuellen Debatte ab und verlassen den Tagesordnungspunkt 25.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Zweite Beratung

Entwurf eines Rettungsdienstgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - **Drs. 4/1300**

Entwurf eines Rettungsdienstgesetzes Sachsen-Anhalt (RettDG 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/2254**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales - **Drs. 4/2589**

Änderungsanträge der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2632, 4/2633, 4/2634, 4/2535, 4/2636, 4/2637 und 4/2638**

Änderungsanträge der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2639, 4/2640, 4/2641 und 4/2642**

Die erste Beratung fand in der 33. Sitzung des Landtages am 22. Januar 2004 bzw. in der 61. Sitzung des Landtages am 7. Juli 2005 statt.

(Unruhe)

- Ich möchte Sie nicht übertönen müssen. - Berichterstatterin ist die Abgeordnete Frau Dr. Kuppe. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Kuppe, Berichterstatterin des Ausschusses für Gesundheit und Soziales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD in der Drs. 4/1300 wurde bereits in der 33. Sitzung des Landtages am 22. Januar 2004 in erster Lesung behandelt und zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales überwiesen. Die Mitberatung war in den Ausschüssen für Inneres, für Finanzen sowie für Wirtschaft und Arbeit vorgesehen. Der federführende Ausschuss ist in seiner 20. Sitzung am 12. März 2004 übereingekommen, den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion erst dann inhaltlich zu beraten, wenn auch der ankündigte Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Rettungsdienstgesetz vorliegt.

In der 61. Sitzung des Plenums am 7. Juni 2005 wurde der entsprechende Gesetzentwurf der Landesregierung eingebbracht und in erster Lesung behandelt. Er wurde

zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und zur Mitberatung nur in den Innenausschuss überwiesen.

Mit der gesetzlichen Neuregelung des Rettungsdienstgesetzes sollen die Kosten des Rettungsdienstes, die im Land Sachsen-Anhalt deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, gesenkt und vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven genutzt werden. Dies soll insbesondere durch die Reduzierung der Zahl der Rettungsleitstellen, wofür im Gesetzentwurf Maßnahmen festgeschrieben worden sind, und durch die Einführung der Vertragslösung für die Finanzierung des Rettungsdienstes erreicht werden. Außerdem soll durch die Einführung der Funktion der ärztlichen Leitung im Rettungsdienst die Qualität des Rettungsdienstes wesentlich verbessert werden. Für die Kommunen soll es durch diese Neufassung zu einer Verwaltungsvereinfachung und gleichzeitig zu mehr Eigenverantwortung kommen.

In der ersten Sitzung nach der Überweisung des Gesetzentwurfes der Landesregierung in die Ausschüsse verständigte sich der federführende Ausschuss für Gesundheit und Soziales darauf, unter Beteiligung der mitberatenden Ausschüsse eine Anhörung zu beiden vorliegenden Gesetzentwürfen für ein Rettungsdienstgesetz durchzuführen. Diese Anhörung fand am 28. Oktober 2005 statt. Eingeladen waren unter anderem die Hilfsorganisationen des Landes, die Krankenkassen, die Ärztekammer, die Kassenärztliche Vereinigung, die Rettungsdienste und die kommunalen Spitzenverbände. In der Anhörung wurden zahlreiche Kritikpunkte und Änderungswünsche zu den Gesetzentwürfen geäußert.

In der darauf folgenden Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18. November 2005 fand die erste Gesetzesberatung mit dem Ziel der Erarbeitung einer vorläufigen Beschlussempfehlung statt. Dazu lagen dem Ausschuss Stellungnahmen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu beiden Gesetzentwürfen sowie eine synoptische Gegenüberstellung des derzeit geltenden Rettungsdienstgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, des Gesetzentwurfes der Fraktion der SPD und des Gesetzentwurfes der Landesregierung vor. Des Weiteren gab es Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP, der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Zu Beginn der Beratung beschloss der Ausschuss mit 7 : 2 : 4 Stimmen, seine Beratung auf der Grundlage des Gesetzentwurfes der Landesregierung in Drs. 4/2254 durchzuführen. Ein Antrag der Fraktion der SPD, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Beratungsgrundlage zu machen, wurde zuvor bei 6 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS zu § 4, die Rettungsdienstbereiche perspektivisch den Planungsregionen anzupassen, fanden keine Mehrheit.

Größeren Diskussionsbedarf gab es weiterhin zu § 5 - Einsatzleitstellen. Hierzu wurde von den Fraktionen der CDU und der FDP beantragt, die Vermittlung des vertragsärztlichen Notfalldienstes und anderer sozialer Dienste als verpflichtende Aufgabe der Kommunen zu verankern. Es stand damit die Frage im Raum, ob durch die Einbeziehung der sozialen Dienste für die Kommunen höhere Kosten entstehen würden. Im Ergebnis der Diskussion wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen dahin gehend geändert, dass nur die Vermitt-

lung des vertragsärztlichen Notfalldienstes zur Pflichtaufgabe der Kommunen erklärt wird. Letztlich konnte § 5 in geänderter Fassung einstimmig beschlossen werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt ergab sich bei § 11 - Genehmigung für Leistungserbringer. An dieser Stelle beantragten die Fraktion der SPD und die Fraktion der Linkspartei.PDS eine Ergänzung in Absatz 1, die eine tarifgerechte Entlohnung des Personals der Leistungserbringer im Rettungsdienst sicherstellen sollte. Außerdem wurde beantragt, dass die gemeinnützigen Hilfsorganisationen, die die gleiche Wirtschaftlichkeit wie private Leistungserbringer nachweisen, im Wettbewerb den Vorzug erhalten sollen. Diese Anträge wurden jeweils mit den sieben Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Die vorläufige Beschlussempfehlung wurde schließlich mit 7 : 0 : 6 Stimmen angenommen und den mitberatenden Ausschüssen zugeleitet.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales hat sich in seiner 43. Sitzung am 27. Januar 2006 abschließend mit dem Entwurf eines Rettungsdienstgesetzes befasst. Dazu lag ihm die Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses für Inneres mit Änderungsempfehlungen zu den §§ 3, 4, 5, 8, 12 und 17 vor.

Die Ausschüsse für Finanzen sowie für Wirtschaft und Arbeit teilten in einem Schreiben mit, dass sie keine Beschlussempfehlung zum Rettungsdienstgesetz abgeben würden, da der zur Beratungsgrundlage erklärte Gesetzentwurf der Landesregierung seinerzeit nicht an diese beiden Ausschüsse überwiesen worden sei, sondern nur der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der aber nicht Beratungsgrundlage im federführenden Ausschuss sei.

Außer der Beschlussempfehlung des Innenausschusses lagen dem federführenden Ausschuss für seine Abschlussberatung schriftliche Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP sowie je ein schriftlicher Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS vor. Die Fraktion der SPD brachte darüber hinaus ihre drei in der ersten Beratung am 18. November 2005 bereits gestellten und abgelehnten Änderungsanträge nochmals mündlich ein.

Die Koalitionsfraktionen wiesen darauf hin, dass ein Großteil ihrer vorgelegten Änderungsanträge auch im Ausschuss für Inneres gestellt und von diesem beschlossen worden und somit in der vorgelegten Beschlussempfehlung enthalten sei.

Der Ausschuss führte seine Beratung auf der Grundlage der vorläufigen Beschlussempfehlung und der vorliegenden Änderungsanträge unter Hinzuziehung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres durch.

Dabei fanden die Anträge der Koalitionsfraktionen und die Empfehlungen des Innenausschusses jeweils die Mehrheit des Ausschusses. Die Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der Linkspartei.PDS wurden abgelehnt.

Neuer Diskussionsbedarf ergab sich unter anderem zu § 3 - Träger des Rettungsdienstes -, der nun in Absatz 3 überraschenderweise die Übertragung des Sicherstellungsauftrages auf die Kassenärztliche Vereinigung regelt. Die entsprechenden Empfehlungen des Ausschusses für Inneres wurden mit 7 : 6 : 0 Stimmen angenommen.

Des Weiteren wurde vor allem über § 12 - Entgelte für Rettungsdienstleistungen - kontrovers diskutiert, insbesondere über das auf Antrag der Koalitionsfraktionen neu geregelte Verfahren zur Vereinbarung der Benutzungsentgelte und über die Zusammensetzung der Schiedsstelle in Absatz 3. § 12 wurde vom Ausschuss schließlich mit 9 : 0 : 3 Stimmen beschlossen. Die zuvor von der Fraktion der SPD zu § 12 Abs. 3 beantragte Ersetzung der Schiedsstelle durch eine Schiedsperson fand keine Mehrheit.

Die dem Plenum vorliegende Synopse enthält darüber hinaus mehrere redaktionelle Änderungen, die vom Ausschuss nach Hinweisen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes übernommen wurden. Die Beschlussempfehlung wurde vom Ausschuss für Gesundheit und Soziales mit 7 : 3 : 2 Stimmen verabschiedet. In dieser Form liegt Sie Ihnen heute zur Abstimmung vor. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dr. Kuppe, für die Berichterstattung. - Wir treten nun in die Debatte ein. Zunächst hat für die Landesregierung der Minister für Gesundheit und Soziales um das Wort gebeten. Herr Kley, Sie haben das Wort.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Beratung des Landtags über den Gesetzentwurf zum Rettungsdienst in Sachsen-Anhalt kommen die seit dem Jahr 1998 stattfindenden Bemühungen um die Novellierung des Rettungsdienstgesetzes aus dem Jahr 1993 zu einem guten Ende.

(Zustimmung von Herrn Scharf, CDU)

Der Landtag hat es seit der ersten Lesung Anfang Juli 2005 trotz der parlamentarischen Sommerpause in relativ kurzer Zeit geschafft, sich der schwierigen Materie und den teils unterschiedlichen Forderungen der Verbände zu widmen und zu einer Lösung zu gelangen. Für die zügige und konstruktive Beratung in den zuständigen Ausschüssen möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken.

Der Landesregierung von CDU und FDP und den Regierungsfraktionen ist in knapp vierjähriger Tätigkeit mit dem Gesetzentwurf der Kraftakt gelungen, vor dem die SPD in ihrer achtjährigen Regierungszeit kapitulierte. Auch wenn der Gesetzentwurf der Landesregierung in den Ausschussberatungen einige Änderungen erfahren hat, ist die generelle Linie der Landesregierung bestätigt worden, die maßgeblichen Akteure im Rettungsdienst stärker in die Verantwortung für Qualitätssicherung und Wirtschaftlichkeit einzubeziehen.

In diese Verantwortung ist jetzt auch die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt stärker als nach geltendem Recht eingebunden. Sie erhält nun den primären Auftrag, für das notärztliche Personal im Rettungsdienst zu sorgen. Schon nach dem bisherigen Gesetz hat sie die allerdings subsidiäre Aufgabe, im Zusammenwirken mit dem Träger des Rettungsdienstes den notärztlichen Dienst abzusichern.

Mit der zunehmenden Privatisierung von Kreiskrankenhäusern ist es fragwürdig geworden, die Sicherstellungsaufgabe für das notärztliche Personal bei den Kommunen zu belassen. Diese haben immer weniger Einfluss auf die Krankenhäuser, wenn es darum geht, deren Ärzte und Ärztinnen in den Rettungsdienst einzubinden. Daher haben wir die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt mit unserer Idee vertraut gemacht, dass diese den Sicherstellungsauftrag für die notärztlichen Leistungen im Rettungsdienst übernehmen soll, weil sie schon im bisherigen Rettungsdienstgesetz in den Fällen, in denen kein Krankenhausarzt oder kein anderer geeigneter Arzt zur Verfügung stand, die Besetzung des Dienstes gewährleisten sollte.

Die Kassenärztliche Vereinigung hat die Übernahme dieses Auftrages akzeptiert, und zwar deshalb, weil die Krankenhäuser und die im Krankenhaus beschäftigten Ärztinnen und Ärzte nicht nur weiterhin die tragende Säule der notärztlichen Versorgung bleiben, sondern diese Position durch die in § 8 erstmals eingeführte Verpflichtung der Krankenhäuser, ihre Ärzte für den Einsatz als Notärztinnen und Notärzte zur Verfügung zu stellen, weiter gestärkt wurde.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das bleibt ein Nullsummenspiel!)

Daneben bleibt der spezielle Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung eingebettet in die Gesamtverantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte für die Organisation des Rettungsdienstes. Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt erhält bezüglich der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienstgesetz die gleiche Rechtsstellung, die die Kreise und kreisfreien Städte bisher innehattent.

Aus diesen Gründen gehen wir zwischen Krankenhäusern und Kassenärztlicher Vereinigung davon aus, dass an den Schnittstellen zwischen vertragsärztlichem Notfalldienst und Rettungsdienst künftig eine bessere Zusammenarbeit gewährleistet wird. Durch die Einbindung der Kassenärztlichen Vereinigung kann das Vorhaben funktionieren, künftig die Einsätze des vertragsärztlichen Notfalldienstes und des notärztlichen Rettungsdienstes über die Leitstellen für den Rettungsdienst zu verzahlen. Eine entsprechende Forderung mehrerer kommunaler Vertreter aus ihrer Praxiserfahrung heraus war im Rahmen der Anhörung im Oktober 2005 im Landtag erhoben worden. Alle Parteien im Ausschuss für Gesundheit und Soziales haben dies befürwortet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer also mit einer Sollbestimmung in § 5 aufgibt, dass die Einsatzleitung die Vermittlung des vertragsärztlichen Notfalldienstes übernimmt, muss auch dafür sorgen, dass die Kassenärztliche Vereinigung als Träger dieses vertragsärztlichen Notfalldienstes stärker in die Verantwortung im Rettungsdienst genommen wird. Genau das geschieht mit dem erweiterten Sicherstellungsauftrag für das ärztliche Personal im Rettungsdienst. Dadurch wird es zu einer eigenen Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, zum Gelingen des Rettungsdienstes beizutragen.

Weitere Schwerpunkte des Gesetzentwurfs, mit dem wir eine Qualitätsverbesserung im Rettungsdienst erreichen werden, ist neben der Einführung des ärztlichen Leiters im Rettungsdienst die Zusammenfassung der in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt bestehenden Einsatzleitung zu Großleitstellen. Nach der Ansicht der Landesregierung ist dieses Problem in der vorliegenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales sachgerecht geregelt worden.

Zu betonen ist, dass die Eigenverantwortung der Kommunen beim Zusammenschluss Vorrang hat und der Staat erst eingreift, wenn die Landkreise und kreisfreien Städte sich nicht einigen. Den Kreisen und kreisfreien Städten ist aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2008 Vereinbarungen zum Betreiben gemeinsamer Leitstellen abzuschließen.

Funktioniert das nicht, ist die Landesregierung ermächtigt, die Anzahl und die Standorte der Einsatzleitstellen nach Anhörung der kommunalen Spitzenverbände durch Verordnung zu regeln. Dies steht im Zusammenhang mit der Einführung des Digitalfunks in Sachsen-Anhalt. Die Installierung dieses Netzes verursacht hohe Kosten. Deswegen kann es nicht allein den Kommunen überlassen bleiben, ob sie ihre Leitstellen zu Großleitstellen zusammenschließen oder nicht.

Außerdem ist den Kommunen im Gesetzentwurf der Weg zur Bildung eines Zweckverbandes für den Rettungsdienst dadurch geebnet worden, dass für den Bereich des Rettungsdienstes das Gebot der Nachrangigkeit des Zweckverbandes im Vergleich zur Zweckvereinbarung aufgehoben worden ist. Damit haben die Kreise und kreisfreien Städte in Sachsen-Anhalt sowohl eine zeitliche Perspektive als auch eine Rechtsform für eine gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben im Rettungsdienst vorgezeichnet bekommen. Hierauf können sie sich einstellen.

Die Vorstellung der Oppositionsparteien, im Rettungsdienstgesetz die kommunalen Zusammenschlüsse auf die fünf Planungsregionen im Land zu beschränken, wäre eine unnötige Gängelung der Kreise und kreisfreien Städte. Es ist besser, wenn sich diejenigen Kommunen zusammenfinden, die gut zusammenarbeiten können, als wenn man sie in ein Korsett aus fünf Organisationseinheiten zwingt.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: So ein Quatsch!)

Der Staat hat über die Verordnungsermächtigung die Möglichkeit, Lösungen zu finden, wenn die Kommunen sich nicht einigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist unerfindlich, wie die SPD-Fraktion bei ihrer Bewertung des im Ausschuss für Gesundheit und Soziales beschlossenen Gesetzentwurfes zu dem Urteil gelangen kann, dass die regierungstragenden Fraktionen das Ehrenamt der in den gemeinnützigen Hilfsorganisationen des Rettungsdienstes tätigen Personen gering schätzten.

(Herr Bischoff, SPD: Sie haben es abgelehnt!)

Weil ihrem Antrag auf die vorrangige Berücksichtigung gemeinnütziger Hilfsorganisationen als Leistungserbringer im Rettungsdienst nicht gefolgt wurde, lässt sie sich im Hinblick auf den Wahlkampf zu nicht haltbaren Aussagen hinreißen.

(Herr Bischoff, SPD: Das haben wir vorher schon gesagt!)

Zunächst muss ich feststellen, dass es sich bei der Leistungserbringung durch die gemeinnützigen Hilfsorganisationen in Sachsen-Anhalt um eine berufsmäßige Tätigkeit und nicht um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt. Zu mehr Wettbewerb auch im Rettungsdienst, zu dem die Landesregierung sich in dem Gesetzentwurf bekannt hat, gehört aber auch, dass sich die gemeinnützigen Leistungserbringer diesem Wettbewerb stellen.

Die SPD hat wohl übersehen, dass gemäß § 11 des Gesetzentwurfes Kriterien für die Auswahl der Leistungserbringer nach einer öffentlichen Ausschreibung unter anderem die Zuverlässigkeit bei der bisherigen Mitwirkung im Rettungsdienst und die Leistungsfähigkeit für den Massenanfall an Verletzten oder Erkrankten sind. Damit haben die Kommunen die Möglichkeit, Leistungserbringer auch wegen ihrer Aktivitäten im Bereich der Vorsorgeplanung und wegen der Vorhaltung der Kapazitäten für den Massenanfall an Verletzten oder Erkrankten auszuwählen. Sie sind also keineswegs gezwungen, den billigsten Anbieter als Leistungserbringer zu wählen.

Deswegen bedarf es auch keiner Festlegung im Gesetz, dass diejenigen Leistungserbringer zu bevorzugen sind, deren Personal tariflich entlohnt wird. Bei einer solchen Regelung wären die Kommunen gezwungen, die Einhaltung von Tarifverträgen zu überwachen.

Der Standpunkt der SPD lässt ein enormes Misstrauen gegenüber den Kommunen und den Krankenkassen erkennen, dass diese ohne Rücksicht auf die Einhaltung tariflich vereinbarter Vergütungen nur die billigsten Leistungsanbieter akzeptieren würden. Ich möchte Ihnen, der SPD-Fraktion und der Linkspartei.PDS-Fraktion, noch einmal deutlich sagen, dass die Partner im Rettungsdienst auch bei einer Verhandlungslösung verantwortungsbewusster handeln werden, als Sie ihnen dies zutrauen. Vor allem sollten diejenigen, die ständig von Kommunalisierung reden, dies nicht mit einem ständigen Misstrauen begleiten.

(Zustimmung bei der FDP - Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS - Weitere Zurufe von der SPD und von der PDS)

Die SPD spricht in ihrer Presseinformation zum Gesetzentwurf von Ende Januar von drei verschenkten Jahren, weil das neue Rettungsdienstgesetz erst zum 1. Januar 2007 in Kraft treten soll. Die SPD übersieht dabei, dass diese Landesregierung neben der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes auch die Kreisgebietsreform auf den Weg gebracht hat.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Vier Jahre zu spät!)

Die SPD hat in den acht Jahren ihrer Regierungszeit dagegen beides nicht erledigt.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Gleichzeitig mit dem In-Kraft-Treten der Kreisgebietsreform zum 1. Juli 2007 sollen auch die strukturellen Änderungen im Rettungsdienstgesetz einsetzen. Es macht keinen Sinn, das Rettungsdienstgesetz in den nächsten Tagen in Kraft zu setzen, wenn zum 1. Juli 2007 wegen der neu zugeschnittenen Landkreise ohnehin teilweise neue Aufträge an die Leistungserbringer ergehen müssen, weil die kreisübergreifende Zusammenarbeit wegen anderer Kreisgrenzen neu geordnet werden muss. Die bisher erteilten befristeten Genehmigungen an die Leistungserbringer genießen für die Dauer der Befristung grundsätzlich Bestandsschutz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte den Gesetzentwurf in der Gestalt der vorliegenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales für einen gelungenen Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessen der Verbände, wie sie in der Anhörung des Landtages im Herbst des letzten Jahres deutlich geworden sind. Er ist eine gute Grundlage dafür, dass der Rettungsdienst in Sachsen-Anhalt, basie-

rend auf der Gesamtverantwortung verschiedener Aufgabenträger, qualitativ hochwertig durchgeführt werden kann.

Ich bitte Sie daher, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zuzustimmen und damit das Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in seiner Neufassung zu verabschieden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Wir treten jetzt in die Debatte der Fraktionen ein. Als erste Debattenrednerin wird Frau Liebrecht für die CDU-Fraktion sprechen. Doch zuvor haben wir die Freude, Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Nachterstedt bei uns zu begrüßen. Seien Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Abgeordnete Liebrecht, Sie haben das Wort.

Frau Liebrecht (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mit der heutigen abschließenden Lesung zum Rettungsdienstgesetz Sachsen-Anhalt bringen wir ein Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss, von dem viele bezweifelt haben, dass es uns überhaupt gelingen würde. Wir haben zugesichert, dass wir die Ergebnisse der Anhörung zu diesem Gesetz im weiteren Beratungsgang aufgreifen werden. Heute kann ich feststellen, dass wir dieses Versprechen eingelöst haben.

Die Anhörung hat gezeigt, dass dieses überaus wichtige Gesetz in der Fassung, in der es in den Landtag eingebracht wurde, nicht die notwendige Akzeptanz der am Rettungsdienst Beteiligten gefunden hatte. Dies ernst nehmend, haben wir viele Gespräche geführt, um auszuloten, wie der Gesetzentwurf weiterentwickelt werden soll. Auf die wesentlichen Änderungen ist Herr Minister Kley in seinem Redebeitrag bereits eingegangen, so dass ich nur noch auf einige Aspekte hinweisen will.

Am bestehenden System der integrierten Leitstelle wird festgehalten. Bei den Leitstellen sind neben dem Rettungsdienst auch der Katastrophenschutz und der Brandschutz einbezogen. Des Weiteren wird der kassenärztliche Notdienst eingebunden.

Die Anzahl der Leitstellen wird deutlich reduziert und es werden sinnvolle organisatorische und betriebswirtschaftliche Größenordnungen geschaffen. Dies erfolgt in zwei Schritten: Zunächst automatisch mit der Kreisgebietsreform und im zweiten Schritt mit der Einführung des Digitalfunkes ist den Kommunen aufgegeben, Vereinbarungen zum Betreiben gemeinsamer großer Leitstellen abzuschließen.

Eine Verbesserung der Qualität im Rettungswesen erwarte ich von der geplanten Einführung des ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes. Die Beibehaltung der geltenden Hilfsfrist ist für uns bei der Erarbeitung des Gesetzes ein entscheidendes Kriterium gewesen.

Eine weitere Änderung betrifft die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung unter der Verantwortung der kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt. Diese Änderung ist wegen der zunehmenden Privatisierung von

Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt notwendig, deren Träger ursprünglich einmal die Landkreise und kreisfreien Städte waren. Für den Träger war es möglich, für den Rettungsdienst auf das ärztliche Personal zuzugreifen. Dieser Einfluss ist durch die Privatisierung zunehmend gesunken bzw. er sinkt, sodass es unseres Erachtens sachgerecht ist, die Beschaffung des notärztlichen Personals von dem Träger des Rettungsdienstes zu lösen und der Kassenärztlichen Vereinigung zu übertragen.

Wir haben es unter den gegebenen Bedingungen für sinnvoll erachtet, die Kassenärztliche Vereinigung mit dem Sicherstellungsauftrag des notärztlichen Teils des Rettungsdienstes zu betrauen. Nachdem diese Entscheidung gefallen war, haben wir uns mit der Kassenärztlichen Vereinigung beraten und haben gemeinsame Lösungswege gefunden, wie die Kassenärztliche Vereinigung diese Sicherstellung gewährleisten kann. Klar war dabei immer, dass die KV die Sicherstellung, wie bisher die Landkreise, mit Hilfe der Krankenhäuser bzw. Krankenhausärzte gewährleistet.

Die Kassenärztliche Vereinigung hat bereits nach § 75 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches V den Sicherstellungsauftrag für den vertragsärztlichen Notdienst. § 75 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches V lässt es darüber hinaus zu, den Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigungen durch ausdrückliche landesrechtliche Regelungen auch auf die notärztliche Versorgung auszudehnen.

Eines unserer Hauptanliegen war, mit der beabsichtigten Gesetzesnovellierung eine stärkere Verzahnung des kassenärztlichen Notdienstes mit dem Rettungsdienst zu erzielen, damit unnötige Einsätze von Notärzten im Rettungsdienst vermieden werden. Aus unserer Sicht ist es zweckmäßig, dies unter dem Dach der Kassenärztlichen Vereinigung zu tun, indem beide Tätigkeitsfelder dort verbunden werden.

Nachdem wir in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales bereits ausgiebig über diese Änderungen diskutiert haben, sind zwischenzeitlich aus der Ärzteschaft einige kritische Stimmen laut geworden, die uns nicht verborgen geblieben sind. Wir nehmen die Kritik ernst, gehen aber nach wie vor davon aus, dass es der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den Ärzten im Land, die über die entsprechende Qualifikation für den Einsatz im Rettungsdienst verfügen, gelingen wird, die notärztliche Versorgung in derselben Qualität sicherzustellen, wie dies heute geschieht.

Hier und heute kann ich nur an alle Beteiligten appellieren, sich aufeinander zu zu bewegen und die Zeit bis zum In-Kraft-Treten des geänderten Rettungsdienstgesetzes zu nutzen, um im gegenseitigen Einvernehmen die Dinge zu verhandeln und zu vereinbaren, die nach der Novellierung des Gesetzes zu regeln sind. Ich bin davon überzeugt, dass dies mit gutem Willen aller Beteiligten gelingen wird.

Sollte dies wider Erwarten auf freiwilliger Basis nicht gelingen, muss darüber nachgedacht werden, der Kassenärztlichen Vereinigung die Möglichkeit zu eröffnen, im Notfall Ärztinnen und Ärzte zum Rettungsdienst heranzuziehen.

Sie sehen, dass das Gesetz im Beratungsgang noch eine Reihe von Modifikationen erfahren hat, die aus der Sicht der CDU-Fraktion wichtig waren. Unser Ziel, einen qualitativ hochwertigen Rettungsdienst zu angemesse-

nen Kosten zu gewährleisten, erreichen wir damit. Nunmehr bleibt nur noch die Bitte an alle Beteiligten im Rettungswesen, die geänderten Rahmenbedingungen im Rettungsdienst und die Verhandlungsspielräume, die das Gesetz eröffnet, im gegenseitigen Einvernehmen zum Wohle der Menschen in unserem Land zu nutzen.

Die Änderungsanträge der SPD und der PDS lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Liebrecht. - Für die Linkspartei.PDS spricht die Abgeordnete Frau Bull.

(Unruhe)

- Ich bitte Sie, den Lärmpegel etwas zu senken.

Frau Bull (Linkspartei.PDS):

Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich kenne jemanden, der vor vier Jahren loslegen wollte und dann alle halbe Jahre von der CDU zurück auf „Los“ geschickt wurde; insofern würde ich aus Ihrer La-Ola-Welle doch ein Stück den „Gang“ herausnehmen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Oh! bei der FDP)

Eine Büttenrede will ich Ihnen jetzt ersparen. Anlass dazu gäbe es genug, aber der Ernst der Sache gibt es nicht her. Deswegen konzentriere ich mich auf einige wenige Schwerpunkte.

Zum Ersten. Immer wieder war und ist die Zahl der Rettungsleitstellen strittig; nach unserer Auffassung muss sie reduziert werden. Sie kann dies auch, ohne dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nehmen zu müssen.

Ich kann nachvollziehen, dass die kommunalen Spitzenverbände, insbesondere die Landräte, das anders sehen. Aber, meine Damen und Herren, es handelt sich hierbei um Versichertengelder; wir sind gehalten, dafür zu sorgen, dass sie effizient und sparsam verwendet werden.

Die Meinungen darüber, was am Ende dort herauskommen soll, gehen auseinander. Ich denke, mit fünf Rettungsleitstellen ist ein tragfähiger Kompromiss machbar. Die Schwierigkeit ist eben nur, dass es sich um eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung im eigenen Wirkungskreis handelt.

Der Änderungsantrag der SPD sieht vor, fünf Großleitstellen zu verorten. Ich gebe zu, das hat aus gesundheitspolitischer Sicht einen gewissen Charme. Immerhin wäre damit die Entwicklung hin zu einem Modell der „bunten“ Leitstelle gegeben, also Brand- und Katastrophen- schutz, Rettungsdienst, notärztliche Versorgung und Gefahrenabwehr in einer integrativen Rettungsleitstelle zu verorten.

Dennoch ist es ein tiefer Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, der nach unserer Auffassung zumindest nicht so ohne Weiteres zu machen ist, zumal die Gefahr für Leib und Leben von Menschen als Grund für diesen Eingriff unter Umständen doch arg weit hergeholt wäre.

Der Entwurf der Landesregierung bedient sich insofern eines goldenen Zügels, als durch die Finanzierung der

neuen Digitaltechnik die Möglichkeit eröffnet wird, indirekt in die Neuordnung der Leitstellen einzutreten. Es ist eine listige Idee - das habe ich im Ausschuss schon gesagt -, die auch nach unserem Dafürhalten unterstützenswert ist. Nach unserer Auffassung sollte dies aber nur innerhalb der vorgesehenen geregelten Planungsregionen ermöglicht werden. Deshalb hierzu unser Änderungsantrag.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zum Zweiten. Meine Damen und Herren! Mit dem Versuch der Neuordnung im Entwurf, die Zuständigkeit für die notärztliche Versorgung im Rettungsdienstbereich auf die KV zu übertragen, haben Sie sich nach unserer Auffassung einen riesengroßen „Storch gebraten“, meine Damen und Herren;

(Oh! bei der CDU und bei der FDP)

abgesehen davon, dass die Koalitionsfraktionen selbst im Ausschuss hoffnungslos überfordert waren, uns den Sinn des Ganzen zu erklären.

Meine Damen und Herren! Es bleibt doch ein Nullsummenspiel. Die Notärztinnen und Notärzte im ambulanten Bereich sind jetzt schon weitestgehend unterwegs. Das brächte keinen Gewinn. Den Zugriff auf die Krankenhäuser - meinethalben auf die privatisierten Krankenhäuser - hätte man unter Umständen dann auch für die Landkreise eröffnen können. Ein Splitting der Zuständigkeiten, wie es jetzt in dem Entwurf vorgesehen ist, ist verflucht dünnes Eis, noch dazu ohne erkennbaren substanzuellen Gewinn. Wir werden den Gesetzentwurf deshalb ablehnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Auch an dem Einsatz von vollständig ausgebildeten Notärzten darf nach unserer Auffassung nicht gerüttelt werden. Deshalb werden wir auch beantragen, die Ausnahmeregelung, die der Entwurf jetzt vorsieht, zu streichen.

Zum Dritten. Die eingeführte Verhandlungslösung stärkt die Rolle der Kostenträger, also demnach der Krankenkassen. Das geht in Ordnung; denn das Prinzip, dass derjenige, der die Kosten trägt, auch ein wichtiges Wörtchen dabei mitzureden haben muss, wie die Leistung gestaltet werden soll, ist ein sinnvolles.

Dennoch: Druck auf das Einkommensgefüge der Beschäftigten im Rettungsdienst aufzumachen, meine Damen und Herren, ist absurd. Es handelt sich um Einkommen in der Höhe der Vergütungsgruppen VII und VIII des BAT-Ost. Dort kann nicht mehr gespart werden. Deshalb halten wir es für dringlich, als einen der Qualitätsstandards einzuführen, dass die Beschäftigten im Rettungsdienst nach Tarif, mindestens aber in Anlehnung an den Tarif bezahlt werden müssen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Zum vierten und letzten Problemkreis. Die Arbeit der Hilfsorganisationen, meine Damen und Herren, hat sich bewährt. Das allein ist freilich noch kein hinreichender Grund, sie den privaten Anbietern vorzuziehen. Bewähren können sich auch die privaten, keine Frage. Aber dort, wo hauptamtliche Strukturen angesiedelt sind - sei es Personal, Gerätschaft, Einsatzwagen usw. -, finden sich für ehrenamtliche Strukturen ideale Voraussetzungen. Das ist es uns wert genug. Deshalb unser Änderungsantrag, den Hilfsorganisationen Vorrang einzuräumen.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Die Neuordnung der Rettungsleitstellen ist zweifelhaft auf dem richtigen Weg. Das - das will ich auch gern zugeben - war mit der vergeigten Gebietsreform ein Husarenstück. Aber den Systemwechsel bei der Zuständigkeit halten wir nicht nur für unsinnig, sondern auch für gefährlich.

Vor allem in Zeiten, in denen der reale Lohn in Deutschland permanent im Sinken begriffen ist, kann man sich nicht darüber streiten, ob Sparmöglichkeiten bei dem Einkommensgefüge der Beschäftigten noch nutzbar wären. Der Druck auf die Beschäftigten muss in Grenzen gehalten werden, und zwar in tariflichen.

Nicht zuletzt ist uns die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen wichtig.

Alles in allem findet das in dem vorliegenden Gesetzentwurf keinen Niederschlag. Deshalb werden wir ihn in Gänze ablehnen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Bull. - Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Scholze. Bitte sehr.

Herr Scholze (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einer gewissen Erleichterung kann ich sagen: Wir haben es geschafft. Mit dem heutigen Beschluss des Landtages bringen wir ein neues Rettungsdienstgesetz auf den Weg - ein Politikfeld, in dem zahlreiche Akteure so unterschiedliche Interessen vertreten, dass der Vorgängerregierung der Mut fehlte, überhaupt aktiv zu werden. Es bedurfte erst eines liberalen Ministers und einer liberalen Fraktion, um die Sache beherzt in Angriff zu nehmen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP - Herr Höhn, Linkspartei.PDS: Da haben wir aber Schwein gehabt! - Frau Bull, Linkspartei.PDS: Gerade so! - Zuruf von Herrn Dr. Köck, Linkspartei.PDS - Unruhe)

- Richtig.

Meine Damen und Herren! Es ist ein gutes Gesetz; denn wir haben an vielen Knackpunkten deutliche Verbesserungen vereinbart. Da die Opposition gerade in den letzten Tagen wieder Panikmache und sachfremde Kritik inszenierte,

(Unruhe bei der SPD - Herr Sachse, SPD: Macht die Ärztekammer auch Panik?)

werde ich diese Knackpunkte noch einmal herausstellen.

Mit der verpflichtenden Einführung des ärztlichen Leiters für den Rettungsdienst in allen Rettungsdienstbereichen erfüllen wir eine zentrale Forderung der Ärzteschaft und des Sachverständigenrates im Gesundheitswesen. Notfallmedizinische Belange wie Fragen der Aus- und Weiterbildung des Leitstellenpersonals, das Qualitätsmanagement oder die Einführung von standardisierten Abfrageverfahren werden künftig bessere Berücksichtigung finden. Damit verbessert sich im Übrigen nicht nur die Versorgungsqualität, sondern auch die Wirtschaftlichkeit des Rettungsdienstes, insbesondere dann, wenn infolge

der Vergrößerung der Rettungsdienstbereiche weniger Leitstellen im Land betrieben werden.

Meine Damen und Herren! Damit kommen wir zu einer zentralen Forderung der gesetzlichen Krankenversicherung, zu der Reduzierung der Anzahl der Leitstellen. Mit der Lösung, die wir entwickelt haben, wird ein komplizierter, aber auch vernünftiger Spagat vollzogen; denn die Gestaltung der künftigen Rettungsdienstbereiche verbleibt im eigenen Wirkungskreis, in der eigenen Verantwortung der Landkreise. Das Land behält es sich lediglich vor, wenn es um die Einführung des kostspieligen Digitalfunks geht, festzulegen, wohin die finanziellen Hilfen gesteuert werden.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir uns mit einer Zustimmung zu Ihrem Änderungsantrag Ihren abstrusen Großkreisphantasien ergeben.

(Zustimmung bei der FDP - Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ein Wort zur Versorgungssicherheit. Wenn es nach der SPD gegangen wäre, dann hätten wir eine flächendeckend schlechtere Versorgung der Bevölkerung; denn die SPD ist es doch gewesen, die mit ihrem Gesetzentwurf die Hilfsfrist verlängern wollte.

(Zustimmung bei der FDP und von Frau Liebrecht, CDU - Frau Dr. Kuppe, SPD: So ein Quatsch!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Scholze, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Bull?

Herr Scholze (FDP):

Am Ende gern.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Am Ende, Frau Bull.

Herr Scholze (FDP):

Meine Damen und Herren! Im neuen Rettungsdienstgesetz werden die Belange aller Leistungserbringer berücksichtigt: die der gemeinnützigen Hilfsorganisationen, aber auch die der gewerblichen Rettungsdienstunternehmen. Ich erinnere an erster Stelle an die Verlängerung der Genehmigungsdauer für die Beauftragung im Rettungsdienst. Das ist § 11 Abs. 3. Die Frist wird von vier Jahren auf nunmehr sechs Jahre verlängert. Dadurch erhalten alle Leistungserbringer ein höheres Maß an betriebswirtschaftlicher Planungssicherheit.

Doch nun zu dem Vorwurf der Opposition, wir würden das Ehrenamt nicht achten. Nein, meine Damen und Herren, ganz im Gegenteil: Das Ehrenamt wird auch von uns geschätzt und gestärkt. Die gemeinnützigen Hilfsorganisationen erhalten an vielen Stellen finanzielle Unterstützung für ihre ehrenamtliche Arbeit. Nur muss man sich schon fragen, ob das Rettungsdienstgesetz ordnungspolitisch der richtige Ort ist. Wir machen ein Gesetz darüber, dass eine Gesundheitsdienstleistung erbracht wird, die nach einem Vergabeverfahren auf Landkreisebene von der Krankenversicherung bezahlt wird. Die Eigenschaft, unter der diese Dienstleistung erbracht wird, ist dann eben nicht gemeinnützig, sondern unternehmerisch.

Meine Damen und Herren von der SPD und der PDS, der zentrale Unterschied zwischen Ihrer und unserer Koalition ist folgender:

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Wir haben keine Koalition! Da muss irgend etwas durcheinander geraten sein!)

Wir sind angetreten, damit wir in Sachsen-Anhalt Unternehmen ansiedeln können. Das bedeutet, wenn wir ein Gesetz schaffen, überlegen wir vorher: Ist dieses geeignet, Ansiedlungen zu fördern? Oder trägt es dazu bei, Ansiedlungen zu verhindern?

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Mit einer ausschließlichen Privilegierung gemeinnütziger Hilfsorganisationen würden wir Ansiedlungen, auch in diesem Geschäftsbereich, verhindern.

(Zustimmung bei der FDP)

Im Übrigen hat der Minister bereits darauf verwiesen, dass das entscheidende Kriterium die Leistungsfähigkeit ist. Das bedeutet dann eben auch, dass die gewerblichen Leistungserbringer, wenn es um die Versorgungsplanung für einen Massenanfall an Verletzten geht, nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Meine Damen und Herren! Mit der Einbeziehung der Kassenärztlichen Vereinigung in die Organisation des Rettungsdienstes beschreiten wir einen neuen Weg. Wir waren uns alle darin einig, dass die integrierte Leitstelle auch den kassenärztlichen Notdienst vermitteln sollte, damit jeder Patient die geeignete Hilfe bekommt und Fehlallokationen vermieden werden.

Konsequent wird diese Forderung, die im Übrigen auch vom Sachverständigenrat erhoben wurde, aber erst dann umgesetzt, wenn wir wie mit unserem Vorschlag die Ärzteschaft an dieser Stelle mehr in die Verantwortung nehmen. Die ärztliche Selbstverwaltung, die Ärztekammer und die Kassenärztliche Vereinigung, hat es nun in der Hand, den eröffneten Gestaltungsrahmen verantwortlich auszufüllen.

Meine Damen und Herren! Ich habe noch nichts zum Verhandlungsverfahren mit der Schiedsstelle gesagt. Ich halte diese Form der Finanzierung der Leistungen für alle beteiligten Leistungserbringer, Landkreise und Krankenkassen für ausgewogen. Die Krankenkassen erhalten eine größere Mitverantwortung und die Leistungserbringer können notfalls vor der Schiedsstelle eine auskömmliche Finanzierung erstreiten. Dabei geht es eben nicht um die billigste, sondern um die beste Leistung.

(Zustimmung von Minister Herrn Kley und von Herrn Kosmehl, FDP)

Meine Damen und Herren! Ich will zum Schluss kommen. Wir alle wissen, dass der Weg, den das Rettungsdienstgesetz in dieser Legislaturperiode --

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Könnten Sie bitte den Lärmpegel senken? Herr Scholze versucht schon die ganze Zeit, wacker dagegen anzukämpfen.

Herr Scholze (FDP):

Herzlichen Dank. - Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, dass der Weg, den das Rettungsdienstgesetz in

dieser Legislaturperiode zurückgelegt hat, lang und mühsam war.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Ach!)

Niemand in unserer Koalition hat es sich hierbei einfach gemacht.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Nein!)

Ich möchte alle Akteure im Rettungsdienst, die bewährten Hilfsorganisationen, die gewerblichen Rettungsdienstunternehmen, die Ärzte, die Landkreise und die Krankenkassen bitten, nein auffordern, dieses Gesetz anzunehmen und verantwortungsvoll umzusetzen. Wir werden von dem Willen getragen, die Versorgungsqualität und die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Das sind zwei Seiten derselben Medaille, die einander nicht ausschließen. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Bull, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Nachfrage zu stellen.

Frau Bull (Linkspartei.PDS):

Herr Kollege, ich würde gern auf Ihre Formulierung in Bezug auf die so genannten abstrusen Großkreise abheben.

In Ihrem Entwurf ist in § 5 vorgesehen, dass durch Verordnung der Landesregierung ab dem Jahr 2008 größere Rettungsdienstbereiche verordnet werden sollen. An welche Größen haben Sie denn dabei so gedacht?

Dann hätte ich gern gewusst: Wie wird sich das mit den elf Landkreisen plus drei Städten, die sozusagen Ihre Form von Gebietsreform hervorgebracht hat, vertragen?

Herr Scholze (FDP):

Diese Frage möchte ich sehr gern beantworten. Das ist zum einen ein politisches Problem. Wir, die Koalition, haben natürlich Vorstellungen dahin gehend entwickelt, wie die Landkreise in der Zukunft aussehen sollen. Diese decken sich natürlicherweise nicht mit den Vorstellungen, die Sie entwickelt haben.

(Herr Bischoff, SPD: Sagen Sie einmal, welche Sie haben!)

Wenn es darum geht, die Größe eines Rettungsdienstbereiches festzulegen, möchten wir uns an den Vorgaben bzw. den statistischen Entwicklungen, die auf der Bundesebene zu verzeichnen sind, orientieren. Das heißt, dass eine Rettungsleitstelle etwa zwischen 300 000 und 350 000 Einwohner versorgen soll. Da es darum geht, auch hier die Aufgabe im eigenen Wirkungskreis zu belassen, haben wir an dieser Stelle versucht zu vermeiden zu sagen: Wir hätten gern drei, vier, fünf oder sieben Leitstellen. Wir setzen an dieser Stelle ganz gezielt auf die Verantwortung der dann neu gebildeten Landkreise, zu vernünftigen Regelungen zu kommen.

Nur ein Beispiel: Ich stelle mir das für meine Heimatstadt so vor, dass der neue Landkreis Saalekreis, also Merseburg-Querfurt und Saalkreis, möglicherweise auch mit der Stadt Halle in Verhandlung tritt, um dem guten Beispiel, das es jetzt schon gibt, nämlich die kreisübergrei-

fende Zusammenarbeit, in der Form fortzusetzen, dass Merseburg dazukommt.

(Zustimmung bei der FDP - Frau Bull, Linkspartei.PDS: Ach so! - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Der hätte dann mehr als 400 000 Einwohner!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Scholze. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Kuppe.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Herr Scholze, der Berg kreißte und gebaß nicht einmal ein Mäuschen, und das ist außerordentlich bedauerlich.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Entgegen all Ihren Ankündigungen, Herr Minister Kley, haben Sie zusammen mit den Koalitionsfraktionen eine ganze Legislaturperiode gebraucht, um das Rettungsdienstgesetz zu novellieren. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass das nicht einfach ist, aber Ihr Versuch, der heute zur Abstimmung steht, ist mutlos und glücklos und bringt keine angemessene Lösung. Deswegen werden wir diesen Versuch ablehnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben gute Gründe dafür. Erstens. Das Gesetz soll erst im Januar 2007 in Kraft treten. Auch wegen der hinausgeschobenen Kreisgebietsreform, für die Sie verantwortlich sind, bedeutet das mindestens drei verschenkte Jahre.

Zweitens. Über den künftigen Zuschnitt der Rettungsdienstbereiche und die Anzahl der Rettungsleitstellen werden wir im Dunkeln gelassen. Außer der Bildung von Zweckverbänden und der Absicht, im Wesentlichen im Rahmen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit und der Verordnungsermächtigung für die Landesregierung Standorte der Rettungsleiststellen festzulegen, ist nichts zu finden. Das sind Regelungen, die Sie, Herr Minister Kley, bis vor Kurzem noch vehement bekämpft und abgelehnt haben.

Unser Vorschlag lautet, zukunftsfähige Strukturen im Rettungswesen an den neu zu ordnenden Planungsregionen im Land zu orientieren und damit perspektivisch nach der Einführung des Digitalfunks über fünf Rettungsdienstbereiche mit fünf Rettungsleiststellen zu verfügen.

Herr Kley, Sie setzen auf den freien Markt und das Spiel der freien Kräfte in diesem Bereich. Das halten wir für absolut unangemessen.

(Zustimmung bei der SPD)

Drittens. Der Clou Ihrer neuen Regelung betrifft die Zuständigkeit für die Notfallrettung. Sie soll nun überraschenderweise geteilt werden. Träger des boden gebundenen Rettungsdienstes bleiben die Landkreise und kreisfreien Städte. Sie verantworten weiterhin die Rettungsleiststellen, die Tätigkeit der Rettungssanitäter und Rettungsassistenten und die Sachausstattung.

Abgetrennt, also der kommunalen Verantwortung entzogen, wird die ärztliche Notfallrettung. Die Sicherstellung der notärztlichen Versorgung soll jetzt allein bei der Kassenärztlichen Vereinigung liegen, die in einem daten-

schutzrechtlich fragwürdigen Verfahren von der Ärztekammer Informationen erhalten muss.

Geteilte Verantwortung in dieser Form bedeutet nicht etwa Verwaltungsvereinfachung, bedeutet nicht etwa mehr Eigenverantwortung für die Kommunen, wie Sie es angekündigt haben, sondern bedeutet mehr Bürokratie, mehr Abstimmungsaufwand und voraussichtlich auch Mehrkosten. Was Sie damit gewinnen wollen, ist unklar.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Kuppe, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Scholze?

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Am Ende bin ich gern bereit, auf Fragen zu antworten.

Das ist kein Reformschritt nach vorn, meine Damen und Herren, das ist eine Rolle rückwärts. Wir haben diese Regelung im Ausschuss abgelehnt. Sie haben das vorhin anders dargestellt. Herr Kley, das war eine Fehlinformation an das Plenum.

Wenn überhaupt Veränderungen in der Sicherstellung erforderlich sein sollten, wären die Krankenkassen möglicherweise der bessere Adressat. So regelt es im Übrigen der Freistaat Sachsen in seinem Gesetz.

Viertens. Die SPD wollte bei der Auswahl der Anbieter von Leistungen des Rettungsdienstes den gemeinnützigen Hilfsorganisationen einen Vorrang einräumen. Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Malteser-Hilfsdienst und Johanniter-Bund zeichnen sich neben ihrer Professionalität und ihrer wirtschaftlichen Arbeit durch ein hohes bürgerschaftliches Engagement aus. Sie wirken in der Jugendarbeit und bilden zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus und können daher bei einem Massenanfall von Verletzten wesentlich wirksamer werden als andere Anbieter. Dieser gesellschaftlich wichtige Einsatz sollte gesetzlich berücksichtigt werden; dies wurde aber von der CDU und der FDP abgelehnt.

Fünftens. Der Antrag der SPD, die tarifliche Entlohnung des Rettungsdienstpersonals festzuschreiben, scheiterte offensichtlich an der FDP-Fraktion. Wir wollten absichern, dass die ohnehin schon geringe Vergütung nicht noch weiter nach unten gedrückt wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Sechstens. Qualitätseinbußen, meine Damen und Herren, sind durch die Aufweichung von Formulierungen zu erwarten, die bisher die Qualifikation der einzusetzenden Notärztinnen und Notärzte eindeutig beschrieben haben.

Siebents. Das Gesetz enthält zwar formal eine Art Verhandlungslösung, aber an die Stelle eines einfachen, transparenten Verfahrens tritt jetzt ein mehrstufiger Prozess, in dem die Beteiligungsmöglichkeiten der Kostenträger, also der Krankenkassen, nach wie vor minimal sind. Am Ende wird eine nicht näher definierte Schiedsstelle viel Arbeit haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Kritik an der Beschlussempfehlung sind wir uns mit der Ärztekammer, mit der Arbeitsgemeinschaft der in Sachsen-Anhalt tätigen Notärztinnen und Notärzte, mit der Krankenhausgesellschaft und der Vereinigung der gemeinnützigen Hilfsorganisationen, also praktisch mit der ge-

samten Palette der Leistungserbringer einig. Das ist für uns ein Anlass, über alles noch einmal ernsthaft nachzudenken. Diese Ernsthaftigkeit vermisste ich bei Ihnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hält nach wie vor eine Modernisierung des Rettungsdienstgesetzes in Sachsen-Anhalt für notwendig, aber Sie waren in den Ausschussberatungen nicht bereit, mit uns ernsthaft über unseren Entwurf und die Änderungsvorschläge zu diskutieren.

Frau Liebrecht, Sie haben jetzt in Ihrem Beitrag wirklich noch einmal die Arroganz der Macht bewiesen.

(Oh! bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Unerhört!)

In Ihrem Beitrag haben Sie mit Ihrer Bemerkung, dass Sie die Änderungsvorschläge von PDS und SPD „selbstverständlich“ ablehnen werden, offenbart, dass Sie gar nicht bereit sind, über die Änderungsvorschläge nachzudenken, die auf dem Tisch liegen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Wir legen dennoch diese sechs Änderungsvorschläge vor. In der vorliegenden Fassung kann die Beschlussempfehlung von uns keine Zustimmung erfahren;

(Herr Schröder, CDU: Sie waren acht Jahre lang Ministerin und haben es nicht hinbekommen, das Rettungsdienstgesetz zu ändern!)

denn sie ist keine Lösung des Problems. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Kuppe, Herr Scholze möchte eine Frage stellen. - Bitte sehr.

Herr Scholze (FDP):

Sehr geehrte Frau Dr. Kuppe, Sie haben in Ihrem Beitrag insbesondere kritisiert, dass mit dem Rettungsdienstgesetz mehr Markt und mehr Wettbewerb eingeführt werden soll. Ich versuche, auch in unseren gesundheitspolitischen Diskussionen auf der Landesebene eine gewisse Stringenz zwischen den Dingen, die auf der Bundesebene geäußert werden, zu erkennen. Dort sagt auch Ihre Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, dass wir insbesondere den Wettbewerb unter den Leistungserbringern haben wollen.

Können Sie mir bitte erklären, warum Sie von dieser grundsätzlichen Aussage, die sicherlich auch Ihre gesamte Partei betroffen hat, an dieser Stelle abweichen wollen und mit der ausdrücklichen Privilegierung verhindern möchten, dass ein privater Anbieter überhaupt zum Zuge kommen kann?

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Die letzte Aussage stimmt einfach nicht; denn es wird nicht verhindert, dass ein privater Anbieter überhaupt in das Geschäft eintreten kann. Das ist so.

Ich will eine grundsätzliche Bemerkung, bevor ich auf Ihre Frage näher eingehe, voranschicken. Alle Leistungen, die über die gesetzliche Krankenversicherung finanziert werden, und alle Leistungen, die für die Versicherten in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden, sind kein

freier Markt. Es gibt außerhalb der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sicherlich noch einen Gesundheitsmarkt, und der expandiert, aber der ist nicht vergleichbar mit dem Leistungsmarkt, der innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung stattfindet.

Die Notfallrettung gehört zum Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenversicherung; darüber bin ich froh. Deswegen ist das ein eingeschränkter freier Markt, also kein absolut freier Markt, so wie Sie ihn offensichtlich gern haben möchten. Das schicke ich voraus.

Wir sagen klipp und klar: In diesem Bereich sind gemeinnützige Hilfsorganisationen in guter Qualität tätig, die sich auch noch durch andere Vorzüge auszeichnen, nämlich durch einen weiten Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, in dem sie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer - vor allem junge Leute - schulen, die sich im Bereich der Notfallrettung, insbesondere im Bereich des Massenanfalls von Verletzten, bewähren können. Genau das tun die privaten Anbieter in diesem Bereich nicht.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass in diesem Bereich die privaten Anbieter nicht die gleiche Stufe einnehmen sollen wie die gemeinnützigen Hilfsorganisationen, die einfacher mehr leisten und neben der Wirtschaftlichkeit noch das zusätzliche Attribut verdienen, dass sie bei einem Massenanfall von Verletzten und bei der Ausbildung von Nachwuchskräften viel mehr Engagement zeigen. Deswegen soll ihnen auch ein Vorrang bei gleicher Wirtschaftlichkeit gebühren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dr. Kuppe. - An dieser Stelle hat der Ministerpräsident um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit nicht allzu viele denken, ich wäre schon zu müde, um mich zu äußern, habe ich mich an dieser Stelle noch einmal gemeldet; denn wenn es die Arroganz der Macht, Frau Kuppe, sein soll, dass eine Mehrheit nach langer, mühsamer und gewissenhafter Diskussion einen Gesetzentwurf vorlegt, dann ist es die Arroganz der Ohnmacht, wenn gerade Sie dazu sprechen, die Sie in vier oder sechs Jahren dieses Thema gemeinsam diskutiert haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben doch schon Ende der 90er-Jahre darüber diskutiert, dass dieses Gesetz novelliert werden muss. Sie kennen doch die ganzen Schwierigkeiten.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Wir machen nicht so ein Gewese!)

Jetzt haben wir endlich Lösungen gefunden, zu denen ich stehe. Ich habe mich eigentlich nur gemeldet, weil ich eine Presseerklärung von anderen, nicht aus dem parlamentarischen Raum, gelesen habe, über die ich mich sehr gewundert habe. Deswegen bitte ich darum, die Veränderungen, über die hier diskutiert worden ist, zur Kenntnis zu nehmen als Veränderungen in Anpassung an die sich verändernden Rahmenbedingungen und an die Rechtslage.

Wir haben in Deutschland schon Gesetze ändern müssen, weil sie angeblich gegen das EU-Wettbewerbsrecht

verstießen. Deswegen haben wir das Ausschreibungsverfahren so geregelt, dass jeder Träger das günstigste Angebot nehmen kann. Das wird immer das sein, was Sie auch beschrieben haben. Das ist keinesfalls ausgeschlossen. Aber wir verstößen nicht gegen EU-Recht. Deswegen sind die Formulierungen, die gefunden worden sind, mit Absicht so gewählt worden.

Ich will auch einige andere Probleme ansprechen, die mich ein wenig ärgern. Wir haben immer weniger Landräte, die ein eigenes Kreiskrankenhaus haben. Ich war dabei, als wir das erste Gesetz gemacht haben. Da haben wir den Landrat und die Kreise als Träger des Rettungsdienstes hineingeschrieben. Damals hatten die meisten Landräte noch ein eigenes Kreiskrankenhaus. Das haben immer weniger, und das wird auch immer weniger.

Das heißt, die Landräte sitzen dann da, haben die Verantwortung - eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises - und sind nicht mehr in der Lage, dieser Verantwortung nachzukommen, weil sie niemanden mehr haben, den sie aufsichtsrechtlich einspannen können. Sie können Krankenhäuser, die in anderer Trägerschaft sind, nur noch mit Vereinbarungen einbinden. Das heißt, diese Strukturen haben sich geändert.

Dass man manches auch anders machen kann, weiß ich natürlich. Ich kenne das System in anderen Ländern in Deutschland und auch in der Schweiz, wo diese Aufgabe ganz den Krankenhäusern übertragen wurde.

(Herr Bischoff, SPD: Wie in Sachsen!)

Auch das kann man alles machen. Wir haben bewusst den Weg gewählt, von dem wir glaubten, dass er rechtskonform ist. Wir hätten das Kammergesetz ändern müssen, wenn wir die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Ärztekammer hätten übertragen wollen. Wir wären in ein ganz schwieriges Fahrwasser gekommen, weil das durch das SGB V auch nicht abgedeckt ist. Aber das SGB V deckt es ab, den Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Versorgung zu übertragen, wenn es durch das Landesrecht begründet wird. Und nur dies machen wir jetzt.

Ich halte dies für angemessen, weil nämlich nicht nur in Halle, in Magdeburg und in Dessau die rettungsdienstärztliche Versorgung garantiert werden muss, sondern auch in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts, wo es keine Krankenhäuser gibt. Dann hätten wir allenfalls die Fristen verändern müssen, um dies zu organisieren.

Tatsache ist, dass in bestimmten Versorgungsbereichen - sagen wir, in Jessen und Gräfenhainichen; die kenne ich, weil ich jahrelang selbst die Dienstpläne für diese Bereiche gemacht habe - ein Arzt für 24 Stunden abgestellt werden muss. Der sitzt dann dort und wartet, dass im Bereich Jessen im statistischen Durchschnitt 2,1 Einsätze pro 24 Stunden vorkommen.

Wenn die EU-Arbeitszeitrichtlinie, über die noch diskutiert wird, so kommt, wofür auch die Ärzteverbände streiken und protestieren oder, besser gesagt, demonstrieren, dann sind das alles reguläre Arbeitszeiten. Dann bezahlen wir dreimal acht Stunden reguläre Arbeitszeit für eine solche Häufigkeit, um die Einsatzfristen nicht verändern zu müssen. Deswegen brauchen wir ein Organisationssystem, das auch den ambulanten Bereich angemessen mit einbindet. Das ist rechtlich sauber geregelt und praktisch möglich.

Natürlich weiß ich, dass die meisten Fachärzte, die diese Ausbildungsberechtigung haben, in den Krankenhäusern sitzen. Das wird auch so bleiben. Aber sie können dann eben auch über einen anderen Träger mit eingebunden werden. Diese Lösung ist nicht viel anders als die jetzige, bei der es der Landrat machen muss, der gar keine Rechtsmittel hat, um dies zu tun. Die Kassenärztliche Vereinigung kann dies wenigstens machen.

Zur Finanzierung. Ich will Ihnen keine Einzelheiten erzählen, das wäre vielleicht ein wenig unfair. Aber zu den Akten, die ich mir aufgehoben habe, weil man denkt, man weiß im Leben nie, wie es kommt, gehört der Brief eines Facharztes an den Landrat, in dem er ihm mitteilt - das ist schon Mitte der 90er-Jahre gewesen -, dass er bereit wäre, an bis zu zwei Tagen in der Woche an diesem Dienst teilzunehmen, wenn er nicht jeden Einsatz extra abrechnen muss - das ist zu lästig -, sondern einen Pauschalvertrag in der damaligen Höhe von 5 000 DM pro Monat erhält. - Ein Landrat ist nahezu erpressbar, wenn er niemanden hat, auf den er zurückgreifen kann. Deswegen brauchen wir Organisationsstrukturen, die solche Probleme lösbar machen.

Wenn wir ein einziges Wort hineingeschrieben haben, dass in der Regel Ärzte mit abgeschlossener Qualifikation fahren sollen und dass Ärzte, die in der Ausbildung sind, unter der Verantwortung des leitenden Arztes notfalls eingesetzt werden können, dann ist das kein anderer Zustand als der, der in jedem Krankenhaus im Rahmen der Facharztausbildung besteht und verantwortet werden muss. Auch dort muss der Leiter verantworten, ob er jemanden schon selbst operieren lässt oder nicht.

Das Problem ist, dass zu der Notfallarztausbildung Dinge gehören, die meiner Ansicht nach notwendig sind - das bestreite ich nicht -, von der wir aber wissen, dass sie selten vorkommen. Es ist also so, dass Notärzte, die das 15 oder 20 Jahre lang machen, wahrscheinlich kaum einmal zu einer Hausgeburt gerufen werden. Aber zur Qualifikation gehört eine Bescheinigung, dass sie bei zehn Geburten dabei waren. Nun kenne ich selbst einige Ärzte, die alle Qualifikationsnormen erfüllt haben, nur diese Zahl noch nicht geschafft haben, weil sie gar keine Zeit hatten, sich in den Kreißsaal zu setzen und zu warten, bis einmal eine Geburt stattfindet.

Die muss man doch einsetzen können, wenn Not am Mann ist. Das sind Dinge, die der leitende Arzt verantworten kann. Dafür haben wir ihm nur die gesetzliche Grundlage gegeben. Ich weiß doch selbst und kenne genug Leute, dass das tatsächlich praktisch schon so gemacht wird, aber zurzeit ohne dass sie einen rechtlichen Hintergrund haben, mit schlechtem Gewissen. Deswegen haben wir die gesetzlichen Normen geschaffen.

Ich spreche jetzt dazu, weil ich mich zumindest bei zwei oder drei Diskussionen mit eingeklinkt habe und weil ich mich darüber ärgere, wenn diese Dinge, die so vernünftig sind, jetzt im politischen Raum als Qualitätsverlust und alles Mögliche dargestellt werden. Deswegen haben wir die gesetzlichen Vorgaben an das angepasst, was gegenwärtig in Sachsen-Anhalt in diesem Bereich bereits praktiziert wird. Es ist überhaupt kein Kunststück, den Rettungsdienst in den großen Städten zu organisieren. Da sitzen sogar vier Leute, die darauf warten, dass sie etwas nebenbei verdienen können.

Aber in den ländlichen Strukturen Sachsen-Anhalts muss dies auch organisiert werden, und zwar unter Einhaltung

der notwendigen Rettungszeiten, die wir bewusst nicht verändern wollten. Deswegen mussten wir das Organisationssystem so öffnen, wie wir es vorgesehen haben. Ich habe die herzliche Bitte, dass dieser Entwurf heute eine Mehrheit findet, damit dieses Problem in diesem Land neu geregelt werden kann. - Vielen Dank

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Ministerpräsident, es gibt noch Nachfragen. Sind Sie bereit zu antworten? - Das ist der Fall. Es gibt Nachfragen von Herrn Herren Bischoff, Herrn Gallert und Frau Bull. Bitte sehr, Herr Bischoff, Sie haben die Möglichkeit zu fragen.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Ministerpräsident, in Ihren Eingangsworten - deshalb mache ich das lieber als eine Intervention; wenn Sie am Ende noch eine Frage beantworten würden, wäre das natürlich gut - haben Sie uns den Vorwurf gemacht, wir hätten das in acht Jahren nicht geschafft. Sie waren damals Ausschussvorsitzender. Sie kennen die Probleme haargenau. Es kam auch nicht vonseiten der damaligen Opposition ein Vorschlag; denn es war ein zugegebenermaßen schwieriges Geschäft, da zu Rande zu kommen. Deshalb finde ich, dass etwas mehr Sachlichkeit gewahrt werden sollte und nicht gleich jemandem ein Vorwurf gemacht werden sollte.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Darf ich gleich sagen, Herr Bischoff, ich hätte mir das erspart, wenn Frau Kuppe mir nicht die Vorlage gegeben hätte.

(Zuruf von Frau Dr. Kuppe, SPD)

Herr Bischoff (SPD):

Sie sind ansonsten jemand, der immer sehr auf Sachlichkeit abgehoben hat, auch im Ausschuss. Ich wollte nur daran erinnern, dass es einmal so war. Ich darf doch einmal daran erinnern.

Ich möchte Ihnen noch sagen, diese grundsätzliche Sache, dass jetzt die Kassenärztliche Vereinigung den Sicherstellungsauftrag bekommt, ist in der letzten Sitzung im Januar 2006 hereingekommen,

(Herr Dr. Eckert, Linkspartei.PDS: Als Tischvorlage!)

als Tischvorlage. Dann wissen Sie, wie umfassend das bei so einem wichtigen Problem beraten worden ist. Das ist dann doch Arroganz der Macht,

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

wenn es dann heißt, - das war das Wort - „selbstverständlich“ lehnen wir das ab. Das Wort „selbstverständlich“ hätte hier nicht hergepasst.

Ich will noch eine zweite Sache fragen. Ich hätte gern von Ihnen etwas gehört, was die Gemeinnützigkeit angeht. Denn dass die Organisationen - man weiß von der Hochwasserkatastrophe, wie viele von ihnen draußen waren und eine Unmenge Helfer mitgebracht haben - den Vorrang haben sollten, halten wir nach wie vor für richtig. Auch im Zusammenhang mit der gestrigen Dis-

kussion, bei der es um das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit ging, hätte es eigentlich hierher gehört.

Aber einen dritten Punkt halte ich noch für wichtiger. Der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg hat uns darüber informiert, dass die Gespräche und Verhandlungen zu der Rettungsdienstleitstelle, die jetzt über ein Jahr lang mit dem Bördekreis, dem Ohrekreis und dem Jerichower Land geführt worden sind, vonseiten dieser Landräte ohne jegliche Begründung abgebrochen worden sind. Da weiß man, was auf uns zukommen wird, wenn man sagt: Wir lassen das freiwillig vor sich hindümpeln und werden im Jahr 2008 staatlich eingreifen.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Verehrter Herr Bischoff, ich kann zu jedem Punkt etwas sagen, das ist überhaupt kein Thema.

(Herr Bischoff, SPD: Aber keine Zeit!)

Aber auf welche Frage sollte ich denn jetzt antworten?

(Herr Bischoff, SPD: Wir hätten vielleicht im Ausschuss mehr Zeit gebraucht!)

- Kein Thema. Zu der Ausschussregie kann ich nichts sagen. Ich weiß auch, dass einige Absprachen, auch die mit der Kassenärztlichen Vereinigung, erst relativ spät erfolgt sind und dass auch dort erst eine Meinungsbildung abgewartet werden musste. Das gebe ich alles zu, das weiß ich.

Was das Regulieren der Zusammenarbeit der Kreise betrifft, höre ich immer - das wissen Sie genauso gut wie ich -, dass Aufgaben des eigenen Wirkungskreises im eigenen Wirkungskreis zu regeln sind und nicht oberlehrerhaft von der Landesregierung. Von den Vertretern der Kommunalverbände bekomme ich dann immer die Aussage: Wenn ihr das macht, wenden wir uns an das Verfassungsgericht, weil das ein Eingriff in den eigenen Wirkungskreis ist.

Deswegen haben wir eine Lösung gefunden, die dem Innenminister die Verordnungsermächtigung für den Bereich erteilt, für den er zuständig ist und den er verfassungskonform ordnen und regeln kann. Da das im Zusammenhang mit der Einführung des digitalen Melde-systems alles mit Geld verbunden ist, gehe ich davon aus, dass die Kreise sich in Wahrnehmung ihrer Verantwortung im eigenen Wirkungskreis diesen Strukturen bewusst anschließen werden, weil es sonst für die Kreise viel zu teuer wird und die Kassen das nicht bezahlen werden. Auf diese Weise haben wir eine Form gefunden, bei der die Regelung verfassungskonform ist und das Ziel erreicht werden kann.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Herr Bischoff, SPD: Da bin ich gespannt! - Frau Dr. Kuppe, SPD, schüttelt den Kopf)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke. - Herr Gallert, bitte sehr.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Weder war im Gesetzentwurf der Landesregierung enthalten, dass wir eine Tarifbindung für das Rettungsdienstpersonal haben wollen, noch sind die entsprechenden Anträge jetzt von der Koalition angenommen worden. Wir kennen Ihre neue Position zu tarifgebundenen Mindestlöhnen. Was halten Sie davon?

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Damit das einmal ganz deutlich wird: Sie werden keinen Fall finden, in dem ich gesagt habe, dass wir gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne brauchen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Tariflich gebundene!)

Wenn die Tarifpartner das selbst machen, dann habe ich beim besten Willen nichts dagegen. Das gibt es in einigen Bereichen schon. Das sollten sie dann aber unter sich ausmachen.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Aber es geht um diejenigen, die nicht tarifgebunden sind und die wir an diese anlehnen wollen!)

- Ja.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Und wenn Sie das nicht wollen, sind Sie auch nicht für einen tariflichen Mindestlohn!)

- Nein, passen Sie einmal auf. Jetzt geht es darum, dass Sie dies mit dem Gesetz erzwingen wollen.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ja, dass sie sich an Tarife anlehnen!)

Das ist eine Sache, die meiner Ansicht nach der Gesetzgeber nicht vorschreiben sollte; da sollten wir bei der Wettbewerbswirtschaft bleiben.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Das brauchen wir nur dort, wo der Staat anfängt zu subventionieren. Das ist in diesem Bereich weder vorgesehen noch vernünftig.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Nein!)

Das ist so.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Bull, bitte. Das wäre jetzt die letzte Frage, die gestellt werden kann.

Frau Bull (Linkspartei.PDS):

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich in der Sache geäußert, deshalb auch meine Frage in der Sache. Ich halte die Splitterung der Zuständigkeit - das habe ich vorhin gesagt - für einen außerordentlich problembeladenen Vorgang. Das heißt, es muss gute Gründe dafür geben. Jetzt argumentieren Sie, dass das mit dem Verhältnis der Landräte zu den zukünftig privatisierten Krankenhäusern schwierig sei, regeln aber in einem eigenen Paragrafen des vorliegenden Gesetzes, dass die Institution KV Zugriff auf die Ärzte im Krankenhaus bekommen soll. Diese Extraregelung wäre unter Umständen auch für die Landkreise denkbar gewesen. Also dadurch erschließt sich keinesfalls die Notwendigkeit dieses Systemwechsels.

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

Eine zweite Frage, die ich habe: Stimmen Sie mir darin zu, dass das insofern ein Nullsummenspiel ist, als die Notärzteschaft im ambulant tätigen Bereich bereits jetzt weitgehend im Rettungsdienst fährt, dort also kein Zu- gewinn zu erwarten ist?

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Das ist nicht so einfach. Ich will mit der zweiten Frage beginnen. Es ist auch aus meiner Sicht - das sehen viele andere ebenso - ein gewisses Ärgernis, dass der vertragsärztliche Notfalldienst völlig parallel und unabhängig vom Rettungsdienst organisiert ist. Wir sprechen schon seit den Zeiten Werner Schreibers, als wir das erste Gesetz gemacht haben, darüber - ich hatte damals schon viele Diskussionsrunden mit dem Vorsitzenden der KV hinter mir -, dass wir die Notarztversorgung aus dem KV-Bereich mit der Rettungsdienstversorgung wenigstens organisatorisch verzahnen wollen.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Es geht um den kassenärztlichen Notdienst!)

- Ich komme ja noch dazu, gnädige Frau.

(Heiterkeit)

Es geht darum - ich empfehle Ihnen, sich einmal in einer Rettungsstelle an das Telefon zu setzen -, dass immer entschieden werden muss: Muss dort der Rettungsarzt mit dem Rettungswagen hin oder muss dort der Notarzt hin?

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das ist eine andere Baustelle!)

Das ist schwierig zu organisieren, wenn das nicht über eine Zentrale läuft. Bei der jetzt vorgesehenen Regelung habe ich die große Hoffnung, dass beides aus eigenem Interesse zusammengeführt wird.

Zweitens. Was die Vertragsgestaltung betrifft - das war Ihre erste Frage -, haben Sie völlig Recht. Bloß, bis jetzt war es so, dass jeder Landrat das allein ausdiskutieren musste und manche waren dabei erpressbar, weil sie nicht genügend Ärzte hatten, die zum Einsatz bereit waren. Die Kassenärztliche Vereinigung wird das letztlich für das Land Sachsen-Anhalt einheitlich regeln. Dann werden wir ungefähr dazu kommen - vielleicht nicht ganz, aber ungefähr -, dass für den Einsatz in allen Regionen des Landes Sachsen-Anhalt auch ungefähr der gleiche Preis erhoben werden kann. Ich bin ziemlich sicher, dass es dadurch nicht teurer wird. Ich kenne sogar die Preise, die gelegentlich gezahlt werden müssen, damit überhaupt jemand mitfährt. Ich nenne sie aber aus Höflichkeit heute nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Damit ist die Debatte beendet und wir treten in das Abstimmungsverfahren zu den Drs. 4/2589, den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD in den Drs. 4/2632 bis 4/2638 und den Änderungsanträgen der Linkspartei.PDS in den Drs. 4/2639 bis 4/2642 ein.

Meine Damen und Herren! Über die selbständigen Bestimmungen ist einzeln abzustimmen. Das ist beantragt worden. Ich schlage Ihnen vor, dass ich bei den Bestimmungen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen, den Versuch unternehme, das Verfahren zu straffen. Wenn darüber hinaus doch noch Forderungen auf Einzelabstimmung vorhanden sind, müsste das im laufenden Verfahren angezeigt werden.

Wir stimmen ab über die §§ 1 und 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe § 3 auf. Dazu liegen zwei Änderungsanträge vor, zum einen der Änderungsantrag in der Drs. 4/2639. Dieser betrifft Absatz 2 Satz 1. Das ist der Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS. Zum anderen liegt der Änderungsantrag in der Drs. 4/2632 vor. Er betrifft den Absatz 3. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfaktionen. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ab. Wer stimmt dem zu? - Die Oppositionsfaktionen. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über § 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt dem zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die Oppositionsfaktionen. Damit ist dieser Paragraf in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen worden.

Wir kommen zu § 4. Dazu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 4/2640 und ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2633 vor.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS ab. Dieser betrifft Absatz 1, Einfügung eines zweiten Satzes. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Oppositionsfaktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2633 ab. Er betrifft den Absatz 1 Satz 6. Wer stimmt dem zu? - Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion der Linkspartei.PDS. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den § 5 ab. Hierzu liegt ein Änderungsantrag in der Drs. 4/2634 vor. Dieser betrifft den Absatz 2. Es geht um eine Anfügung - -

(Zuruf von Frau Dr. Kuppe, SPD)

- Entschuldigung. Ich unterbreche die Abstimmung zu § 5. Wir müssen noch über § 4 abstimmen. Wer § 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der Linkspartei.PDS. Wer ist dagegen? - Die SPD-Fraktion. Die Beschlussempfehlung ist angenommen worden.

Jetzt stimmen wir über den § 5 ab. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2634 vor. Dieser betrifft die Anfügung eines Satzes 4. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Oppositionsfaktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den § 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt dem zu? - Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der Linkspartei.PDS. Wer ist dagegen? - Herr Polte. Enthaltungen? - Bei der SPD-Fraktion und Teilen der Fraktion der Linkspartei.PDS. Die Beschlussempfehlung ist angenommen worden.

Zu § 6 liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2635 vor. Er betrifft Absatz 1. Wer stimmt dem zu? - Die Oppositionsfaktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den § 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt ihm zu? - Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der Linkspartei.PDS. Wer ist dagegen? - Die SPD-Fraktion. Die Beschlussempfehlung ist angenommen worden.

Wir stimmen über § 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt dem zu? - Das ist einstimmig. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Die Beschlussempfehlung ist angenommen worden.

Ich rufe den § 8 auf. Hierzu liegen drei Änderungsanträge vor, erstens der Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2636 unter Nr. 1. Er betrifft den Absatz 1. Zweitens liegt der Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 4/2641 vor. Ich muss darauf hinweisen, dass der Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion identisch ist. Nach der Geschäftsordnung wird nur über den zuerst eingebrachten Änderungsantrag abgestimmt. Das heißt, dass wir über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen; die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS würde sich somit erübrigen. Drittens liegen weitere Änderungsanträge der Fraktion der SPD in der Drs. 4/2636 unter den Nrn. 2 bis 4 vor. Das betrifft die Absätze 2, 3 und 4.

Wir treten in die Abstimmung ein. Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 4/2636 ab, der sich auf den Absatz 1 bezieht. Wer stimmt ihm zu? - Die Oppositionsfaktionen. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 4/2641 erübrigts sich.

Jetzt stimmen wir über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2636 unter den Nrn. 2 bis 4 ab. Wer stimmt ihm zu? - Die Oppositionsfaktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den § 8 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt dem zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Oppositionsfaktionen. Damit ist § 8 so beschlossen.

Wir stimmen über die §§ 9 und 10 ab. Wer stimmt ihnen zu? - Das sieht einstimmig aus. - Gegenstimmen, Enthaltungen? - Es bleibt bei der Einstimmigkeit. Damit sind die §§ 9 und 10 so beschlossen.

Ich rufe § 11 auf. Hierzu liegen drei Änderungsanträge vor. Hierbei handelt es sich um den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 4/2642. Er betrifft Absatz 1 Nr. 1. Zudem gibt es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2637. Er betrifft den Absatz 1 Nr. 3. Außerdem gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 4/2638. Er betrifft den Absatz 1 Nr. 4.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 4/2642 ab. Wer stimmt ihm zu? - Das sind die Oppositionsfaktionen.

Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer stimmt dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs 4/2637 zu? - Die Oppositionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2638 ab. Wer stimmt ihm zu? - Die Oppositionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über § 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Oppositionsfraktionen. Damit ist § 11 so angenommen.

Wir stimmen jetzt über die §§ 12 bis 17 in der Fassung der Beschlussempfehlung ab. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der Linkspartei.PDS. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die SPD-Fraktion. Die §§ 12 bis 17 sind angenommen worden.

Wir stimmen nun über die selbständigen Bestimmungen in ihrer Gesamtheit ab. Wer stimmt ihnen zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Damit sind die selbständigen Bestimmungen angenommen worden.

Wir stimmen jetzt über die Gesetzesüberschrift und über das Gesetz in seiner Gesamtheit ab. Wer stimmt dem Gesetz zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Damit ist das Rettungsdienstgesetz in seiner soeben beschlossenen Fassung angenommen worden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir beenden den Tagesordnungspunkt 4. An dieser Stelle möchte ich einen organisatorischen Hinweis geben. Aufgrund der technischen Bedingungen für das Ausreichen des Mittagessens können wir keine geschlossene Mittagspause machen. Wir bitten die Fraktionen, selbstständig dafür zu sorgen, dass das Essensmanagement so gehandhabt wird, dass wir die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes aufrechterhalten. Das betrifft auch diesen Augenblick.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 auf:

Beratung

Effiziente Nutzung der Landesliegenschaften durch Landesbehörden

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2618**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Dr. Köck. Bitte sehr.

Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):

Meine Damen und Herren! Werte Präsidentin! Den zweiten Teil der Ausführungen wird Ihnen Frau Dr. Klein zu Gehör bringen.

Im Bahnhofsgebäude des so genannten Tunnelbahnhofs in Halle-Neustadt ist vor wenigen Tagen die Ausstellung „Shrinking Cities“ zu Ende gegangen. Sie markiert ei-

ne Zwischenetappe der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010.

Die Stadt Halle ist mit dem Thema „Balanceakt Doppelstadt“ an der IBA beteiligt. In einem Ende des Jahres 2005 erschienenen Berichtband wird die Gleichbehandlung, also die Balance zwischen Altstadt und Neustadt als entscheidend hervorgehoben. Der Erfolg des Urban-21-Programmes für Halle-Neustadt steht und fällt mit dem Schicksal der das Zentrum markierenden fünf Hochhäuser, besser bekannt unter ihrer früheren Bezeichnung „Scheibe A bis E“. Wegen ihrer stadtarchitektonischen Bedeutung scheidet ein Abriss aus.

Bisher fand sich aber kein Kaufinteressent. Für das im Eigentum des Landes befindliche ehemalige Studentenwohnheim Scheibe C bleibt am Ende nur eine Nutzung durch Landesbehörden übrig. Der Vorschlag, die beiden Finanzämter hier einzuziehen zu lassen, ist bereits im Urban-21-Projektantrag der Stadt Halle aus dem Jahr 2001 enthalten.

Die wenigen Möglichkeiten, die das Land besitzt, um mit der Ansiedlung von Verwaltungseinrichtungen strukturpolitische Akzente zu setzen, müssen deshalb besonders verantwortungsbewusst genutzt werden. Unabhängig von der nutzenden Behörde ist für die Sanierung der Scheibe C mit Kosten von etwa 17,5 Millionen € zu rechnen, davon Planungs- und Baukosten in Höhe von 16 Millionen €.

Der Vorschlag für die Unterbringung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation wurde unter Hinweis auf die Höhe der Sanierungskosten ohne nähere Prüfung verworfen, mit dem bekannten Ergebnis, dass Mietkosten im City-Carré in Magdeburg fast in gleicher Höhe anfallen.

Gleiches gilt für die Einmietung des Landesverwaltungsamtes in das ehemalige Gebäude des Reichsbahnpresidiums in der Ernst-Kamieth-Straße. Auch hierbei ließen die Zinsaufwendungen von etwa 750 000 € - per anno angesetzt - gegenüber der Einmietung sogar noch Tilgungen in Höhe von 2,5 Millionen € über eine Laufzeit von zehn Jahren zu. Hinzu käme aber noch, dass steigende Aufwendungen für die Sicherung des leer stehenden Gebäudes Scheibe C entfallen würden.

Beim Landesverwaltungsamt sind es aber bautechnische Mängel und ein Kapazitätsengpass, die einer Niederlassung in Halle-Neustadt entgegenstehen sollen. - Das sind die strukturpolitischen Signale, die die Landesregierung zurzeit aussendet.

Urplötzlich sollen nun doch die Finanzämter in die Scheibe C einzehen können. Aber warum prangt nicht schon seit drei Jahren auf den Steuerbescheiden als Absender: Scheibe C? Weil dieser uralte Vorschlag der Stadt möglicherweise nie ernsthaft geprüft worden ist, wird eine Umsiedlung der Finanzämter auch nur vorsichtig avisiert. „Avisieren“ heißt: die Lieferung einer Ware oder die Zahlung vorankündigen. Aber zwischen Avis und Ansiedlung einer Behörde oder eines Unternehmens kann allerhand passieren. Deshalb entwickle ich gegen eine solche Art von Avision allmählich eine hochgradige Aversion.

Das Streitobjekt am Bahnhof wurde von der DB AG als einziges zentral betriebsnotwendiges Gebäude der Bahn in Sachsen-Anhalt von der ehemaligen Reichsbahn übernommen. Für die Zeit nach der Sanierung sollten ab

dem Jahr 2001 zehn Konzernöchter der DB dort ihren Regionalsitz haben sowie der Bundesgrenzschutz und weitere eng mit der Bahn verbundene Unternehmen als Nutzer einziehen. Das wären summa summarum 750 Arbeitsplätze.

Die Übernahme der Immobilie des ehemaligen Reichsbahnpräsidiums erfolgte aber ausdrücklich unter dem Vorbehalt einer Beteiligung des Landes an den Sanierungskosten. Dazu hat es offenbar eine verbindliche Zusage des Landes gegeben, wie einem vom Vorstandsvorsitzenden Herrn Mehdorn eigenhändig unterzeichneten Dankschreiben an den damaligen Verkehrsminister Dr. Heyer zu entnehmen ist. Ich zitiere:

„Die Modernisierung des Gebäudes kann nunmehr mit Fördergeldern des Landes zügig beginnen. Der Bahnstandort Halle erhält damit eine langfristige Sicherung.“

Die Förderung in Höhe von 6 Millionen € aus dem Bereich Städtebauförderung sollte über die Stadt Halle abgewickelt werden, die einen Eigenanteil von 2 Millionen € beisteuern sollte.

Meine Damen und Herren! Diese Summe sollten Sie sich auf der Zunge zergehen lassen: 6 Millionen €! Über das Urban-21-Programm fließen über die gesamte Laufzeit etwa 3,5 Millionen € an Fördermitteln nach Halle-Neustadt. Erinnern Sie sich bitte: Für 6 Millionen € ließe sich die Scheibe C auch schon zu einem Drittel sanieren. Weil Angesichts dieser Rechnung der Stadtrat in Halle nicht mitspielen wollte, wurde der Ton erheblich rauer. Das Schreiben eines hochrangigen Vertreters der DB AG drei Tage vor der entscheidenden Stadtratssitzung im Oktober 2002 ist geradezu erpresserisch.

(Herr Tullner, CDU: Machen wir jetzt Stadtrat, oder was?)

Darin wird deutlich gemacht, dass nur eine ausgelastete Immobilie für die Bahn wirtschaftlich vertretbar sei. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt oder an Zufälle glaubt: Nur kurze Zeit später mietet sich die Schulaufsichtsbehörde bei Herrn Mehdorn ein und Herr Leimbach findet Gefallen an den nicht nur für Archive gut geeigneten Kellerräumen.

Meine Damen und Herren! Es ist kein Wort darüber zu hören, dass die Vermietung nur deshalb notwendig wird, weil sich mittlerweile die Geschäftsphilosophie der Deutschen Bahn geändert hat und von den angekündigten zehn Firmen letztlich nur noch drei Firmen in Halle sind, davon wahrscheinlich nur noch eine Firma für längere Zeit. Doch was der Bahn recht ist, muss der öffentlichen Hand nun endlich auch billig sein, und das angesichts der Fülle öffentlicher Gebäude allein in Halle, für die die Limsa oder auch die Stadt händeringend geeignete Nachnutzer suchen.

Es ist auch nicht einzusehen, dass wir neben dem Verlust von Arbeitsplätzen bei der Bahn - in den letzten Jahren jährlich über 400 - auch noch für die Kosten des daraus folgenden Leerstandes aufkommen sollen.

(Herr Tullner, CDU: Das ist doch!)

Meine Damen und Herren! Ich fordere hiermit von der Landesregierung in aller Öffentlichkeit eine Revision ihrer Standortentscheidung oder aber, wenn dies aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der DB nicht möglich sein sollte, zumindest die Offenlegung aller

damit im Zusammenhang stehenden Vorgänge. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Dr. Köck. - Wir treten in die Debatte ein. Die Landesregierung hat um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Finanzminister Professor Paqué.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag wird der bestehenden Situation bei Liegenschaften des Landes schon deswegen nicht gerecht, weil er undifferenziert von einer einförmigen Liegenschaftssituation im Land Sachsen-Anhalt ausgeht und regionale Verschiedenheiten unberücksichtigt lässt.

Dass dies zu kurz greift, lässt sich beispielhaft bei einem Vergleich der beiden größten Oberzentren des Landes, Magdeburg und Halle, erkennen. Während die Liegenschaftssituation in Halle von einem erheblichen Leerstand landeseigener Liegenschaften geprägt ist, der sich durch die Verlagerung von universitären Nutzern im Zusammenhang mit dem neuen Campus noch zuspitzen wird, ist die Situation in Magdeburg grundlegend anders. Hier ist die Unterbringung von großen Landesbehörden, die zusammengeführt werden, nur durch Anmietungen realisierbar gewesen.

Dennoch lässt sich die Landesregierung bereits aus wirtschaftlichen Gründen selbstverständlich von dem Grundsatz leiten - es ist ein Grundsatz -, der Nutzung und Sanierung von landeseigenen Liegenschaften den Vorrang vor der Anmietung zu geben. Dieser Grundsatz findet natürlich dort seine Grenzen, wo geeignete landeseigene Liegenschaften nicht zur Verfügung stehen. Das gilt in Sonderheit dann, wenn es um die Zusammenführung einer Behörde geht mit dem Ziel, entsprechende Synergieeffekte zu realisieren. Es sind relativ große Behörden, die bei der Unterbringung gerade in der Stadt Magdeburg - ich habe es bereits gesagt - auf Schwierigkeiten stoßen.

Meine Damen und Herren! Für freigezogene Liegenschaften sind zur Sicherung, zur Werterhaltung sowie zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht in der Regel erhebliche Aufwendungen notwendig. Die möglichst zügige Anpassung des Flächenbestandes an den Bedarf durch Reduzierung des Flächenüberschusses ist daher aus wirtschaftlichen Gründen geboten. Eine Reduzierung des Flächenüberschusses durch Veräußerung ist dabei in der gegenwärtigen Marktsituation nur sehr schwer zu realisieren. Die erzielbaren Erlöse bewegen sich oft eher im symbolischen Bereich. Ein Verkauf zum Verkehrswert ist die Ausnahme. Bei einigen Liegenschaften stehen der Veräußerung zudem Ziele der Städtebauförderung entgegen.

Anmietungen werden daher nur vorgenommen, wenn der Raumbedarf nicht in landeseigenen Liegenschaften befriedigt werden kann. Die Anmietungen erfolgen derzeit nach einer Bestätigung durch die Limsa, dass geeignete landeseigene Liegenschaften nicht zur Verfügung stehen, - mit Ausnahme des Justizministeriums, der Staatskanzlei und des Finanzministeriums - noch durch die Ressorts. Sobald die Übernahme der Liegenschaften mit Nutzungsvereinbarungen erfolgt ist, werden

notwendige Anmietungen auch für die übrigen Ressorts direkt durch die Limsa vorgenommen.

Meine Damen und Herren! Die Entscheidung über die Unterbringung von Landesbehörden orientiert sich zunächst an der Verfügbarkeit und an der Wirtschaftlichkeit. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, sich auf eine reine Kostengegenüberstellung zu beschränken. Selbstverständlich sind beispielsweise städtebauliche Aspekte sowie die Entwicklungsziele der Städte in die Betrachtungsweise einzubeziehen.

Als Partner der Städte und Gemeinden ist es der Landesregierung ein Anliegen, die Entwicklung der landeseigenen Liegenschaften sowie die Unterbringung der eigenen Behörden wenn möglich in Übereinstimmung mit den Entwicklungszügen der Städte zu bringen. Wir betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, dass das Land hierbei kooperativ mit den Städten handelt und deren Entwicklungsziele berücksichtigt.

Dies war uns ein Anliegen zum Beispiel in Magdeburg. Ich erinnere an die Diskussion zum Justizzentrum gegenüber im Hauptpostgebäude am Breiten Weg. Dies war uns ein Anliegen in Stendal - nehmen Sie das dortige Justizzentrum - und dies ist uns auch aktuell ein wesentliches Anliegen bei den anstehenden Unterbringungsentscheidungen in der Stadt Halle.

Die Stadt Halle hat sich in ihrem im Jahr 2001 beschlossenen Stadtentwicklungskonzept auf einen Rückbau von außen nach innen festgelegt. Darauf wurden auch die Rückbaukonzepte der Stadt ausgerichtet. Es wurden Entwicklungskorridore erarbeitet, in denen die Stadtentwicklung Schwerpunkte setzt. Dabei ist es beschlossener Wille der Stadt, das A-Zentrum, die Altstadt, wie auch das B-Zentrum, Halle-Neustadt, mit überregionaler Bedeutung zu stärken. - Herr Köck, das ist eine selbstverständliche Grundlage für alle Entscheidungen, die auch vom Land berücksichtigt wird.

In diesen Korridoren werden die Entwicklungen gebündelt. Um diesen Prozess zu unterstützen, wurde die Revitalisierung des Zentrums in Halle-Neustadt sowie dessen infrastrukturelle Anbindung durch die Verlängerung der Straßenbahn vom Land mit mehreren Millionen Euro Fördermitteln gefördert. Dies ist auch wichtiger Bestandteil der Stadtumbaustrategie, die im Rahmen des Beitrags der Stadt Halle als Standort der Internationalen Bauausstellung „Stadtumbau 2010“ unter dem Thema „Balanceakt Doppelstadt“ präsentiert werden soll.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU - Minister Herr Dr. Daehre: Darauf sollten wir stolz sein!)

Um dieser Bedeutung Rechnung zu tragen, ist es unser Ziel, auch eine Nutzung der Scheibe C in der Neustädter Passage durch Landesbehörden sicherzustellen.

(Zustimmung von Herrn Bönisch, CDU, von Herrn Scheurell, CDU, und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Das war immer unser Ziel, das ist unser Ziel und das wird es auch bleiben.

(Minister Herr Dr. Daehre: Sehr gut gesagt!)

Herr Köck, was den Begriff „avisierten“ betrifft, kann ich Sie beruhigen. Das ist schon ein außerordentlich nachdrückliches Avisieren, das wir im Blick haben. Die Scheibe C wird in jedem Fall durch Landesbehörden genutzt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Das Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Bau und Verkehr sind vom

Kabinett beauftragt worden, die für die Verlagerung der Finanzämter in die Scheibe C in Halle-Neustadt notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Eine Nutzung der Scheibe C durch das Landesverwaltungsamt war nach sorgfältiger Prüfung und nach intensiven Gesprächen zwischen den zuständigen Ministerien aufgrund der baulichen Anforderungen, die der Dienstbetrieb bedingt, nicht möglich.

Sowohl durch die Sanierung der Liegenschaft in der Ernst-Kamieth-Straße für das Landesverwaltungsamt und die damit verbundene Aufwertung des Bahnhofsumfeldes als auch durch die Sanierung der Scheibe C werden erhebliche positive städtebauliche Impulse für die Stadt Halle entstehen.

Meine Damen und Herren! Ich will hier deutlich machen: Es ist in der Tat im Finanzministerium schon ein längerfristiges Projekt gewesen - Herr Köck hat es erwähnt -, dass die Scheibe C möglicherweise, bei entsprechender Eignung, für die Finanzämter genutzt wird. Das ändert aber nichts daran, dass selbstverständlich auch eine Prüfung der Unterbringung des Landesverwaltungsamts nötig war.

Es zeichnet sich ab - wenn ich noch einmal auf das „Aviseieren“ zu sprechen kommen darf -, dass eine Lösung Scheibe C für die Finanzämter und die Liegenschaft in der Ernst-Kamieth-Straße für das Landesverwaltungsamt und schließlich der Abriss des Komplexes Gimritzer Damm am Ende stehen wird. Dabei werden wirtschaftliche Gesichtspunkte, aber eben auch ganz wesentlich städtebauliche Gesichtspunkte berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Mit der Errichtung des Landesbetriebes „Liegenschafts- und Immobilienmanagement Sachsen-Anhalt“ wurden der Limsa neben der Grundstücksentwicklung und der Verwertung von Immobilien unter anderem auch die Aufgabe der Bedarfsplanung und der Behördenunterbringung sowie das Standortmanagement übertragen. Die Limsa hat das operative Geschäft am 1. Januar 2005 aufgenommen und ist seitdem damit beschäftigt, die aktuellen Unterbringungsprobleme zu koordinieren.

Wir sind zuversichtlich, dass diese ressortübergreifende Betrachtung von Unterbringungs- und Liegenschaftsfragen künftig zu einer deutlichen Verbesserung der sachlichen Entscheidungsgrundlagen beitragen wird. Das gilt insbesondere für Fälle wie die Stadt Halle. In der Tat ist es eine große Aufgabe für die Stadt und das Land, in den nächsten Jahren für eine Revitalisierung der Innenstadt zu sorgen, damit Halle den wunderbaren Immobilienbestand, den die Stadt ja tatsächlich hat, auch in der Zukunft vernünftig nutzen kann.

Das sind schwierige Aufgaben, die eine intensive Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien und der Limsa erfordern. Ich glaube, dass wir für diese Aufgaben gut gerüstet sind. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Minister, es gibt einige Nachfragen. Sind Sie bereit, diese zu beantworten?

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Ja.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Dann würden das Nachfragen von Herrn Felke, von Frau Dr. Klein und von Herrn Rothe sein. Herr Felke, bitte sehr.

Herr Felke (SPD):

Herr Minister Paqué, so ganz konkret ist das leider nicht, was Sie uns gerade erzählt haben; deswegen doch noch einmal eine konkrete Nachfrage. Sie haben ins Spiel gebracht, dass die Scheibe C künftig durch die Finanzämter genutzt werden könnte. Über welche Zeiträume reden wir? Wann konkret kann dieser Umzug veranstaltet werden? Wie soll das finanziert werden, was dazu an Aufwendungen notwendig ist, also konkret für die Sanierung der Scheibe C und, soweit ich gehört habe, auch für den Abriss der Gebäude am Gimritzer Damm?

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Herr Felke, das wird zu gegebener Zeit geprüft; aber ich sage ganz deutlich, auch als Finanzminister, der für die Finanzämter zuständig ist: Wir werden das ohne schuldhaftes Verzögern machen; denn die Verhältnisse für die Mitarbeiter in den Gebäuden am Gimritzer Damm müssen sich schnellstmöglich verbessern. Das würde bedeuten, dass wir den Umzug in die Scheibe C schnellstmöglich vorbereiten, vorausgesetzt, die Planungen erweisen sich als so durchführbar, wie wir sie im Moment avisieren.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Klein, bitte.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Herr Minister, es geht noch einmal um die Scheibe C, weil Sie sagten, dass das schon in der langfristigen Planung sei. Ich habe hier die „Mitteldeutsche Zeitung“ vom 17. Dezember 2005. Darin werden Sie nach einer möglichen Unterbringung der Finanzämter in der Scheibe C gefragt. Ich gebe Ihnen völlig Recht, dass die Zustände dort dringend zu ändern sind. Sie antworten auf die Frage, das müsse im Rahmen eines Gesamtkonzepts geklärt werden.

(Minister Herr Dr. Daehre: Ja, richtig!)

Gibt es jetzt ein Gesamtkonzept oder ist es nun das, was jetzt sehr vage angedeutet wurde?

(Minister Herr Dr. Daehre: Ach, vage!)

Die andere Frage ist dann natürlich: Die 13,2 Millionen € bleiben trotzdem im Raum stehen. Die brauchen wir ja trotzdem für die Sanierung. Oder wird eine abgespeckte Variante realisiert?

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Frau Dr. Klein, was Sie zitieren, ist vollkommen richtig. Ich war am 16. Dezember 2005 bei den Finanzämtern. Herr Bönisch war auch da. Wir haben über dieses Thema gesprochen.

Zum damaligen Zeitpunkt waren wir bei der Prüfung der Frage, inwieweit eine Bündelung des Landesverwaltungsamtes in der Scheibe C als Alternative infrage kam. Diese Alternative musste geprüft werden. Sie war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht abschließend geprüft. Inzwischen ist sie abschließend geprüft worden. Insofern

ist die Entscheidung gefallen: Das Landesverwaltungamt in die Ernst-Kamieth-Straße, die Finanzämter in die Scheibe C - wobei der Umzug in die Scheibe C noch vorbereitet werden muss; dabei sind wir noch nicht so weit wie bei der Liegenschaft in der Ernst-Kamieth-Straße - und die Liegenschaft am Gimritzer Damm wird wahrscheinlich abgerissen werden.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Rothe, bitte.

Herr Rothe (SPD):

Herr Minister, Sie haben ausführlich dargelegt, dass bei der Unterbringung von Landesbehörden die Priorität bei landeseigenen Liegenschaften liege, und Sie haben auch auf die Bedeutung der städtebaulichen Absichten hingewiesen. Beides spricht für die Scheibe C. Dann kam für mich überraschend die Wendung, dass die Eigenarten des Dienstbetriebes im Landesverwaltungamt eine Unterbringung in der Scheibe C unmöglich machen.

Nun hatte ich das Privileg, sowohl bei der Bezirksregierung Halle als auch beim Regierungspräsidium Halle zu arbeiten - das sind die Vorgängerbehörden des Landesverwaltungsamtes -, und würde sie gern fragen: Welche Eigenarten des Dienstbetriebes machen denn eine Unterbringung in der Scheibe C unmöglich, wenn man vielleicht von dem Repräsentationsbedürfnis der oberen Kommunalaufsichtsbehörde absieht?

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP - Herr Bönisch, CDU, lacht)

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Herr Rothe, ich will eine grundsätzliche Bemerkung vorwegschicken. Es gehört nicht zu den Zielen dieser Landesregierung, Beamten dieses Landes irgendein Repräsentationsbedürfnis zu befriedigen.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU, und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Das will ich einmal ganz deutlich und klar feststellen.

(Zustimmung bei der FDP)

Das gehört nicht zu den Zielen der Landesregierung. Das ist für die Entscheidung völlig irrelevant. Relevant ist der Bedarf hinsichtlich der Raumstruktur. Herr Rothe, ich würde Ihnen empfehlen, die Details bei Gelegenheit mit dem Kollegen Innenminister zu besprechen.

Es geht hierbei unter anderem um größere Versammlungsräume. Diese sind nötig, weil im Landesverwaltungamt regelmäßig größere Konferenzen stattfinden, an denen auch außenstehende Gäste teilnehmen. Insofern sind größere Räume erforderlich, was bei den Finanzämtern typischerweise nicht der Fall ist. Finanzämter haben in der Tat einen anderen Bedarf. Das ist einer der zentralen Punkte gewesen. Die technisch-baulichen Voraussetzungen waren bei der Scheibe C insofern nicht gegeben.

Ich möchte aber als Antwort auf Ihre Frage, Herr Rothe, noch eine Bemerkung machen. Es ging nie um die Frage der Nutzung oder Nichtnutzung der Scheibe C. Es war immer das Ziel der Landesregierung, die Schreibe C zu nutzen.

Ich stimme an dieser Stelle mit dem, was Herr Köck gesagt hat, völlig überein: Die Scheibe C ist städtebaulich von großer Bedeutung für die Wiederbelebung von Halle-Neustadt. Insofern war klar, dass irgendeine Behörde dort hineingehen wird. Es war eben nur zu klären, welche Behörde sinnvollerweise dort hineingeht. Das hat mit Repräsentationsbedürfnis überhaupt nichts zu tun. Es hat etwas mit der Verfügbarkeit von funktional angemessenen Räumen und mit Kosten zu tun.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Ich eröffne die Debatte. Als erster Debattenredner wird Herr Tullner für die CDU-Fraktion sprechen.

Doch zunächst haben wir die Freude, Damen und Herren vom SPD-Ortsverein Elbe-Saale zu begrüßen. Seien Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Des Weiteren begrüßen wir Seniorinnen und Senioren der Volkssolidarität der Gruppe 18 in der Stadt Burg. Seien auch Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Tullner, Sie haben das Wort.

Herr Tullner (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Köck und Herr Kollege Felke, ich habe Verständnis dafür, dass Sie dieses Thema, das die Diskussion in der letzten Woche beherrscht hat, auch für Ihre Wahlkreisaktivitäten nutzen wollen. Sie haben ja in diesem Bereich Ihre Wahlkreise.

(Frau Fischer, Naumburg, SPD: Das ist mehr als Wahlkampf!)

Aber ich muss Ihnen eines sagen: Ich hatte in der Diskussion ein bisschen den Eindruck, dass Sie enttäuscht sind. Eigentlich gibt es nicht mehr viel zu meckern, weil die Dinge geklärt sind.

(Zustimmung von Herrn Scharf, CDU, und von Herrn Scheurell, CDU - Minister Herr Dr. Daehre: Das ist wohl wahr!)

Aber gut, das müssen wir an dieser Stelle einfach zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Als ich den Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion gelesen habe, habe ich erst einmal etwas gelächelt und dann relativ schnell festgestellt, dass er offenbar ziemlich hastig zusammengeschrieben wurde, weil er in sich überhaupt nicht stimmig ist. Man redet von der Konzentration von Landesbehörden und von dem Vorrang der Nachnutzung von Landesliegenschaften vor der Nutzung von Mietobjekten.

Des Weiteren redet man davon, dass die Ansiedlung von Landesbehörden optimal für die Stadtentwicklung sei. Ich meine, wir haben auch Landesbehörden im ländlichen Raum. Der Begriff Stadtentwicklung passt offenbar nicht so ganz. Dann geht es grundsätzlich und insbesondere um die Limsa. Die große Linie in dem Antrag ist mir nicht so ganz eingängig gewesen.

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS: Das muss es auch nicht!)

Aber sei es, wie es sei. Die Konzentration von Landesbehörden ist ein Thema, das uns immer wieder umtreibt.

Nun will ich auf den Grundsatz der Nutzung von Eigen-
tum statt Miete zu sprechen kommen. Das ist ein hehrer
Grundsatz, dem wir in der großen Linie folgen sollten.
Aber wir sollten uns doch nicht zu fest daran binden. Ich
warne angesichts der organisationswissenschaftlichen
Konzepte davor; denn auch große Konzerne machen
von der Mietlösung Gebrauch. Ich verweise nur darauf,
was jetzt bei DaimlerChrysler in Stuttgart abgeht.

Wir müssen flexibel genug sein, auf die Anforderungen
der Verwaltungsreform und auf die Umnutzung reagieren
zu können. Da ist es eben manchmal günstiger,
Räume zu mieten, weil man sich nicht langfristig festlegen
kann, weil man nicht sagen kann, was in zehn Jahren
noch an Verwaltung vorhanden sein wird. Deswegen
ist der Grundsatz vom Ansatz her richtig. Aber wir
sollten ihn nicht wie eine Monstranz vor uns hertragen
und nur danach handeln.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Das Kabinett des Landes Hessen hat zum Beispiel einen Grundsatzbeschluss gefasst, grundsätzlich nicht mehr neu zu bauen, sondern nur noch zu mieten, weil man dadurch flexibler auf bestimmte Anforderungen reagieren kann. Auch das sollten wir uns einmal angucken.

(Zurufe von der SPD)

- Lieber Herr Kollege Felke, Sie haben gleich noch die Gelegenheit, näher darauf einzugehen.

Eines möchte ich noch sagen: Die Stadtentwicklung in Halle ist ein schönes Thema. Ich verstehe aber überhaupt nicht, Herr Köck, was Sie umtreibt. Die Oberbürgermeisterin hat sich, soweit ich das gelesen habe, zwar nicht begeistert geäußert, aber doch zufrieden gezeigt, dass drei grundsätzliche Probleme angepackt werden, die seit Jahren bestehen: die Nutzung der Scheibe C, die Nutzung des Gebäudes in der Ernst-Kamieth-Straße und der Rückbau des ehemaligen Stasigebäudes am Gimritzer Damm.

Das sind genau die Dinge, die die Stadt immer geplant hat. Das wird jetzt umgesetzt. Nun fangen Sie an, unter fadenscheinigen Vorwänden daran herumzukritisieren. Ich sehe aber auch in der Stadt Halle keine Mehrheit für eine solche Politik und für solche Politikansätze, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die andere Seite der Medaille ist - das muss ich auch einmal sagen -, dass wir darauf achten müssen - Sie haben den Stadtrat und die Oberbürgermeisterin von Halle ins Spiel gebracht -, dass ein paar Probleme in Halle von der Oberbürgermeisterin auch selber gelöst werden. Man kann nicht immer nur verwalten und nach dem Land schielen, sondern man muss auch ein bisschen gestalten. Dazu vermisste ich gelegentlich aus der Stadtverwaltung in Halle ein paar Ansätze. Aber diese Diskussion werden wir, so glaube ich, im zweiten Halbjahr etwas intensiver führen.

Zur Limsa. Wir haben diesen Landesbetrieb gegründet. Wir wissen, dass dort noch nicht alles optimal läuft. Aber der Ansatz, das Immobilienvermögen so zu organisieren, ist richtig. Ich vermag auch keine größere Kommune in diesem Land zu erkennen, die diesen Weg nicht auch gegangen ist.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS)

Natürlich muss man immer schauen, wie es in Einzelfragen aussieht. Aber das Konzept der Limsa nun wieder über eine sehr brüchige Geschichte in das Plenum holen zu wollen, halte ich auch nicht für sehr sinnvoll.

Dann noch ein letzter Punkt. Finanzpolitik ist wirklich spannend. Ich habe es vier Jahre lang mitgemacht. Das hat viel Spaß gemacht und auch viel Zeit gekostet. Aber wir sollten uns bei allen berechtigten Fragestellungen zu Verpflichtungsermächtigungen und zur Immobiliennutzung darauf verständigen, dass das nicht die Kernfragen der Finanzpolitik in diesem Land sind und dass wir nicht jedes Immobilienprojekt, bei dem es irgendetwas gibt, zur Grundsatzfrage und zum Skandal hochstilisieren sollten. Es gibt ganz andere Probleme, die die Finanzpolitiker beleuchten sollten.

(Zustimmung bei der FDP und von Minister Herrn Jeziorsky)

Wenn wir das alles richtig eingeordnet haben, dann kann man auch gelegentlich über eine Immobilie reden. Aber man sollte es nicht ständig und nicht in dieser Penetranz machen, wie Sie das hier zum Teil tun. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Felke, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort.

(Herr Dr. Köck, Linkspartei.PDS: Ich habe noch eine Frage!)

- Entschuldigung. - Herr Tullner, würden Sie noch eine Frage beantworten? - Bitte schön.

Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):

Herr Tullner, wieso wurde im Doppelhaushalt als Sitz für die Finanzbehörden das Gebäude am Gimritzer Damm vorgesehen, obwohl eine VE nicht festgelegt werden konnte, weil Sie die Höhe der Sanierungskosten noch nicht beziffern konnten? - Das steht nämlich im Kleingedruckten.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Das heißt, am Jahresende 2004 war vom Umzug der Finanzämter in die Scheibe C noch keine Rede. Aber die grünen Netze, die vor herabfallenden Betonteilen schützen sollen, waren schon dran.

Herr Tullner (CDU):

Herr Köck, ich habe jetzt Schwierigkeiten, in Ihrer Anmerkung eine Frage zu erkennen. Ich will aber eines sagen: Wir brauchen uns alle nicht gegenseitig die Taschen voll zu lügen. Wir wissen genau, dass das Immobilienproblem in Halle gelöst werden muss. Das ist eben nicht so einfach, dass man sagen kann: Behörde A geht dahin und Behörde B dorthin. Das muss alles sorgfältig geprüft werden.

Nun haben wir eine Lösung hinbekommen, mit der sozusagen fast alle Probleme, die im Moment auf der Agenda ganz oben stehen, gelöst werden. Die Oberbürgermeisterin äußert sich zufrieden. Nun verstehe ich überhaupt nicht, wo eigentlich Ihr Problem liegt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Felke, bitte sehr.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! - Ich nehme gern das neue Glas. Danke.

(Herr Felke, SPD, trinkt - Heiterkeit bei allen Fraktionen)

In den zurückliegenden Wochen haben wir beim Streit um den Sitz des Landesverwaltungsamtes an einer besonderen Erfolgsgeschichte schwarz-gelber Regierungsarbeit teilhaben dürfen.

(Zustimmung bei der CDU)

Bei künftigen Eiskunstlaufwettbewerben - bitte klatschen Sie aufseiten der Koalition nicht zu früh - wird wohl vom doppelten oder vom dreifachen „Paqué“ als einem neuen Sprungelement die Rede sein.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Spannend finde ich es im Übrigen auch, Herr Professor Paqué, wie Sie diese Drehungen und Wendungen den Mitarbeitern Ihres Hauses erläutern. Aber wenn man sowieso auf Abschiedstour ist, ficht einen das wahrscheinlich nicht mehr an.

(Zustimmung bei der SPD - Oh! bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Bis vor wenigen Tagen noch bin ich davon ausgegangen, dass der immobilienwirtschaftliche Sachverständige der Landesregierung im Finanzministerium bzw. bei der Limsa konzentriert ist. Das ist offensichtlich ein Irrtum. Das Innen- und das Bauamt geben beim Umgang mit Landesimmobilien die Richtung vor.

Die Argumente, die beide Ministerien ins Feld führen, sollte man sich aber schon etwas näher ansehen. Beim MI heißt es, dass mit der Scheibe C die besonderen Objekt- und Standortmerkmale nicht hinreichend berücksichtigt seien. Zu gut Deutsch heißt das wohl, die Scheibe C ist nicht repräsentativ genug - wobei sich trefflich über die Repräsentationsaufgaben eines Landesverwaltungsamtes streiten ließe.

Der Versuch des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes, sich jetzt als Freund der Neustadt darzustellen und zu behaupten, es gebe keine Ressentiments gegen diesen Standort, kommt allzu vordergründig daher. Die Bewohner haben da schon eine feine Antenne, können zwischen den Zeilen lesen und erkennen, wenn sich da jemand im Nachgang einschleimen will.

Heftig ist auch ein zweites Argument des MI gegen die Scheibe. Die Zahl der Fahrstühle sei mit zwei zu gering. - In jeder der Hochhausscheiben befinden sich vier Fahrstühle, von denen drei auf jeder zweiten Etage und einer auf jeder Etage halten.

Interessant sind auch die Gegenargumente des MBV. Irritationen bei der DB AG könnten ausgelöst werden, wenn die Kamieth-Straße nicht berücksichtigt würde, und erhebliche Auswirkungen auf das Gesamtgefüge der Beziehungen zur Bahn wären zu erwarten, heißt es.

Abgesehen davon, dass Vereinbarungen wie die Verkehrsverträge getroffen wurden, um sie einzuhalten, und

sie für den Fall der Nichteinhaltung Vertragsstrafen vorsehen, halte ich es für bedenklich, wenn wie auch immer geartete Kompensationsgeschäfte Standortentscheidungen vorprägen. Dies würde zwangsläufig zu einer völlig neuen Bewertung des gesamten Landesimmobilienbestandes führen.

Meine Damen und Herren! Nachdem der Finanzminister nun seit Dienstag einzusehen hat, dass er die Kamieth-Straße richtig finden muss, bringt er Argumente ähnlichen Kalibers wie zum Beispiel: Die Scheibe C müsse umfangreich umgebaut werden. - Das ist nicht wirklich neu.

Dann heißt es, das Landesverwaltungsamt benötige auch einige Konferenzräume. Das hätte zur Folge, dass zum Teil tragende Wände abgerissen werden müssten, was zu statischen Problemen und kuriosen architektonischen Lösungen geführt hätte.

Abgesehen davon, dass diese Räume sicherlich auch ansprechend im obersten Geschoss geschaffen werden könnten und auch ein Anbau im Erdgeschoss bzw. der Umbau eines angrenzenden ehemaligen Supermarktes dafür infrage kommt, kann man sich von den so genannten kuriosen architektonischen Lösungen in ca. 80 m Entfernung von der Scheibe C informieren; in der Scheibe D nämlich, die ein Privatinvestor vor mehr als zehn Jahren hergerichtet hat und die heute ein vollständig vermietetes Bürohochhaus ist.

Meine Damen und Herren! Die Stadt Halle hat signalisiert, dass sie mit der jetzt gefundenen Lösung leben kann, wenn die Scheibe C einer Nutzung zugeführt wird - ausdrücklich mit dieser Betonung.

Ein Umzug der Finanzämter vom Gimritzer Damm in die Scheibe C wird avisiert, heißt es in der Pressemitteilung der Staatskanzlei. Ich halte dies für ein reines Lippenbekennen, mit dem man sich offensichtlich über den Wahltag helfen will. Belastbare Aussagen dazu, wie eine derartige Variante finanziert und wann sie realisiert werden soll, fehlen völlig. Dies ist vorhin durch den Finanzminister noch einmal so bestätigt worden.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit ohnehin noch einmal den Finanzausschuss beschäftigen muss. Daher erwarten wir, dass Wirtschaftlichkeitsvergleiche der einzelnen Varianten vorgelegt werden und dass nach diesen entschieden wird. Eine effiziente Nutzung der Landesliegenschaften durch Landesbehörden bedeutet für uns die Entscheidung für die wirtschaftlich und städtebaulich beste Lösung. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Felke. - Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie werden mir erlauben, dass ich mich nicht an der Hallenser Stadtratsdebatte beteilige, die wir hier gerade gehört haben, sondern dass ich einfach einige Worte zu dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS sage.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Minister Herr Dr. Daehre: Ja!)

Wir werden den Antrag ablehnen, und zwar deshalb, weil ich ein Präjudiz für die eine wie die andere Variante bei Landesliegenschaften ablehne. Ich bin sowohl dagegen, dass man sagt, es muss immer eine Landesliegenschaft sein, in die Landesbehörden ziehen, als auch gegen die Position, es muss immer angemietet sein. Nein, ich erwarte schlicht und ergreifend, dass die Verwaltung und die Landesregierung prüfen, welche Variante die effizienteste ist; denn darauf haben unsere Bürger einen Anspruch.

(Zustimmung bei der FDP - Zuruf von der Linkspartei.PDS: Eben!)

Jetzt sagt der eine oder andere, es sei immer die Landesliegenschaft. Das ist bei Weitem nicht so. Früher mag das so gewesen sein. Da hat der Kaiser eine Kaserne gebaut; die hat er so lange genutzt, wie die Soldaten da waren; das war nach seiner Vorstellung meistens sehr lange. Auch wir suggerieren uns hin und wieder noch, dass sich eine Verwaltungsbehörde wie beispielsweise ein Finanzamt, das an einer bestimmten Stelle seinen Sitz hat, auch in 50, 60 oder 100 Jahren noch dort befinden wird. Wenn wir einmal ehrlich zu uns sind, auf die letzten Jahre zurücksehen und die atemberaubende Veränderung in unserer Verwaltungsstruktur und auch bei den Verwaltungssitzen betrachten, dann wissen wir alle, dass es heute so einfach nicht mehr ist.

Der Finanzausschuss bewilligt inzwischen nur noch Mietverträge über zehn Jahre genau aus dem Grund, dass wir sagen: Wir müssen den Zeitraum, den wir bewilligen, im Auge behalten und bewerten können. Vor diesem Hintergrund sage ich ganz klar: Wir lehnen dies ab. Wir müssen immer prüfen, was die effizienteste Form ist.

Meine Damen und Herren! Dabei bin ich natürlich auch gern bereit zuzugestehen, dass hierbei der eine oder andere städtebauliche Aspekt zu beachten ist. Das haben wir hier in Magdeburg mit dem Justizzentrum getan. Das kann man - das sage ich als Magdeburger - von mir aus auch in Halle tun.

(Herr Tullner, CDU: Na, na!)

Das geht aber nicht um jeden Preis. Die Effizienz und die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung müssen der erste Punkt sein, den wir prüfen. Wenn ich dann zu einigermaßen gleichen Preisen auch noch städtebauliche Aspekte berücksichtigen kann, dann soll man dies tun. Vor diesem Hintergrund muss man aus unserer Sicht den Antrag bewerten. Deshalb werden wir ihn ablehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Dr. Hüskens. - Die Antragstellerin hat die Möglichkeit, darauf zu erwidern. Frau Dr. Klein, bitte sehr.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Herr Tullner, den Skandal um die Immobilien haben nicht wir thematisiert, den haben zwei Minister verursacht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Ansonsten wäre zumindest ich immer von dem Beschluss des Finanzausschusses ausgegangen, den wir im Jahr 2004 zum Doppelhaushalt 2005/2006 gefasst haben. Da steht nämlich etwas von der Kamieth-Straße

drin. Darauf komme ich noch; denn es geht uns in diesem Zusammenhang unter anderem auch um die Arbeit der Limsa.

Die Landesregierung hat die Limsa zum 1. Januar 2004 mit viel Elan aus der Taufe gehoben und hoffte, nun werde es mit den Landesimmobilien schon seinen Gang gehen. Aber auch zwei Jahre nach der Gründung geht es mit der Limsa eben nicht seinen Gang; sie gehört vielmehr zu den vielen Baustellen, die die gegenwärtige Regierung ihren Nachfolgern hinterlassen wird.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD - Minister Herr Dr. Daehre: Dazu ist der Beifall aber zaghaft ausgefallen! - Herr Tullner, CDU: Fortsetzen!)

- Manche müssen doch für die Koalition schon üben und ein wenig verhalten sein.

(Frau Budde, SPD, lacht)

Die Aufgaben des Landesbetriebes sind eigentlich klar umrissen: Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte für Zwecke des Bundeslandes Sachsen-Anhalt nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln, zu verwerten und dabei auch die baupolitischen Ziele des Landes zu beachten - so steht es in der einschlägigen Rechtsordnung.

Es wurde damit zumindest bei den Kommunen, auf deren Territorien sich Landesimmobilien befinden - im ländlichen Raum und in den Städten -, die Hoffnung geweckt, dass diese künftig genutzt, bewirtschaftet und notfalls auch gewinnbringend veräußert werden. Es wurde vielleicht auch ein wenig Hoffnung bei den Landesbehörden dahin gehend geweckt, dass das Bäumchen-wechsel-dich-Spiel endlich aufhört und die Behörden einmal über einen längeren Zeitraum sesshaft werden. Wenn man sich die Umzüge der Behörden in den letzten Jahren einmal anschaut, stellt man fest: Das ist ja immer wieder sagenhaft. In jüngster Zeit haben erst die Staatskanzlei und das Justizministerium den Standort gewechselt - nur so viel zum Repräsentationsverständnis der Landesregierung; es hat auch Geld gekostet.

(Herr Tullner, CDU: Das ist aber jetzt ganz billig!)

Wir haben auch genug Immobilien. Es ist interessant, auf der Internetseite der Limsa wird ein Immobilienbestand von 3 400 Gebäuden und 3 300 Liegenschaften aufgezeigt. Der „MZ“ wurden andere Zahlen genannt. Darüber will ich mich aber nicht streiten. Mich verwundert das nur; denn angeblich hat doch die Limsa noch gar nicht alle Immobilien übernommen, weil noch nicht alle Ministerien in den Bereich der Limsa aufgenommen worden sind.

Wie gesagt, generell könnte man über das Gezeter zwischen zwei Ministern in den vergangenen zwei Wochen nur müde lächeln, wenn es hierbei nicht auch um das Vermögen des Landes ginge.

Auf der einen Seite verschleudert die Limsa Grundstücke fast zum Nulltarif - erinnert sei nur an den Verkauf des Grundstückes des DDR-Rundfunks in der Nalepastraße in Berlin für 350 000 € -, auf der anderen Seite verfallen Gebäude vor sich hin, aber mithilfe der Limsa werden eifrig neue Gebäude angemietet.

Da hatten wir den Umzug des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation in das City-Carré. Landesliegenschaften wurden freigezogen. Dann kam die Anmie-

tung des alten Postgebäudes, ein PPP-Modell, für das Justizzentrum Magdeburg. Wiederrum stehen die Magdeburger auf der Treppe: Es sind genügend eigene Immobilien vorhanden.

(Zurufe von Frau Dr. Hüskens, FDP, und von Herrn Kosmehl, FDP)

Wir haben uns das alles gut angesehen.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Herr Kosmehl, lassen Sie mich doch einmal ausreden. Sie können sich dann gern melden, wenn Sie wollen.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Zum Problem Ernst-Kamieth-Straße. Ich habe es vorhin schon gesagt: Nach sehr langen Diskussionen im Rahmen der Beratungen über den Doppelhaushalt 2005/2006 wurde die Entscheidung des Innenministeriums für einen Mietvertrag mit der Deutschen Bahn AG für das Gebäude in der Ernst-Kamieth-Straße in Halle durch die Koalitionsfraktionen abgenickt.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Ich stimme nur zu!)

- Sie stimmen zu. - Wir haben insbesondere im Zusammenhang mit der Ernst-Kamieth-Straße über das Problem der Zehnjahresmietverträge sehr ausführlich diskutiert.

(Herr Tullner, CDU: Genau!)

Eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung wurde im Haushaltssplan ausgebracht.

Spätestens seit dem Streit über die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Landesamt für Vermessung und Geoinformation hätten eigentlich alle wissen können, dass der Finanzminister nicht ganz so schnell ist, wenn es um die Unvorhersehbarkeit von Maßnahmen geht. Deswegen muss Ihnen scheinbar ein ganzes Jahr nicht bewusst gewesen sein - -

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Wenn wir im November, Dezember 2004 beschließen, dass die Ernst-Kamieth-Straße angemietet wird, und im Dezember 2005 kommt auf einmal das Signal, nein, jetzt gehen wir in die Scheibe C - ich nehme jetzt nur einmal dieses Problem -, dann muss man sich schon wundern, Herr Kosmehl.

(Herr Scharf, CDU: VE's sind Ermächtigungen, nicht Verpflichtungen!)

- Verpflichtungsermächtigungen.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Dahinter muss doch aber ein Konzept stehen!)

- Dahinter muss natürlich auch ein Konzept stehen.

(Herr Scharf, CDU: Dahinter müssen Überlegungen stehen!)

Die spannende Frage ist jetzt für uns: Soll über die neue überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung, die der Finanzminister angekündigt hat, wieder am Parlament vorbei entschieden werden? Oder wird der Finanzausschuss möglichst schnell noch informiert? Das erwarten wir zumindest.

(Herr Scharf, CDU: Hier passiert nichts am Parlament vorbei! Machen Sie sich keine Sorgen!)

- Herr Kosmehl, FDP: Also! - Unruhe)

Wir haben am Donnerstag die letzte Sitzung des Finanzausschusses.

(Herr Tullner, CDU: Die vorletzte! - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Für diese Sitzung steht die Tagesordnung fest.

(Zurufe von Frau Dr. Hüskens, FDP, und von Herrn Kosmehl, FDP - Unruhe)

Ich habe bisher noch keine Anfrage des Finanzministers.

(Herr Kosmehl, FDP: Oh! - Zurufe von der CDU - Unruhe)

Wir werden uns mit diesem Thema auf jeden Fall im Rahmen der Selbstbefassung noch einmal auseinander setzen. Es ist schon ganz schön heftig, wenn wir kurz vor dem Ende der Wahlperiode Entscheidungen in solchen Dimensionen - -

(Herr Scharf, CDU: Die Legislaturperiode des Landtags ist erst mit der Konstituierung des neuen Landtags zu Ende! - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP - Unruhe)

- Trotzdem ist auch das Ende April. Das ist schon eine kurze Frist. Wir treffen hier eine Entscheidung für die kommende Regierung, die vielleicht ein Landesverwaltungsamt gar nicht mehr braucht.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Oh! bei der CDU und bei der FDP - Unruhe)

Sie hat dann die Sanierung der Scheibe C in Halle auf dem Tisch und muss auch noch die beiden Finanzämter in Halle in ordentlichen Gebäuden unterbringen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dr. Klein. - Damit ist die Debatte beendet. Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/2618 ein. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt worden und wir verlassen den Tagesordnungspunkt 19.

Das war der letzte Tagesordnungspunkt, den ich mit Ihnen in der vierten Wahlperiode verhandelt habe. Ich danke Ihnen für die faire Zusammenarbeit.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Vizepräsidentin Dr. Paschke, für Ihre stets faire und hervorragende Leitung des Präsidiums. Ich werde nachher noch einige Worte des Dankes finden.

Meine Damen und Herren! Der Geist weht, wie er will. Und das ist gut so. Manche Debatte dauert eben länger, als im Ältestenrat vorgesehen und geplant. Wir sind gewaltig im Verzug, wie Sie sicherlich feststellen können.

Um 14 Uhr beginnt im Restaurant des Landtages die Veranstaltung „Jugendliche debattieren mit Spitzenkandidaten“ mit 160 Schülern. Ich habe schon mit den Medienanstalten gesprochen. Es gibt ein riesiges Medieninteresse von Kanal Sachsen-Anhalt, Phoenix, MDR usw.

Es sind viele Fernsehanstalten vertreten. Teilweise wird live übertragen. Sie können die Zeiten nicht verschieben. Um 14 Uhr muss also begonnen werden.

Deshalb würde ich die Spitzenkandidaten, die gefordert sind, zuallererst bitten - meine Begrüßung lasse ich einmal weg -, sich um 14 Uhr dort einzufinden. Ich glaube, die letzten Tagesordnungspunkte wollen wir nicht kürzen. Aber wir wollen diese Veranstaltung auch nicht torpedieren. Insofern sollten wir die Spitzenkandidaten entlassen, damit sie an dieser Diskussion teilnehmen können.

Wir setzen die Debatte mit dem **Tagesordnungspunkt 21** fort:

Beratung

Keine Ausbaumaßnahmen an der Elbe

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2620**

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2631**

Einbringer für die Linkspartei.PDS ist der Abgeordnete Herr Czeke. Bitte sehr, Herr Czeke, Sie haben das Wort.

Herr Czeke (Linkspartei.PDS):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank auch für die Ankündigung des Präsidenten, Ihnen Mut zuzusprechen, dass die Behandlung des einen oder anderen Antrags ein wenig länger dauert.

Ich bekenne, ich komme aus einem Wahlkreis, der ebenfalls an der Elbe liegt. Ich sage das, damit wir die Diskussion von eben in diese Richtung fortsetzen können.

(Heiterkeit)

Wasser ist Leben. Welche lebendige Kraft gerade die Elbe und ihre Nebenflüsse entwickeln können, wurde uns Menschen im Jahr 2002 überdeutlich gezeigt.

Es gibt zwei Gründe, unseren Antrag hier und heute vorzulegen. Der erste Grund ist folgender: Tschechien plant die Errichtung von zwei Stauwerken auf seinem Territorium. Man hat der Bundesrepublik Deutschland Unterlagen für die Prüfung, auch der Umweltverträglichkeit zugeleitet. Sie sollen in diesem Jahr bearbeitet werden. Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund: Es gibt eine sehr interessante Studie des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, einem - das muss ich betonen - unabhängigen Institut. Diese wurde erst vor Kurzem vorgestellt. Sie wurde durch die Umweltorganisationen BUND, WWF und Deutsche Umwelthilfe in Auftrag gegeben. Insbesondere in dieser Studie des PIK - so die Kurzbezeichnung des Instituts - wird an der Aussagekraft der Studie der Bundesanstalt für Gewässerkunde gezweifelt. Das ist schon bemerkenswert.

Der Ministerpräsident sagte vorhin, er hat sich einmal ein altes Schreiben aufgehoben; wer weiß, wofür man es im Leben noch einmal braucht.

Der Umweltausschuss dieses Landtages hat eine Bereisung der Elbe vorgenommen. Die erste Station war der Sächsische Landtag in Dresden. Dort wurde uns eine

sehr interessante Folie vorgestellt, die sich mit den internationalen Verpflichtungen an und auf der Elbe befasst. Auch diese habe ich mir aufgehoben, noch nicht wissend, wofür ich sie einmal benötigen werde.

Die Elbe ist zumindest nach dieser Folie das erste Mal durch die Wiener Kongressakte am 9. Juni 1815 geregelt worden. Hierin ist der Ausgangspunkt für ein europäisches Flussschifffahrtsrecht zu sehen. Im Jahr 1821 wurde die Elbschifffahrtsakte aufgelegt. Es gab die Gründung der Internationalen Elbkommission mit Sitz in Dresden und es gibt die uneingeschränkte Schifffahrt freiheit für die Uferstaaten seit diesem Zeitpunkt.

Der Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 legt fest, dass die Elbe eine internationale Wasserstraße ist - mit einer neuen Elbschifffahrtsakte vom 22. März 1922 und der Freiheit der Schifffahrt für alle Nationen.

Jetzt kommt das Kuriosum: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat keine Seite die Wiederanwendung der Elbschifffahrtsakte verlangt. Daher gibt es heute völkerrechtlich keine Regelung für ein internationales Regime, was in Geltung ist, sondern man spricht nur noch von einem Völkergewohnheitsrecht. Das bedeutet, dass die Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtung hat, gerade tschechischen Binnenschiffen das Befahren der Elbe bis zum Seehafen Hamburg zu gestatten. - So weit, so gut. Es gibt aber keine Garantien in Bezug auf Tauchtiefen und den Ausbauzustand der Elbe.

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Ich möchte nicht, dass wir uns nachher gegenseitig vorwerfen, wir würden hier ein ökologisches Feindbild an die Wand malen.

Das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung hat in seiner Arbeit die Pegelstände zwischen Dresden und Magdeburg während des letzten Jahrhunderts unter die Lupe genommen und kommt zu dem Schluss, dass in den letzten beiden Jahrzehnten eine zunehmende Häufigkeit von Niedrigwasserperioden zu verzeichnen ist. Sie gehen davon aus, dass gerade in den Jahren 1991/1992, aber auch 2003/2004 in vier bis sechs Monaten die 345 eisfreien Tage mit einer garantierten Fahrtrinnen-tiefe von 1,60 m in diesem Bereich nicht zu garantieren sind.

Das bedeutet, dass man hier von einer wirtschaftlichen Güterschifffahrt nicht mehr sprechen kann. Diese ist bei solchen Unterschreitungen nicht mehr möglich. Wir werden davon ausgehen müssen, dass sich diese Situation noch verschärfen wird.

Die Sommerniederschläge haben in den vergangenen drei Jahrzehnten im Vergleich zur untersuchten Periode in den Jahren 1951 bis 1980 stark abgenommen. Gleichzeitig stiegen aber die Jahresmitteltemperaturen während der vergangenen 50 Jahre um 1°C an. Dieser Anstieg der Temperaturen bedeutet aber gleichzeitig, dass sich auch in dem Bereich des Einzugsgebietes, im Stauraum, nämlich den Schneelagen, die Temperatur erhöht und mit weniger Schneefall zu rechnen ist, was ein wissenschaftlicher Beleg dafür ist, dass der Elbe und all ihren Zuflüssen weniger Wasser zur Verfügung steht.

Dieser Tatsache müssen wir ins Auge schauen. Das heißt, wenn diese Trends andauern, müssen wir mit häufigerem und extremem Niedrigwasser an der mittleren Elbe rechnen. Wir gehen davon aus, dass es sich hierbei um die Flusskilometer 120 bis 220 handelt. An-

gesichts dieser Tatsache ist ein weiterer Ausbau - ich betone: Ausbau - der Elbe völlig unsinnig.

Wir sind uns darüber einig, dass zur Garantie der Schiffbarkeit eine Unterhaltung notwendig ist. Die Elbe hat ein Kiesbett. Sie liegt also nicht auf einem Gebirgszug, sondern sie hat ein Kiesbett, was zu hohen Auswaschungen führt, die an anderen Stellen wieder angespült werden.

Der Mensch hat auch durch die Planfeststellung in den Jahren 1936/1937 einen Flussbereich definiert, der den heutigen Bedingungen - wir haben uns im Hohen Haus schon mehrfach fachlich darüber gestritten - nicht mehr angepasst ist. Ich erinnere daran, wir haben die europäische Wasserrahmenrichtlinie, die ein Verschlechterungsverbot festlegt, was bedeutet, dass die Gewässerqualität auch an der Elbe verbessert werden muss und dass Eingriffe des Menschen hier nicht - deswegen Verschlechterungsverbot - zu einer Verschlechterung führen dürfen.

Wir haben rechts und links ab der Uferlinie - das ist der Konflikt - die Landeshoheit im Umweltschutz. Wir haben das Biosphärenreservat, wir haben geschützte Flussauen von einem unschätzbaren Wert, die in Europa einmalig sind.

Das Potsdamer Institut kommt zu dem Schluss, wenn der Fluss - die Elbe neigt dazu, deswegen habe ich das Kiesbett erwähnt - zu einem tieferen Eingraben neigt, bedeutet das aus physikalischer Sicht, dass er zwar die gleiche Wassermenge führen kann, bedeutet auch, dass die Tauchtiefe noch nicht behindert ist, bedeutet aber, dass er sich tiefer in sein Flussbett eingräbt und damit die Auenlandschaften, die von hoher Schutzgüte sind, gefährdet sind.

Wenn das Wasser einfach fehlt, meine Damen und Herren, dann müssen wir die entsprechenden Konsequenzen ziehen und uns darauf einstellen. Das heißt, wir müssen uns darüber klar werden, ob ein ganzjähriger wirtschaftlicher Betrieb der Güterschifffahrt künftig überhaupt noch das gesteckte Ziel sein kann.

Wir sagen, dass es in dieser Situation ökologisch nicht vertretbar ist, den letzten noch frei fließenden Fluss in Deutschland zu verbauen und zugleich die ökologisch wertvollsten Auenlandschaften aufs Spiel zu setzen, um mit technischer Gewalt auf der Elbe eine Güterschifffahrt bestenfalls für einige Jahre zu sichern, wie sie aus unserer Sicht für die Elbe einfach nicht mehr tragbar sein wird und sein kann. Wir sind für die Binnenschifffahrt auf der Elbe.

(Oh! bei der CDU - Minister Herr Dr. Daehre: Donnerwetter!)

Wenn wir davon ausgehen, dass auch tschechische Schiffe in vergangenen Zeiten mehr Tonnage über die Elbe transportiert haben, als es jetzt der Fall ist, dann wollen wir - das ist in diesem Hohen Hause auch schon angesprochen worden -, dass die kleinen Partikuliere weiterhin ihr Auskommen haben, damit wir nicht auch hier in der Binnenschifffahrt das so genannte Ausflaggen beobachten, dass also nur noch das Euroschiß vorhanden ist.

In der „Schönebecker Volksstimme“ der letzten Tage durfte ich einen Beitrag nachlesen, in dem sich auch der Verein zur Hebung der Saaleschifffahrt äußert und Vergleiche zum Main heranzieht. Es funktioniert wahrlich nicht, wenn ich Main, Donau, Main-Donau-Kanal und

den Rhein mit unserem Bereich und der hier zur Verfügung stehenden Transportmenge vergleiche.

In dem Beitrag ist auch richtig gesagt worden, dass wir im Bereich Bernburg selbstverständlich Interessen hätten. Wir haben hier Firmen, die wohlklingend versprechen, die Transporte zum Beispiel von derzeit 120 000 t Zement auf rund 400 000 t zu steigern; das wären 20 000 Lkw weniger auf der Straße. Das ist ein Beitrag, den wir ohne Probleme unterstützen könnten. Als wir aber beantragt haben, dass diese Firmen nach europäischem Vorbild die Möglichkeit hätten, sich zu beteiligen, wurde dieser Antrag leider abgelehnt.

Wenn man damit andere Verkehrsträger unter Druck setzen will, funktioniert das Ganze nicht. Wenn darauf hingewiesen wird, dass die Schiene keine wirtschaftliche Alternative dazu darstellt, darf ich mich fragen, warum die Bundesrepublik Deutschland das Schienennetz erachtigt und in Größenordnungen freie Kapazitäten hat. Ich könnte mir vorstellen, dass man Zement per Ganzzügen durch die Bundesrepublik fährt und dass das ökologisch auch sinnvoll ist.

Ein Beispiel aus der jetzigen Zeit: ein Leuchtturm der Region, das Zellstoffwerk in Arneburg. Der Umweltausschuss besuchte die Einrichtung erst vor Kurzem. Anschließend war in der Zeitung nachzulesen: Auch beim Transport spielt der Umweltschutz eine wichtige Rolle. Jetzt kommt die Größenordnung - ich musste schon schmunzeln -: 20 % der An- und Ablieferung erfolgt per Schiff - wohlgemerkt Direktanrainer zur Elbe -, 30 % mit der Bahn und der Rest - steht hier wörtlich - per Lkw. Der Rest ist mathematisch 50 %, also die Hälfte per Lkw. Es ist aus deren Sicht nicht anders machbar.

Wenn man dann lapidar sagt, die Schiene habe keine Perspektive, muss ich sagen, hier ist uns auch schon einmal etwas anderes erklärt worden.

(Zuruf von Herrn Sachse, SPD)

Wir möchten einfach nicht, dass der Überhang der Ökonomie erfolgt; denn die Gesamtkonzeption Elbe sollte tatsächlich den Ausgleich zwischen den ökologischen Forderungen der Länder und dem Ökonomischen erreichen, dem, was die Bundesrepublik Deutschland für diese Bundeswasserstraße zu verantworten hat.

Bei der Bundeswasserstraße gibt es dann schon wieder das Problem, dass wir eine Verkehrsinfrastruktur über die Elbe und auch über die Saale vorhalten. Das angekündigte Problem des Niedrigwassers trifft dann auch einen Saaleseitenkanal, sofern er denn kommen soll.

Die Frage ist nur, woher kommt das Geld. Wir unterhalten uns über desolate Brücken und darüber, dass wir bis zum Jahr 2015 112 Millionen € bräuchten, um die Brücken an den Bundesstraßen zu sanieren. Wir wollen aber hier Gelder in Größenordnungen - man spricht immer von 80 Millionen € - in den Fluss versenken und meinen, damit Reserven erschlossen zu haben.

Wenn die Unternehmen nicht bereit sind, sich an dieser finanziellen Aktion zu beteiligen, können wir es nicht mittragen, weil die Ökologie dann in den Hintergrund rücken muss.

Wir sehen die Möglichkeit, zu forschen und eine Chance zu nutzen, um zu produzieren und letztendlich auch Arbeitsplätze zu schaffen, wenn wir uns dann noch einmal mit dem flacher gehenden Flussschiff beschäftigen.

Auch wenn es angeblich aus dem letzten Jahrhundert stammen soll - Expo-Projekt -, erwähne ich hierbei nur: Die Schubeinheiten, die der RGW im Ganzen genutzt hat, sind heute immer noch machbar. Hier ist aus meiner Sicht auch die Politik gefragt. Wir dürfen die Binnenschiffer nicht allein auf sich gestellt lassen, im Gegensatz zu dem, was der bereits abgelöste Bundesverkehrsminister Stolpe einmal sagte. Er sagte, es wäre allein Sache der Binnenschiffer.

Wir wollen die Unterhaltung der Elbe, die den definierten Status sichert, neu definieren. Er muss neu definiert werden, weil es nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein Verschlechterungsverbot gibt. Der Ausbau soll die bisherigen Bedingungen für die Schiffbarkeit verbessern.

Ich möchte Sie dazu ermuntern, sich unseren Antrag noch einmal genau durchzulesen. Die Studie des PIK ist als unabhängige Studie wirklich von Brisanz. Es ist in dem beleuchteten Zeitraum tatsächlich der Nachweis erbracht worden, dass wir immer weniger Wasser in der Elbe haben. Zudem wird aus den Tagebauen des mitteldeutschen Raumes immer weniger Wasser zugeführt. Es sind immerhin 20 Kubikmeter Wasser je Sekunde, die zusätzlich fehlen werden.

Es müsste vom Bund - wir wissen natürlich um die Schwierigkeit, dass wir nur an den Bund appellieren können - eine neue Zeitperspektive, zum Beispiel der Zeitraum von 1985 bis 2005, beleuchtet werden. Dann würde man auch feststellen, dass eine Unterschreitung der garantierten schiffbaren Tage pro Jahr dazu führt, dass wir neue Problemlösungen brauchen.

Wir sehen in den heute geplanten tschechischen Staustufen und dem etwaigen Ausbau der Elbe, dass dies die Situation konterkarieren würde und dass es dazu neuer Überlegungen bedarf.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Czeke, kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Czeke (Linkspartei.PDS):

Ja. - Darum ist es das Mindeste, was wir jetzt mit diesem Antrag fordern. Dass der Alternativantrag komplett das Gegenteil verlangt, sieht man auf den ersten Blick. Ich bin einmal gespannt, was der Kollege, der ihn einbringen wird, zur Finanzierbarkeit sagt. Aber ich kann nachher im Redebeitrag darauf noch einmal eingehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Czeke. - Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion eintreten, hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Daehre um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Czeke, liebe Fraktion der Linkspartei.PDS, ich weiß nicht, ob das der Einstand eines neuen verkehrspolitischen Sprechers war. Ich hoffe das im Interesse des Verkehrs in Sachsen-Anhalt nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es haben schon viele von Ihrer Partei zum Thema Elbe gesprochen; Herr Czeke, denke ich, zum ersten Mal. Dass Sie an der Elbe leben und wohnen, das haben Sie betont. Das ist auch in Ordnung.

Ich darf auf einige grundsätzliche Sachen eingehen, weil wir, denke ich, über das Thema schon so häufig diskutiert haben, dass die Positionen der einzelnen Parteien deutlich sind. Das sollten wir dann auch nach draußen so vertreten. Dann muss im Prinzip jeder sehen, wie er damit zurechtkommt. Denn, meine Damen und Herren, zu einer modernen Verkehrsinfrastruktur gehören nicht nur Straße, Schiene und Luftverkehr. Da müssen wir ganz einfach auch über den Verkehrsträger Wasser reden, und nicht nur reden, nicht nur neue Konzepte erstellen, sondern endlich einmal zu Entscheidungen kommen, die uns weiterbringen.

(Beifall bei der CDU - Herr Czeke, Linkspartei.PDS: Richtig!)

Es hilft auch gar nicht, dass wir jetzt wieder ausweichen und sagen, dass die Tschechen eventuell mit Staustufen das eine oder andere vorhaben. Wir müssen unsere Schularbeiten erst einmal in Deutschland und in unserem wunderschönen Land Sachsen-Anhalt machen.

Dazu gehört auch, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass wir im Jahr 2002 ein furchtbares Hochwasser hatten. Aber, meine Damen und Herren, dieses Hochwasser ist nicht gekommen, weil einige Beamte am Planfeststellungsverfahren arbeiten, um eventuell an der Elbe das eine oder andere durchzuführen, sondern es hat bekanntlich andere Gründe gehabt.

Dann darf ich noch an eines erinnern. Wenn wir heute über eine frei fließende Elbe reden, über den letzten Fluss, der frei fließt, und wenn wir uns über die Auenlandschaft so freuen: Wer hat denn das im Jahr 1990 mit übernommen und hat in den ersten Jahren dafür gesorgt, dass wir heute wieder eine saubere Elbe haben? Ansonsten hätten wir das Thema doch gar nicht. Nehmen Sie bitte auch einmal zur Kenntnis, dass es in der CDU, in der FDP und in der SPD auch schwarze, gelbe oder rote Grüne gibt, die ihrer Verantwortung für die Natur nachkommen, meine Damen und Herren. Das wollen wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie die Positionen der Grünen jetzt übernehmen wollen - ich kann nur das unterstreichen, was ich gestern hier schon gesagt habe -, dann vertreten Sie sie mit. Wie weit Sie dann damit kommen, das ist Ihr Problem. Aber geben Sie der Wirtschaft eine Chance. Dieses müssen wir nun endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Auch die Argumente hinsichtlich der ganzjährigen Schiffbarkeit der Elbe: Herr Czeke, wir wissen alle, dass kein Schiff mehr fahren kann, wenn wir 30 cm dickes Eis haben. Wenn wir wie in Bayern auf der Straße einen halben Meter Schnee haben, dann fährt dort auch kein Auto. Das bringt die Natur nun einmal so mit sich.

Ich nenne jetzt einmal ein paar Zahlen, damit wir auch wissen, worüber wir reden. Es geht um den Zeitraum 2004/2005. In den öffentlichen Häfen an der Elbe zwischen Magdeburg und Dresden wurden im Jahr 2004 2,8 Millionen t per Binnenschiff umgeschlagen. Im Jahr 2005 waren es 3,25 Millionen t. Das ist eine Steigerung auf 115 %. Im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Deutschland und der tschechischen Republik wurden

im Jahr 2004 650 000 t und im Jahr 2005 1 020 000 t Fracht transportiert. Die Verkehrsleistung im Bereich Magdeburg bis zur tschechischen Grenze betrug somit im Jahr 2004 3,4 Millionen t und im Jahr 2005 4,2 Millionen t. Das ist eine Steigerung auf 122 %.

Die Verkehrsleistung im Jahr 2005 auf der Elbe entlastete die Straße von 213 950 Lkws, meine Damen und Herren. 213 950 Lkws, das sind auf einer Strecke von 3 851 km Lkws, Stoßstange an Stoßstange. Dann können Sie sich ungefähr ausrechnen, dass auf der gesamten Strecke zwischen Hamburg und München im Prinzip Lkw an Lkw fahren würde.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Köck?

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Das mache ich gern am Ende, Herr Präsident.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Ende, Herr Köck.

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Meine Damen und Herren! Wir wissen, dass der Verkehr auch auf der Straße zunehmen wird. Wir werden immer mehr Lkws auf der Straße haben. Deshalb müssen wir nach anderen Möglichkeiten suchen.

Nun lassen Sie uns doch einmal eines machen: Wir haben zwei Problemfälle, einmal bei Hitzacker und dann die Stadtstrecke Magdeburg. Die Union will - ich denke, auch die FDP - nicht mehr und nicht weniger, als dass wir die Planverfahren einmal zu Ende bringen. Wenn es ökologisch nicht vertretbar ist - da können wir noch so viele Mehrheitsentscheidungen in diesem Plenarsaal versuchen herzustellen -, dann wird da nichts gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch die Aufgabe. Wir können doch nicht in Deutschland nach den zufälligen Mehrheitsverhältnissen immer einmal sagen: „Okay, wir bauen“, oder „Wir bauen nicht“. Dafür haben wir die Raumordnungsverfahren und die Planfeststellungsverfahren. Da geht das alles mit ein, nicht nur das Ökologische, sondern auch das Ökonomische. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir.

Keine der Regierungsparteien - ich schließe dabei die SPD mit ein, obwohl ich den Redebeitrag der SPD noch nicht kenne; aber ich gehe davon aus, dass außer Ihrer Partei niemand in diesem Hohen Hause nicht das Vertrauen in die Situation hat, um zu sagen: Lasst doch einmal das Verfahren zu Ende gehen und die Elbe weiterhin als frei fließenden Fluss bestehen - will die Elbe kanalisieren oder auch betonen. Ich wiederhole mich hier seit vier Jahren immer wieder: Keiner will es.

Wir wissen aber auch, dass wir Ausbaumaßnahmen von Sanierungsmaßnahmen unterscheiden müssen.

(Herr Czeke, Linkspartei.PDS: Richtig!)

Die hat es in der Vergangenheit immer gegeben. Sehen Sie sich einmal an, wie der Flusslauf der Elbe vor 300 Jahren war. Deshalb müssen wir auch aufpassen, dass es so bleibt, wie es jetzt ist: die wunderbare Auen-

landschaft, die Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft. Das könnte man alles aufzählen. Keiner will es. Aber es wird uns immer wieder eingeredet.

Das Zweite, meine Damen und Herren, darf ich jetzt auch einmal politisch sagen: In den letzten acht Jahren ist von Deutschland in Brüssel nicht ein müder Euro für den Bereich der Flüsse abgefördert worden. Nicht ein Euro! Im Norden Frankreichs baut man zurzeit einen 120 km langen Kanal für europataugliche Schiffe, 120 km für 1,2 Milliarden € von der EU, nach einem Verfahren, schnurgerade durch. - Wie bitte?

(Herr Felke, SPD: Zentralstaat!)

- Ja. - Stellen sie sich bloß einmal vor, in Deutschland würde nur die Idee geäußert werden. Das wollen wir alles gar nicht.

(Frau Budde, SPD: Das würden Sie doch auch nicht unterstützen!)

- Nein. - Ich wollte doch nur sagen, dass die Bedeutung der Schifffahrt in anderen europäischen Ländern nicht nur erkannt wird, sondern dass diese Länder handeln. Wir wollen diesen Wettbewerb nicht verlieren, und deshalb appelliere ich noch einmal, das auf den Weg zu bringen.

Vorletzte Anmerkung: Die Werke entlang der Saale - ich bin jetzt wieder dort gewesen -, ob es das Sodawerk ist, ob es das Zementwerk Bernburg ist oder ob es viele andere mehr sind, die man aufzählen könnte, werden in Zukunft nicht mehr wettbewerbsfähig sein, wenn sie die Güter von Bernburg nach Haldensleben auf dem Lkw transportieren müssen und dann dort verladen. Dann wird es nachher so sein, dass sie nicht weiter investieren, dass sie ihre Erweiterungsbauten woanders durchführen, nur deshalb, weil wir in Deutschland nicht einmal den Mut haben, Verfahren zu Ende zu bringen. Das kann man niemandem erklären. Darum hoffe ich, dass wir uns - jedenfalls der Rest des Parlaments - darin einig sind, dass wir die Binnenschifffahrt weiter auf den Weg bringen wollen.

Dann noch eines: Lassen Sie das mit dem flachgehenden Schiff. Da gab es mal einen Griechen; das ist alles physikalisch durchgerechnet. Wir können das natürlich machen. Wir können die Schiffe breiter machen, bloß dann müssen wir die Elbe auch noch verbreitern. Da müssen wir in die Tiefe gehen, hier machen wir sie breiter - das ist natürlich eine Alternative -, damit wir dann mit den Rädern auch durch die entsprechenden Kurven kommen. Das ist ebenfalls alles herauf- und heruntergerechnet worden. Frau Heidecke hat vor acht Jahren schon hier gestanden und wollte uns das flachgehende Binnenschiff erläutern und verkaufen und machen und tun. Da gibt es Experten; das Thema ist, denke ich, erledigt.

Wir müssen jetzt nur eines sehen: dass wir die Chancen nutzen, die auch in dem Ausbau der Häfen Magdeburg - als großem Standort -, Aken und Roßlau liegen. Wir haben noch viele mehr, die man aufzählen könnte. Auch darin, dass diese trimodal entwickelt werden, liegt eine große Chance. Es kann nicht sein, dass wir Häfen haben, aber am Ende nur Schiene und Straße vielleicht noch als Verkehrsträger genutzt werden und an dem eigentlichen Hauptverkehrsträger, dem Wasser, kommt niemand mehr an.

Schauen Sie sich einmal an, was in Hamburg passiert, was dort im Bereich des Containerdienstes abgeht. Wir

in Mitteldeutschland müssen uns auch mit dafür einsetzen, dass das auf den Weg gebracht wird.

Zur Saale ist heute nichts gesagt worden, jedenfalls nicht von Ihnen direkt. Wir werden unser Raumordnungsverfahren weiter auf den Weg bringen. Ich hoffe, dass wir dann am Ende auch die Saale mit an die Elbe anschließen können.

Lassen Sie uns gemeinsam die Chance nicht verpassen, die Wasserstraße Elbe nutzbar zu machen, damit wir die anderen Verkehrsträger - Straße und Schiene - deutlich entlasten. Lassen Sie uns auch daran denken, dass das Schiff das ökologischste Verkehrsmittel ist, das wir in Deutschland und auf der Welt haben. Das haben unsere Vorfahren schon erkannt. Sie hatten damals natürlich noch keine Autos.

Deshalb, Herr Czeke, wenn Sie sagen, dass Sie relativ wenig Schiffe auf der Elbe sehen: Ich wiederhole mich auch in diesem Punkt. Auf dem Feldweg sehe ich auch ganz selten Pkws, die nur in der allergrößten Not mal über einen Feldweg fahren.

(Herr Czeke, Linkspartei.PDS: Sie sind zu selten auf Feldwegen!)

- Ja, sehen Sie. - Deshalb wollte ich sagen: Bleiben Sie auf den Feldwegen, Herr Czeke. Da ist die Landwirtschaft zu Hause und davon haben Sie wirklich Ahnung. - Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, ich bitte Sie zu bleiben. Sie haben Herrn Dr. Köck die Beantwortung einer Frage zugesagt. - Herr Dr. Köck, bitte.

Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):

Weil Sie vorhin bei den Zahlen waren, nur die eine Frage. Die muss ich immer wieder stellen. Im Jahr 1912 oder 1913 sind 18 Millionen t auf der Elbe transportiert worden - lange vor dem Ausbau. Können Sie sich erklären, wie das möglich war?

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Da hatten wir noch einen Kaiser, Herr Dr. Köck. Erstens.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens sind wir, glaube ich, noch mit dem Doppeldecker geflogen - immerhin schon geflogen. Drittens. Wir hatten noch keine 40-Tonner-Lkws. Was den Lieferverkehr auf der Schiene anging, waren wir eben auch erst am Beginn des 20. Jahrhunderts. - Das ist richtig. Wenn Sie das wieder haben wollen! Also, mit dem Kaiser hätte ich die wenigsten Probleme.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):

Herr Daehre, wenn Sie das, was Sie jetzt eben -- Lesen Sie es vielleicht später noch einmal im Protokoll nach und dann denken Sie wirklich einmal ernsthaft darüber nach! Vielleicht kommen Sie dann zu dem Schluss, dass die Position, die wir haben, dauerhaft die gangbare ist. Vergleichen Sie einmal die Rübelandbahn mit der Saale;

dann werden Sie bestimmte Übereinstimmungen feststellen.

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Herr Dr. Köck, ich bin gern bereit, das eine oder andere zu vergleichen. Lassen Sie uns aber nicht vom Harz auf die Elbe kommen und hin und her, gerade wie es passt.

Ich sage Ihnen eines: Sie werden das nicht durchsetzen - ich hoffe, dass Sie es nicht durchsetzen -, den Leuten einzureden, dass es andere Parteien gibt, die die Ökologie nicht ernst genug nehmen. Das werden wir vielmehr tun. Ich werde - ich denke, mit vielen anderen - auch dafür sorgen, die Elbe dahin zu bringen, dass dort vernünftige Binnenschifffahrt im Interesse nicht nur der Binnenschiffer insgesamt, sondern auch der Wirtschaft im Land Sachsen-Anhalt stattfinden kann.

Dafür hoffe ich anschließend auch Unterstützung von den Sozialdemokraten zu bekommen; denn in Berlin, meine Damen und Herren, ist man nach meinem Kenntnisstand - ich sage es einmal ganz vorsichtig - schon einen deutlichen Schritt weiter, und zwar in die Richtung, in die wir gemeinsam - jetzt schaue ich einmal von rechts nach links - jetzt auf dem Wege sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der FDP-Fraktion. Der Abgeordnete Herr Qual hat das Wort. Bitte sehr, Herr Qual.

Herr Qual (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Der Antrag der Linkspartei.PDS hat mich schon sehr erstaunt, einerseits aufgrund der Inhaltsleere

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

und andererseits aufgrund der Übernahme von Formulierungen und Forderungen, die sehr stark der Umgehensweise von penetranten Gegnern der Elbeschifffahrt mit diesem Thema ähneln.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Ich werde darauf noch näher eingehen.

Zunächst ist sachlich festzustellen, dass es sich bei den vorgesehenen Maßnahmen an der Elbe nicht um Ausbaumaßnahmen handelt, sondern um Unterhaltungsmaßnahmen, die der Sicherung der Uferbereiche und der Buhnen dienen. Des Weiteren geht es um die Herstellung einer Mindestfahrrinnentiefe von 1,60 m an 345 Tagen im Jahr, um die Wirtschaftlichkeit der Binnenschifffahrt generell zu verbessern, und um Voraussetzungen für eine stärkere Anbindung des Containerverkehrs in Verbindung mit dem Hamburger Hafen.

Um es eindeutig zu sagen: Es geht um nichts anderes als um die Wiederherstellung einst bestehender Voraussetzungen, um die Binnenschifffahrt auf der Elbe wieder wirtschaftlich möglich zu machen und damit auf Anforderungen und Möglichkeiten der Entwicklung zu reagieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nicht zuletzt durch den Arbeitsbesuch unseres Fachausschusses im Hamburger Hafen wurde uns mehr als deutlich, wie enorm hoch die Wachstumsraten speziell im Containerverkehr weltweit sind. Durch die Überseehäfen wird eine erhebliche Nachfrage nach regionalen, nationalen und internationalen Verkehrsleistungen erzeugt. Das ist eine große Herausforderung und diese kann nur unter der integrierten Nutzung aller Verkehrsträger bewältigt werden. Denken wir doch an die bereits jetzt bestehenden enormen Verkehrsbelastungen auf den Straßen und die damit verbundenen ökologischen Probleme.

Auch aus unserer Sicht ist die Binnenschifffahrt eine ökologisch sinnvolle, wirtschaftliche, verlässliche und wettbewerbsfähige Alternative zu den anderen Verkehrsträgern. Unter diesen Gesichtspunkten ist die stärkere Nutzung der Flüsse als Teil der Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar. Gerade für den Bereich der Mittel- und Oberelbe einschließlich der Saale sowie für die Hinterlandverkehre des Hamburger Hafens könnte die Binnenschifffahrt in der Zukunft eine große Rolle spielen, und zwar eine größere als bisher. Für die Linkspartei.PDS spielt offensichtlich die Saale in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle.

Das Interesse der Wirtschaft und der betreffenden Häfen wird dadurch unterstrichen, dass sich die Binnenhäfen an Mittelelbe und Oberelbe zu Allround-Anbietern profiliert haben. Insbesondere haben sie sich auf Containerverkehr eingestellt. Um jetzt auch mit ein paar Zahlen zu operieren: Im Zeitraum von 1991 bis 2005 wurden in die Verkehrsinfrastruktur für Binnenhäfen und in die Binnenschifffahrt von der EU, dem Bund, den Ländern und den Kommunen über 1,75 Milliarden € investiert. Davon haben insbesondere die Binnenhäfen von Sachsen-Anhalt in Magdeburg, Schönebeck, Aken, Roßlau und Halle profitiert.

Trotz der bisher schlechten Bedingungen und des Niedrigwassers im Jahr 2004 konnten immerhin über 3,9 Millionen t Güter umgeschlagen werden, davon allein im Hafen Magdeburg 3 Millionen t. Mit dem Ausbau dieses Hafens für 45 Millionen € soll vorrangig der Containerverkehr gesteigert werden, wozu der Bau der Niedrigwasserschleuse - daran möchte ich auch erinnern - für 20 Millionen € wichtige Grundbedingungen sichern soll.

Mit dem Wasserstraßenkreuz und der Schnittpunktlage zieht der Magdeburger Hafen aus dem Containerlinienverkehr zwischen Mitteldeutschland und Hamburg mit jährlichen Steigerungsraten von ca. 20 % einen erheblichen Nutzen. In unserer Region sind - das ist auch wichtig - etwa 5 000 Arbeitsplätze mit der Binnenschifffahrt auf der Elbe verbunden. Das sind alles wichtige wirtschaftliche Gesichtspunkte von großer Bedeutung.

Die Grundvoraussetzung für die Binnenschifffahrt ist allerdings die uneingeschränkte Befahrbarkeit der Wasserwege. Die weiteren Investitionen und Maßnahmen dürfen aber durch die Verkehrspolitik des Bundes nicht verzögert oder gefährdet werden. Genau diese Gefahr besteht mit der Forderung der Linkspartei.PDS, zunächst die Ausbaumaßnahmen zu unterlassen. Abgesehen davon, dass die durch die Linkspartei.PDS angeführte Begründung nach unserem Kenntnisstand völlig unhaltbar ist.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Qual, kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Qual (FDP):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zur Linkspartei.PDS fordert die Fraktion der FDP, die erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen an der Elbe ohne weitere Verzögerungen zu realisieren. Wir bekennen uns zur Deciner Resolution und zur Erklärung der Elbehäfen.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Doege, SPD)

Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag der Regierungskoalition von CDU und FDP

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

und um Ablehnung des Antrages der Linkspartei.PDS.
- Ich bedanke mich.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Danke sehr, Herr Qual. - Für die SPD-Fraktion setzt der Abgeordnete Herr Felke die Debatte fort. Bitte sehr, Herr Felke.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ging es wie Herrn Qual: Der Antrag hat mich doch überrascht, und er ist wohl nur mit dem jetzigen Zeitpunkt, wenige Wochen vor der Wahl, zu erklären.

(Zustimmung bei der CDU)

Obwohl wir in diesem Hause schon viel weiter waren, sollen jetzt offensichtlich noch einmal die alten Schlachten geschlagen werden und die Debatte über den Ausbau oder über Unterhaltungsmaßnahmen an der Elbe geführt werden.

Erstaunt hat mich der Antrag aber auch aus einem weiteren Grund. Der Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr hatte im vergangenen Jahr die Gelegenheit, sich im Hamburger Hafen über den dortigen Güterumschlag zu informieren. Herr Czeke hatte offensichtlich keine Gelegenheit mitzukommen. Wir haben von dem immensen Wachstum gehört und von den massiven Problemen, die es mit dem so genannten Hinterlandverkehr gibt. Allein dies sollten genug Argumente dafür sein, die Möglichkeiten der Binnenschifffahrt auf der Elbe zu verbessern.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal unsere Positionen zur Binnenschifffahrt deutlich machen. Wir sind der Auffassung, dass die Binnenschifffahrt eine wichtige Rolle im gesamten Verkehrssystem spielt und dass ihre Bedeutung mit dem weiteren Wachstum des Güterverkehrs ebenfalls zunehmen wird. Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung einen Teil „Wasserstraßen“ des Landesverkehrswegeplans erarbeit hat, und gehen davon aus, dass dieser auch den Mitgliedern des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr zugänglich gemacht werden wird.

Klar ist für uns, dass die landesbedeutsamen Häfen auch künftig eine Unterstützung bei den notwendigen investiven Maßnahmen erfahren und zu mehrmodalen Schnittstellen im Verkehrsnetz ausgebaut werden müssen.

Bezüglich der Baumaßnahmen an der Elbe gehen wir davon aus, dass das, was zur Wiederherstellung der

Schifffahrtsverhältnisse vor dem Hochwasser vom August 2002 erforderlich ist, zügig realisiert werden muss. Damit soll zwischen Geesthacht und Dresden wieder eine Fahrinnentiefe realisiert werden, die hier bereits mehrfach erwähnt worden ist. Konkret sind damit Unterhaltungsmaßnahmen an Buhnen-, Deck- und Leitwerken verbunden. Den dafür vorgesehenen Zeitraum bis zum Jahr 2010 halten wir allerdings für zu lang.

Meine Damen und Herren! Um es noch einmal deutlich zu sagen: Staustufen in der Elbe sind mit uns nicht zu machen. Ebenso klar ist für uns, dass alle Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen die ökologischen Aspekte genauso zu berücksichtigen haben wie die Auswirkungen auf den Hochwasserschutz. Das derzeit an gehaltene Planfeststellungsverfahren für die Stadtstrecke Magdeburg sollte unserer Meinung nach genau wie beim Saaleseitenkanal weitergeführt werden, um eindeutig entscheiden zu können, ob das Projekt machbar ist oder nicht. Wir wissen, dass hierzu vielfältige Untersuchungen durchgeführt worden sind, und sind deshalb der Meinung, dass der Bund dieses Verfahren zum Abschluss führen sollte.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch auf zwei Punkte des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS eingehen. Nach unseren Informationen steht seit Ende des letzten Jahres fest, dass die tschechische Regierung vorhat, statt zwei Staustufen nur noch eine Staustufe zu bauen.

(Herr Schröder, CDU: So, so!)

Dabei sind wir davon überzeugt, dass das EU-Land Tschechien genauso sorgfältig mit dem Rechtsrahmen umgeht und ökologische Belange prüft, wie es bei uns der Fall wäre, und dass im Ergebnis dieser Untersuchung verantwortungsbewusst entschieden wird.

Die Studie des Potsdamer Instituts für Klimaforschung unter dem Titel „Klima und anthropogene Wirkungen auf den Niedrigwasserabfluss der mittleren Elbe“ liegt seit Januar dieses Jahres vor und wird derzeit auf der Expertenebene ausgewertet. Daneben steht aber die Untersuchung der Bundesanstalt für Gewässerkunde aus dem Jahr 2005 zu Niedrigwasserereignissen an der Elbe unter Berücksichtigung der letzten 100 Jahre und damit über einen viel längeren Zeitraum als die Potsdamer Studie, die zu entgegengesetzten Aussagen kommt.

Meine Damen und Herren! Wir gehen davon aus, dass die Unterhaltungsmaßnahmen an der Elbe weitergeführt werden müssen, wenn es eine Zukunft für die Binnenschifffahrt geben soll. Deshalb werden wir den PDS-Antrag ablehnen und dem Alternativantrag von CDU und FDP folgen - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Felke, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Dr. Köck zu beantworten? - Bitte sehr, Herr Dr. Köck.

Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):

Ich war bei der Reise des Ausschusses dabei. Herr Felke, können Sie mir sagen, wie der Hamburger Hafen profiliert ist? Ist das ein Eisenbahn-Bahnhof oder ein Schiffsbahnhof für das Hinterland?

(Herr Schröder, CDU: Die Bahn schafft es nicht mehr!)

Wie ist es mit dem Rotterdamer Hafen?

Herr Felke (SPD):

Wir haben in Hamburg gehört, dass es im Augenblick so ist, dass im Rotterdamer Hafen die Binnenschifffahrt zweifellos einen größeren Anteil des so genannten Hinterlandverkehrs abwickelt. Uns geht es aber genau darum, den Umschlag von Hamburg aus über die Binnenschifffahrt zu verstärken. Wir haben gehört, welcher geringe prozentuale Anteil zur Zeit über die Binnenschifffahrt abgewickelt werden kann. Wenn wir diesen erhöhen wollen, dann müssen wir, so denke ich, mindestens auch die Maßnahmen, über die wir jetzt diskutieren, entsprechend beeinflussen und umsetzen.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Felke. - Die Debatte wird mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fortgesetzt. Dazu erteile ich Herrn Schröder das Wort. Bitte sehr, Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Czeke, Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Wasser ist Leben. - In der Tat, Wasser ist Leben, aber Wasser ist auch Arbeit. In diesem Sinne ist es nicht fair, dass Sie hier ein Plädoyer für die Binnenschifffahrt halten, aber dort, wo es um wirtschaftlich vertretbare Gütertransporte geht, die Blockade suchen. Das ist nicht fair.

Insofern gebe ich Herrn Felke ausdrücklich Recht: Kein Argument, auch keines aus Ihrer Rede, Herr Czeke, war wirklich neu. Sie schlagen die Schlachten der Vergangenheit,

(Minister Herr Dr. Daehre: Von 1912!)

und Ihr Antrag verhält sich völlig entgegengesetzt zu dem, was, so denke ich, auch eine große Mehrheit in diesem Landtag bereits durch vorangegangene Landtagsbeschlüsse gewollt hat und sicherlich auch heute an dieser Stelle beschließen will.

Herr Köck war bei einer Veranstaltung der Bürgerinitiative „Pro Elbe“ und hat sich dort sehr vorsichtig ausgedrückt. Sie haben heute die Katze aus dem Sack gelassen. Sie schlagen die alten Schlachten heute nur, um kurz vor der Landtagswahl noch am grünen Wählerrand Stimmen zu fangen. Das ist Ihre eigentliche Intention.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Das Land Sachsen-Anhalt ist ausgezeichnet in europäische Verkehrswwege eingebunden. Wichtige Achsen nicht nur der Straßen und Schienen, sondern auch des Wasserstraßenverkehrs kreuzen sich bei uns und insbesondere die Wasserstraßen verbinden das Land mit bedeutenden Verkehrs- und Wirtschaftszentren. Wir verfügen über große Kapazitäten im Bereich unserer Hafenanlagen.

Um den Güterumschlag über die Binnenschifffahrt zu steigern, sind drei Voraussetzungen von existenzieller Bedeutung - ich nenne sie noch einmal -: die schnelle Fertigstellung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17, die Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse auf der Elbe und letztlich auch die Vollendung des Saaleausbaus. Diese drei Voraussetzungen brauchen wir dringend.

Die Güterverkehrsprognosen des Bundes - ich will nicht zu sehr ins Detail gehen - lassen auch auf der Elbe auf ein gesteigertes Verkehrsaufkommen schließen. Sowohl oberhalb als auch unterhalb Magdeburgs werden im Bezugszeitraum von 1997 bis 2015 mindestens 2 Millionen t mehr erwartet. Die aktuellen Zahlen der Ladungstonnenentwicklung aus dem Jahr 2002 - nur gemessen an der Stadtstrecke Magdeburg; diese sind auch veröffentlicht - weisen bis zum Jahr 2005 einen Zuwachs von 780 000 auf 955 000 Ladungstonnen aus, obwohl etwa 260 Binnengüterschiffe weniger gefahren sind.

Wenn wir an 345 Tagen bei mittlerem Niedrigwasser eine Fahrrinnentiefe von 1,60 m herstellen, dann haben wir die Chance, eine wirtschaftlich vertretbare Binnenschifffahrt zu organisieren. Wenn sie wirtschaftlich funktioniert, dann nehmen auch die Ladungstonnen und dann nimmt auch der Frachtaumschlag an den Häfen und der Frachtverkehr auf der Elbe zu. Das wollen wir, damit nicht alles auf der Straße bleibt.

Ich will konkret sagen und es nicht so allgemein halten, wie es in der Einbringungsrede gesagt worden ist, was wir unter Instandsetzung und Unterhaltsmaßnahmen verstehen. Aus meiner Sicht gehören dazu kurzfristig die Instandsetzung bzw. die Wiederherstellung zahlreicher Regelungsbauwerke, der Ausgleich von Solesprüngen auf der Reststrecke zwischen Dömnitz und Hitzacker, die Ertüchtigung der Stadtstrecke Magdeburg sowie das Wirken gegen die Erosionstendenzen zwischen Mühlberg und Coswig.

Wir wollen die Landesregierung ausdrücklich darin bestärken, sich beim Bund dafür einzusetzen, die dafür notwendigen planungsrechtlichen Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen.

Ihr Antrag geht komplett in die entgegengesetzte Richtung. Mit dem Verweis auf den Klimawandel verschieben Sie wichtige Maßnahmen letztlich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, weil Sie sie nicht wollen, und nehmen letztlich Abschied von der Elbe als Bundeswasserstraße. Diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen. Sie waren gegen die Südharzautobahn und jetzt gegen die Nordverlängerung der A 14. Jetzt sind Sie auch gegen eine wirtschaftlich vertretbare Binnenschifffahrt auf der Elbe.

(Herr Gürth, CDU: Es ist ein Rückschritt!)

Es mag sein, dass für Sie als Partei Infrastruktur kein Erfolgsfaktor ist. Aber für das Land Sachsen-Anhalt ist Infrastruktur ein Erfolgsfaktor. Daran sollten wir uns hier im Haus auch messen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

Die CDU-Fraktion wird dem Wahlkampfmanöver der Linkspartei.PDS erwartungsgemäß nicht folgen und bittet alle Abgeordneten des Hohen Hauses - ich würde mich auch sehr über die Zustimmung der SPD freuen; sie ist angekündigt worden - um Zustimmung zu unserem Alternativantrag. Wir wollen, dass die Sache im Fluss bleibt und nicht auf Eis gelegt wird, Herr Czeke. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Schröder. - Herr Czeke, Sie haben nun die Möglichkeit zur Erwiderung.

Herr Czeke (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich konnte eben zur Kenntnis nehmen, dass aus allen Fraktionen die Verkehrspolitiker gesprochen haben. Herrn Dr. Daehre ist ein Strich durch die Rechnung gemacht worden, da er leider in der letzten Sitzung nicht mehr zum Stadtumbau sprechen durfte. Nun sollte man aber nicht meinen, ich wollte ihm damit eine Steilvorlage liefern, damit er noch einmal etwas zum Verkehr sagen konnte.

Zur sauberen Elbe. In diesem Bereich hat doch maßgeblich die Treuhand dafür gesorgt, dass die Elbe sauberer wurde,

(Widerspruch bei der FDP und bei der CDU)

indem die Einleiter, die zu DDR-Zeiten wirklich oft Saurei betrieben haben, schlagartig vom Markt verschwunden sind.

Mit der Prognose ist es so eine Sache. Es gibt auch eine Prognose für den Main-Donau-Kanal. Diese Prognose wird wahrscheinlich in 20 Jahren noch nicht erfüllt sein.

(Frau Brakebusch, CDU: Sie haben die falsche Brille auf!)

In der Zeit, in der wir uns darüber unterhalten, kein Beton und keine Kanalisierung der Elbe, wird doch draußen munter gebaut. Wie gesagt, das ist noch nach der Planfeststellung aus dem vorigen Jahrhundert. Wir haben ertüchtigte Wasserwege, Herr Dr. Daehre; wir müssen sie nicht erst ertüchtigen.

Das Land Sachsen-Anhalt als Hinterland zu bezeichnen, mag von Hamburg aus gesehen verkehrstechnisch in Ordnung sein. Wir haben von Hamburg aus den Elbe-Seiten-Kanal, wir haben den Mittellandkanal und wir haben den Elbe-Havel-Kanal. Wir können allerdings noch nicht durchgängig zweitligig Containerschiffe bis Berlin fahren lassen, weil es die Brücken nicht hergeben.

Wenn Sie nach der Geschäftsordnung einen Alternativantrag stellen, da es nicht direkt uns betrifft, sondern den Bund, hätte ich mir gewünscht, Herr Schröder, dass zu den Kosten etwas gesagt wird. Wer soll es denn bezahlen? Der Bund macht bei allen Maßnahmen so! Wir haben für die Straßenbrücken kein Geld. Wir wollen aber einen Fluss ertüchtigen mit einer fiktiven Prognose und wissen nicht einmal, woher die Tonnage kommt.

(Zurufe von Minister Herrn Dr. Daehre und von Herrn Schröder, CDU)

Was der Minister zu den Steigerungen gesagt hat, betrifft Güter, die auf der Elbe transportiert werden sind, die in einem so schlechten Zustand ist. Herr Minister, die Wasserstraße ist doch nutzbar. Sie tun immer so, als ob sie erst nutzbar gemacht werden muss.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre - Herr Schröder, CDU: Bundeswasserstraße!)

Ich meine damit nicht das physikalisch nicht funktionierende, wacklige, zu breite flachgehende Schiff, das uns die Expo gebracht hat, sondern ich meine damit Schubsschiffe, wie wir sie schon einmal hatten und die auch denkbar wären. Das hat dann etwas mit Mittelstandsförderung zu tun, weil das genau der Schiffstyp ist, der in den Werften - ich habe mich darüber kundig gemacht - gebaut und repariert werden könnte. Das, was wir unter Euros Schiffen verstehen, wird garantiert viel weiter im Norden produziert.

Wie gesagt, die Tonnage ist erhöht worden. Dabei verdienen die Aktivitäten des Netzwerkes der Häfen unser Respekt. Die Vertiefung der Elbe führt zur Absenkung des Wasserspiegels. Es ist nicht nur die Binnenschifffahrt, die an Attraktivität verliert; wenn der Wasserspiegel sinkt, verschwinden auch die Auenlandschaften, die Landwirtschaft fällt damit trocken und im Tourismus sind weniger Umsätze zu machen. Das müsste Herrn Qual interessieren.

(Zurufe von der CDU und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Das Problem, was wir haben, ist doch, Herr Minister Daehre, dass die Unternehmen, die die Wasserstraßen nutzen möchten, mit einem Medium ein Problem haben, weil es nicht planbar ist. Das betrifft die Unterschreitungstage hinsichtlich der Fahrwassertiefe von 1,60 m bei Eisfreiheit, wohl gemerkt bei Eisfreiheit. Das spricht eine deutliche Sprache.

Ich habe die Diagramme vor mir liegen und möchte folgende Zahlen nennen: Im Jahr 2000 war die Elbe an 194 Tagen nicht befahrbar, im Jahr 1989 waren es 97 Tage, im Jahr 1990 151 Tage. Das steigert sich auf 173 Tage im Jahr 1991. Im Jahr 1992 waren es 149 Tage, im Jahr 1993 101 Tage und im Jahr 1994 67 Tage. Ich könnte diese Zahlenreihe fortsetzen. Die Krönung war im Jahr 2003 - das war ein verdammt trockenes Jahr -; damals waren es 197 Tage.

Sie können eines nicht: Sie können klimatische Veränderungen nicht negieren. Ich muss es wiederholen: PIK ist ein unabhängiges Institut. Deren Gutachten hat Tendenzen aufgezeigt, dass es zu Klimaveränderungen kommen wird. Diese Klimaveränderungen können Sie nicht außer Kraft setzen, auch nicht Kraft der Macht, die die Landesregierung hat.

Ich kenne einen Fall, bei dem die Physik durch Sie außer Kraft gesetzt worden ist. Als es darum ging, meine Anfrage zu beantworten, ob der Ausbau des Elbe-Havel-Kanals irgendeine Rolle beim Eichensterben im Bereich Genthin spielt, antwortete die damalige Landesregierung: Ja, es gebe einen Zusammenhang aufgrund des Wasserstandes. Die jetzige, Ihre Landesregierung hat mir geantwortet: Es gibt keinen Zusammenhang.

Also wenn Sie den Versuch unternehmen, die Physik außer Kraft zu setzen, dann sage ich Ihnen, das geht nicht. Das Klima verändert sich unabhängig davon, wer die Landesregierung stellt. Das ist das Problem, dem wir uns zuwenden müssen und vor dem wir die Augen nicht verschließen dürfen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Czeke. - Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Linkspartei.PDS in der Drs. 4/2620. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der Fraktion der Linkspartei.PDS. Gegenstimmen? - Bei der SPD-, der CDU- und der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen nun ab über den Alternativantrag von CDU- und FDP-Fraktion in der Drs. 4/2631. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen

mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der SPD-, der CDU- und der FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Bei der Linkspartei.PDS. Damit ist dieser Alternativantrag mehrheitlich angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 21 ist erledigt.

Wir treten in die Behandlung des **Tagesordnungspunktes 22** ein:

Beratung

Zukunft des Programms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2621**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2644**

Einbringerin für die Linkspartei.PDS ist die Abgeordnete Frau Tiedge. Bitte sehr, Frau Tiedge, Sie haben das Wort.

Frau Tiedge (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Friedman, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, hat Folgendes gesagt:

„Man muss in Deutschland nicht Angst vor menschlicher Vielfalt haben. Man muss allenfalls Angst vor menschlicher Einfalt haben.“

Insgesamt 129 Angriffe mit rechtem oder rassistischem Hintergrund hat die mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt im Jahr 2005 in Sachsen-Anhalt registriert. Damit ist die Anzahl der bekannt gewordenen Gewalttaten mit rechter oder rassistischer Motivation im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Fünftel gestiegen. Unter 192 direkte Betroffenen befanden sich 108 Jugendliche sowie 52 Migranten und Asylbewerber. Statistisch gesehen wurde damit an jedem dritten Tag eine rechte oder rassistisch motivierte Gewalttat in Sachsen-Anhalt registriert.

Doch die registrierten Angriffe sind nur ein Ausschnitt rechter und fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen-Anhalt. Die Dunkelziffer in diesem Bereich ist nach wie vor hoch. Das macht nachdenklich und betroffen, ist besorgniserregend und erschreckend zugleich.

Auch in den ersten elf Tagen dieses Jahres wurden bereits acht brutale Gewalttaten mit rechtem Hintergrund festgestellt. Dabei ist der Angriff von fünf Rechtsextremen auf den zwölfjährigen Jungen in Pömmelte der sichtbarste Ausdruck der zunehmend entgrenzten Brutalität von Neonazis in Sachsen-Anhalt. Dem kann und darf nicht tatenlos zugesehen werden. Dem müssen Zivilcourage, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten, Toleranz und Weltoffenheit entgegengesetzt werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es gibt zahlreiche Einzelbeispiele couragierten Verhaltens. Es gibt die ermutigende Arbeit unmittelbar vor Ort. Es gibt Projekte und Vereine. Hierbei möchte ich insbesondere an die mobilen Opferberatungsstellen und an den Verein „Miteinander“ erinnern, für die diese Wertmaßstäbe und Ziele im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus höchste

Priorität haben. Ihnen gilt an dieser Stelle unser uneingeschränkter Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung von Herrn Bischoff, SPD)

Das alles wurde erreicht, obwohl die finanziellen Mittel in diesem Bereich durch die schwarz-gelbe Koalition drastisch gekürzt worden sind - eine Entscheidung, die angesichts der jetzigen besorgniserregenden Entwicklung nicht nachzuvollziehen war und ist.

Zivilcourage heißt zuerst nicht wegsehen; denn das Wegsehen des Einzelnen, das Wegsehen in der Öffentlichkeit bewirkt, dass sich die Täter sowohl in der konkreten Situation als auch im Nachhinein legitimiert fühlen. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass Rechtsextremismus und Gewalt nicht ausschließlich mit dem sicherheitspolitischen Auge betrachtet werden dürfen. Das politische und gesellschaftliche Klima vor Ort spielen eine entscheidende Rolle. Rechter Alltagskultur darf kein Raum gelassen werden, rechtes Gedankengut darf nicht hoffähig werden.

Es läuft etwas falsch, wenn das menschenverachtende, ausländerfeindliche und nationalistische Gedankengut der Rechten als normale Meinungsäußerung in einer pluralistischen Demokratie gewertet wird. Eine öffentliche Sensibilisierung sowie entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen und unterstützt werden; denn noch zu oft fehlt die genügende und kontinuierliche Rückendeckung durch die Politik. Darin eingeschlossen ist eine ausreichende personelle, finanzielle und sächliche Ausstattung. Soziale Arbeit und Projekte wie die Schulsozialarbeit oder alternative Jugendzentren müssen mit Kontinuität und auf Dauer gefördert werden.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Im Jahr 2001 wurde das bundesweite Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ins Leben gerufen. Es setzt sich aus den folgenden drei Teilprogrammen zusammen: „Civitas - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“, „Entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „Xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt“, die bundesweit zum Einsatz kommen.

Das Aktionsprogramm leistete und leistet einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen den Rechtsextremismus, insbesondere in der Jugendpolitik. Demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit wurden gefördert.

Die bisher durchgeföhrten Projekte sind äußerst erfolgreich verlaufen. Sie sind unverzichtbar für die Stärkung von Toleranz und Demokratie vor Ort. Mehr als 3 600 Projekte und Maßnahmen für ein friedliches und gewaltfreies Zusammenleben sind in dem Zeitraum von 2001 bis Ende 2004 gefördert worden.

Im Teilbereich Civitas erfolgte die Förderung bislang zum Beispiel in folgenden Bereichen:

- In der mobilen Beratung durch mobile Beratungsteams. Diese begleiten und beraten kommunale Akteure, wie zum Beispiel Vereine und Verbände, die sich für demokratische Grundwerte engagieren und gegen Rechtsextremismus aktiv handeln.

- Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalttaten. Hierbei wurden rechtliche und psychosoziale Hilfen und Beratung sowie Unterstützung in verschiedenen Lebenssituationen für von rechten Gewalttaten Betroffene angeboten.
- Die Opferberatungsstellen setzen sich für die Integration gesellschaftlicher Minderheiten ein, indem sie lokale Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozesse anregen.
- Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Gemeinwesen: Seit dem Jahr 2002 fördert Civitas Netzwerke, welche die Zusammenarbeit und Kooperationsbeziehungen von lokalen Akteuren wie Schule, Jugendhilfe, Kirche und Gemeinwesen initiieren.

All dies sind Aufgaben, die in der gegenwärtigen politischen Situation unverzichtbar sind. Leider sind für diese Programme aber schon für das Jahr 2006 Antragstellungen für eine Förderung nicht mehr möglich. Am 31. Dezember 2006 endet die Förderung für das gesamte Aktionsprogramm auf Bundesebene - angesichts des Anstiegs von Straftaten mit rechtsextremistischem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund sowie einer zu unterstützenden verstärkten öffentlichen Sensibilisierung für dieses Problem ein verheerendes Signal, ja geradezu ein Skandal.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es kann nicht sein, dass wir im nächsten Jahr in eine Situation geraten, in der alle, die politische Verantwortung tragen, darauf hinweisen werden, wie notwendig, sinnvoll und wichtig das Engagement gegen Rechtsextremismus sei, aber zugleich ein erfolgreiches und sinnvolles Projekt aus der finanziellen Unterstützung herausfällt.

Es muss uns deshalb neben der politischen, parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus insbesondere auch um die nachhaltige zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung, den gesamtgesellschaftlichen Dialog und um deren Förderung gehen. Chancen der demokratischen Mitgestaltung müssen aufgezeigt, Alternativen angeboten und eine solidarische Zivilgesellschaft aufgebaut werden.

Dazu gehört unbedingt eine langfristig, auf Dauer angelegte finanzielle Unterstützung von Strukturen und Projekten. Nur durch die Kombination langfristiger politischer und zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung kann es gelingen, wirklich wirkungsvoll der rechtsextremen Kultur den Boden zu entziehen und eine demokratische Kultur tragfähig zu machen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Damit all dies nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, fordern wir die Landesregierung auf - solange sie es noch ist -, im Bundesrat entsprechende Initiativen zur Fortführung des Programms noch vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns von hier aus und heute ein deutliches Zeichen setzen für Demokratie und Toleranz, gegen Gewalt und gegen die drohende Gefahr des Rechtsextremismus. Unterstützen wir ein Bündnis all derer, die in Initiativen und Projekten außerhalb der Politik tätig sind und mit Zivilcourage ihren Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, auch wenn schon Wahlkampf ist: Was wäre ei-

gentlich so schlimm daran, wenn heute ein Antrag der Linkspartei mit Mehrheit beschlossen werden würde? Ihr Änderungsantrag sagt inhaltlich nichts anderes als unser Antrag aus, außer dass unserer inhaltsreicher ist und wir Bewertungen hineingeschrieben haben. Ich frage: Warum haben Sie diese Bewertungen herausgelassen?

Da uns dieses Thema aber viel zu wichtig ist, als dass wir es dem Wahlkampf opfern würden, werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Änderungsantrag der Stimme enthalten, weil uns gerade die Bewertungen wichtig sind. Bei der Endabstimmung werden wir dem Antrag aber zustimmen. Das zeugt aus unserer Sicht von politischer Größe. Es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, wenn auch Sie das einmal täten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Tiedge. - Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte eintreten, hat für die Landesregierung Herr Staatsminister Robra um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat im Jahr 2000 im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ die drei im Antrag genannten Förderprogramme für Modellprojekte aufgelegt. Das Programm hat mit seinen unterschiedlichen Schwerpunkten im Grundsatz richtige Antworten auf die bundesweite und auch internationale geführte Diskussion in Bezug auf Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern gegeben. Dabei wurden bestehende Initiativen aufgegriffen und um neue modellhafte Projekte ergänzt.

Alle drei Programme haben mit unterschiedlichen Schwerpunkten wesentlich zu einer Stärkung der Bildungsarbeit und der Vernetzung von Akteuren im Kontext der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt beigetragen. Dabei ist die gesonderte Förderung der neuen Länder im Rahmen von Civitas für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung. Der fremdenfeindliche Übergriff in Pömmelte hat einmal mehr gezeigt, wie notwendig ein solches Angebot ist.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung befürwortet eine Weiterentwicklung der bestehenden Programme über das Jahr 2006 hinaus, mit dessen Ablauf dieses modellhafte Aktionsprogramm bislang planmäßig enden würde.

Die Bekämpfung von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die den Bund, die Länder und die Kommunen aus politischen und ethischen Erwägungen gleichermaßen betrifft. Hierbei muss es neben der konsequenten Verfolgung von Straftaten mit extremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund um die Stärkung von Initiativen aus der Gesellschaft heraus gehen.

Der Staat kann und muss Demokratie und Menschenrechte auch und gerade gegen extremistische Bestrebungen schützen. Doch die Verwirklichung dieser Werte im Sinne einer demokratischen und toleranten Lebenskultur ist Sache der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Selbstorganisation. Diese zu stärken, muss das Ziel aller staatlichen Unterstützung in diesem Kontext sein.

In diesem Sinne haben wir gemeinsam mit Ihnen allen im zurückliegenden Jahr das Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt ins Leben gerufen, das inzwischen sehr erfolgreich arbeitet.

Allerdings sollten wir nach den Erfahrungen der Landeszentrale für politische Bildung im Falle einer Fortsetzung des Bundesprogramms, für das wir uns im Sinne des Änderungsantrages gern einsetzen werden, die Ergebnisse der Evaluation, die ohnehin ansteht, kritisch würdigen und zum Beispiel darüber nachdenken, wie die Projekte und die Strukturen der Bundesprogramme insgesamt noch stärker mit denen von Ländern und Kommunen verzahnt werden können.

Die neuen Länder sind gut beraten, frühzeitig zur Gestaltung der Konzeptionen zur Fortführung der Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte durch den Bund Stellung zu beziehen, da sich bei der Entscheidung über eine Neukonzeption abermals die Frage stellen wird, ob es auch weiterhin eine spezielle Förderung von Projekten in den neuen Ländern geben wird. Das ist gerade für die Träger bei uns im - wenn man es so sagen darf - Wettbewerb mit den Trägern in den alten Ländern von großer Bedeutung.

Eben dies war bisher durch das Programm Civitas gegeben. Zwischen 2000 und 2005 hat der Bund im Rahmen dieses Programms allein in Sachsen-Anhalt 167 Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von 4,3 Millionen € gefördert. Dies betraf Projekte zum Aufbau und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen für Beratung, Qualifizierung und Vernetzung ebenso wie zahlreiche zeitlich begrenzte Einzelprojekte zum Beispiel in den Bereichen der Jugendarbeit, der politischen Bildung und auch der Gedenkstättenarbeit.

In diesem Sinne wird die Landesregierung von Sachsen-Anhalt geeignete Schritte unternehmen, um die Interessen des Landes geltend zu machen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Meine Damen und Herren! Wir treten in eine Fünfminutendebatte ein. Zunächst erhält für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Herr Droese das Wort. Herr Droese wird heute, in der letzten Plenarsitzung der Legislaturperiode, zum vorletzten Tagesordnungspunkt seine Jungfernrede halten.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Herr Droese (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke für die einführenden Worte. Das bringt meine Nervosität auf den richtigen Level. Ich finde es aber schön, dass ich als neuer, junger Abgeordneter hier einmal von allen Abgeordneten des Hauses Beifall bekomme.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sie sind neu, aber nicht jung! - Frau Budde, SPD: Das ist relativ!)

- Danke, auch dieser Hinweis ist sicherlich richtig.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Wie Herr Staatsminister Robra eben gesagt hat, ist das Anliegen des heutigen Antrages eine gesamtstaatliche

Aufgabe und eine überfraktionelle Aufgabe. Insofern unterscheidet sich der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP auch von dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, weil er nämlich jeglicher politischer Couleur entbehrt.

Meine Damen und Herren! Viele Jugendliche in Sachsen-Anhalt konnten vom Aktionsprogramm des Bundes profitieren. Durch die verschiedenen Teilprogramme konnten zahlreiche Projekte finanziell unterstützt werden. Gerade in der Zeit knapper Kassen sind Bundesmittel, die im Bereich der Jugendarbeit und in der politischen Bildungsarbeit eingesetzt werden, notwendig, auch deshalb, weil im Rahmen des Aktionsprogramms eine Förderung von bis zu 80 % der Gesamtkosten der einzelnen Einrichtungen erfolgt.

Über die erwähnten Programme hinaus ist es mir aber auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass noch weitere begleitende Programme für Jugendliche in Sachsen-Anhalt bestehen, die das Ziel der Integration haben und sich speziell an Jugendliche wenden. Genannt seien hier das Projekt „Integration durch Sport“ des Deutschen Sportbundes, das sich an Jugendliche, speziell an jugendliche Aussiedler richtet, oder die Initiative „Körbe gegen Gewalt“ im Bereich des Basketballs.

Es besteht darüber hinaus die Möglichkeit, EU-Fördermittel für den Bereich der Jugendarbeit und für die Prävention gegen Rechtsextremismus zu erhalten. Damit die zur Verfügung stehenden Landesmittel, die jeweils zur Kofinanzierung dienen, optimal genutzt werden können, ist es wichtig, die Möglichkeiten auf der Bundes- und der EU-Ebene zu nutzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vermittlung von ethischen Werten unserer Gesellschaft und die Vermittlung unseres Demokratieverständnisses an Jugendliche ist von enormer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Gesellschaftliches Engagement sowie Zivilcourage zu stärken, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern ist auch im Hinblick darauf, dass die Zahl der extremistischen Straftaten im letzten Jahr nicht nur im Bundesgebiet, sondern auch in Sachsen-Anhalt zugenommen hat, ein wichtiges Anliegen von uns allen.

Wie wichtig weltoffene Toleranz und demokratische Strukturen als Basis für unser aller Miteinander sind, zeigt nicht nur der Blick auf die jüngsten Ereignisse in Pömmelte, sondern das zeigen auch die internationalen Reaktionen auf eine sicherlich falsch verstandene Pressefreiheit.

Die FDP-Fraktion hat den Änderungsantrag mit eingebbracht, um die Landesregierung zu bitten, Abstimmungen auf der Bundesebene vorzunehmen und eine Fortsetzung des Bundesprogramms zu bewirken. Ob das in eine Bundesratsinitiative münden muss, wird sich zeigen und hängt wesentlich von den Ergebnissen der Kontakt- aufnahme ab. Das bedeutet keineswegs, dass die FDP-Fraktion nicht die Dringlichkeit des Handelns sieht; im Gegenteil, wir sehen Handlungsbedarf, noch vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes eine Entscheidung über die Zukunft der Projekte der Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu erreichen.

Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, dem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Sehr geehrter Abgeordneter Herr Droese, erlauben Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Tiedge?

Herr Droese (FDP):

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Tiedge, bitte sehr.

Frau Tiedge (Linkspartei.PDS):

Herr Kollege, nun möchte ich Sie bei Ihrer ersten Rede nicht gleich in Schwierigkeiten bringen. Aber es tut mir leid; Sie sprechen nun einmal für die FDP-Fraktion.

Sie haben gesagt, Sie könnten unserem Antrag nicht zustimmen, weil dort politische Couleur enthalten sei. Können Sie das bitte einmal erklären? - Wir haben nichts weiter gemacht, als die Arbeit des Programms zu bewerten, was Sie selber in der Begründung auch getan haben. Nennen Sie bitte einmal die Stelle, an der wir politische Couleur hineingebracht haben. Vielleicht können Sie auch noch einmal einen Satz zur Begründung dafür sagen, warum Sie unserem Antrag nicht einfach zustimmen können.

Herr Droese (FDP):

Das war eigentlich die Begründung. Wenn Sie den Antrag lesen, dann sehen Sie, dass er politisch gefärbt ist. Dem können wir so nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP - Frau Tiedge, Linkspartei.PDS: An welcher Stelle denn?)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Droese. - Für die SPD-Fraktion setzt der Abgeordnete Herr Bischoff die Debatte fort. Bitte sehr, Herr Bischoff. Ich habe gesehen, dass Sie gerade noch an Ihrer Rede geschrieben haben.

Herr Bischoff (SPD):

Nein, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich war Frau Grimm-Benne als Rednerin vorgesehen. Sie ist mit einer Besuchergruppe unterwegs. Deshalb will ich die Gelegenheit wahrnehmen und kurz zu Ihnen sprechen.

Dass wir das Anliegen unterstützen, ist gar keine Frage. Es ist eigentlich eine unserer Grundüberzeugungen. Dieses Bundesprogramm war in seinen Teilen erfolgreich, besonders bei denen, die es vor Ort umgesetzt haben, und auch im Hinblick auf diejenigen, die betroffen waren, für die Opfer, die begleitet wurden. Das ist für uns äußerst wichtig.

Wir würden den Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion auch mit der Würdigung, die darin steckt - das ist keine Wertung, das sehe ich auch so, sondern es ist eine Würdigung derer, die das tun -, unterstützen; denn das ist ein ganz wichtiges Anliegen. Wir würden uns aber zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP der Stimme enthalten, weil es um eine große Gemeinsamkeit geht, und wir würden am Ende zustimmen, weil es wichtiger ist, über alle Differenzen hinweg tatsächlich ein deutliches Zeichen zu setzen. - Danke schön.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bischoff, für die große Zeitdisziplin. - Die Debatte wird fortgesetzt durch den Abgeordneten Herrn El-Khalil für die CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr El-Khalil.

Herr El-Khalil (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, die Disziplin zu teilen und meine Rede zeitlich gestrafft vorzutragen.

Meine Damen und Herren! Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind einfach menschenverachtend. Sie sind von keinem, der ein demokratisches Herz hat, hinnehmbar. Das sind abgrundtief schlechte Dinge, die passieren. Egal, ob es um Pömmelte oder um Wernigerode geht - hinnehmbar ist das nicht. Daran muss man arbeiten. Wir müssen etwas tun.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das richtet auch einen großen Schaden an, nicht nur gesundheitlicher Art bei den Betroffenen, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht, weil für das ganze Land ein unermesslicher Imageschaden entsteht. Das heißt, wir müssen daran arbeiten und dafür kämpfen, dass dieses Land nicht mit diesen Personen, die nur einige Prozente der Bevölkerung ausmachen, identifiziert wird. Ich sage zu diesen Menschen „Hohlköpfe“.

Aber manchmal frage ich mich auch, ob das nicht eigentlich bedauernswerte Kreaturen sind, die von irgendwelchen Rattenfängern verführt wurden. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir diese Menschen vor solchen Rattenfängern schützen können.

Meine Damen und Herren! Nach der Auffassung der CDU sind die Ursachen natürlich zu bekämpfen, und zwar direkt an der Wurzel. Die Maßnahmen, die Projekte, die laufen, halten auch wir für gut und für absolut notwendig.

Die Förderprogramme zur Bekämpfung des Extremismus müssen zielgerichtet und effektiv sein; sie müssen aber auch evaluiert werden. Das ist auch einer der Gründe dafür, dass wir in unserem Änderungsantrag nicht konkret auf Projekte, sondern auf das Thema an sich eingegangen sind. Wir wollen es fördern. Wir wollen aber auch die Möglichkeit haben, es zu evaluieren.

Wir denken, dass hierbei die Polizei, die Jugendämter, die Träger der Jugendsozialarbeit, die Lehrer, die Kommunalpolitiker, die sachkundigen Einwohner, die Familien und die Bildungszentren - alle relevanten Einrichtungen - vertrauensvoll zusammenarbeiten müssen.

Bedanken muss man sich aber nicht nur bei den großen Einrichtungen, die hier erwähnt worden sind, sondern auch bei den kleinen Projektträgern wie dem Bildungswerk Sachsen-Anhalt e. V. oder den vielen Schulen, die selbst solche Projekte durchgeführt haben.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Ich sage: Extremismus muss bekämpft werden, egal, von welcher Seite er kommt, von rechts oder von links, oder ob er national oder religiös begründet ist. Wir dürfen es nicht tolerieren.

Ich möchte versuchen, meinen Redebeitrag an dieser Stelle damit zu beenden, dass ich bekannt gebe: Ich als eine Person von den 95 oder mehr Prozent der Menschen, die hier leben und die mit Extremismus nichts am

„Hut“ haben, werde in der Öffentlichkeit - in diesem Land und woanders - nicht immer nur von den paar Idioten reden, die dieses Land in Misskredit bringen. Ich lebe hier ebenfalls als nicht Deutschstämmiger. Ich bin glücklich, hier zu sein. Ich bin stolz auf dieses Land und möchte auch hier bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr El-Khalil. - Frau Tiedge, Sie haben jetzt noch einmal das Wort. Bitte sehr.

Frau Tiedge (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur einige wenige Worte noch von mir, weil ich es einfach schade finde, dass bei der großen inhaltlichen Übereinstimmung aus wahltaktischem oder politischem Kalkül unserem Antrag nicht zugestimmt werden kann.

Ich habe von keinem der Redner gehört, warum unser Antrag nicht zustimmungsfähig ist. Er enthält keine politische Wertung. Vielmehr gibt es nur eine Bewertung der Arbeit der Programme. Genau das haben Sie in der Begründung zu Ihrem Änderungsantrag auch als gut befunden.

Ich finde es schade, wenn ein Signal dahin ausgeht, dass Sie es noch nicht einmal in diesem Punkt fertig bringen, einem Antrag von uns in der letzten Landtagssitzung zuzustimmen, zumal es inhaltliche Übereinstimmungen gibt. Das finde ich schade. Es ist ein verkehrtes Signal an die Öffentlichkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Tiedge. - Meine Damen und Herren! Wir treten nun in das Abstimmungsverfahren zu den Drs. 4/2621 und 4/2644 ein.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 4/2644 ab. Wer diesem Änderungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei den Fraktionen der CDU und der FDP. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen worden.

Wir stimmen nunmehr über den Antrag der Linkspartei.PDS in der geänderten Fassung ab. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei allen Fraktionen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in der so geänderten Fassung einstimmig angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 22 ist beendet.

Meine Damen und Herren! Damit treten wir in die Behandlung des **Tagesordnungspunktes 23** ein:

Beratung

Erklärung der Zukunftskommission „Perspektiven für unsere Regionen“

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2622**

Einbringerin ist die Abgeordnete Frau Wybrands. Bitte sehr, Frau Wybrands.

Frau Wybrands (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Die Zukunft gehört denjenigen, die die Möglichkeiten sehen, bevor sie offensichtlich werden.“ Diese Weisheit von Oskar Wilde erfasst eigentlich schon die Ziele der Gemeinschaftsinitiative Interreg III C und sie erklärt auch, warum unser Bundesland vor kurzem Gastgeber der ersten Zukunftskonferenz unter dem Thema „Perspektiven für unsere Regionen“ war. Während andernorts die Zukunft nur auf dem Papier zu finden ist, schafft Sachsen-Anhalt wie des Öfteren Fakten.

Eingeladen dazu waren die Partnerregionen Centre in Frankreich, Valencia in Spanien und North Great Plains in Ungarn. Die rund 200 Teilnehmer haben über gemeinsame Strategien zur Lösung zentraler wirtschaftlicher Probleme beraten. Zuvor konnte unser Ministerpräsident Wolfgang Böhmer führende Repräsentanten dieser Regionen begrüßen.

Die vier Regionen hatten sich im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative Interreg III C zusammengefunden. Als besonders positiv hervorzuheben ist, dass der Organisator des Zusammenschlusses das Verbindungsbüro Sachsen-Anhalt in Brüssel ist.

Es ist wichtig und richtig, dass das Land Sachsen-Anhalt hier aktiv auf dem europäischen Parkett agiert, um eine effiziente und nachhaltige Nutzung der EU-Strukturfonds mittel zu erreichen. Zugleich wird deutlich - wie auch beim Agieren bezüglich des Chemienetzwerkes -, dass Sachsen-Anhalt mittlerweile einen angemessenen Platz unter den 256 Regionen in der EU gefunden und im vereinten Europa einen Namen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gemeinschaftsinitiative Interreg III C der Europäischen Union unterstützt den Erfahrungsaustausch und den Zugang zu Informationen, die im Zuge der Strukturfonds und anderer Aktionen gesammelt wurden. Im Rahmen der Initiative sollen sich Regionen mit ähnlicher Ausgangssituation aus ganz Europa zusammenfinden, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Handlungskonzepte für zentrale wirtschaftliche Probleme entwickeln. Diese so genannten regionalen Rahmenmaßnahmen erlauben es den Regionen, in den nächsten drei Jahren in zentralen Fragen der Regionalentwicklung eng zu kooperieren.

Beantragt wurde die Zusammenarbeit in den Feldern regionale Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Dafür werden von der Europäischen Kommission insgesamt 3,02 Millionen € für die kommenden drei Jahre bereitgestellt. Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass dies zusätzliche Gelder sind, die normalerweise für Sachsen-Anhalt nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Entgegen der bisher üblichen Beantragung der Förderung von Einzelprojekten ermöglicht das Großprojekt „Perspektive 2007 bis 2013“ den Regionen einen weit aus größeren Handlungsspielraum. So wurden im Rahmen der Antragstellung im Wesentlichen die Ziele und die Strategien der künftigen Zusammenarbeit der Regionen beschrieben, ohne dass jede Einzelheit ausformuliert und festgeschrieben werden musste.

Nun liegt es an den Regionen, in den kommenden drei Jahren im Bereich der Förderung der Wettbewerbsfähig-

keit und der Dauerhaftigkeit eigene Kooperationsschwerpunkte zu entwickeln und daraus tragfähige Kooperationsbeziehungen zu bilden.

Damit ist die regionale Rahmenmaßnahme ein wichtiges Element für die Unterstützung und Unterstützung der Regionalpartnerschaften des Landes; denn angesichts der neuen Strukturfondsperiode von 2007 bis 2013 sind die teilnehmenden Regionen mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Sie müssen die Stärken und Schwächen ihrer Regionen angesichts der globalen ökonomischen Trends, sich ändernder Sozialmuster, des demografischen Wandels und sich ändernder Rahmenbedingungen identifizieren, sie müssen in die Zukunft schauen und umfassende regionale Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen entwickeln, um so den effizienten und effektiven Einsatz der vorhandenen Mittel sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Wenn man in einer solchen Veranstaltung sitzt und zuhört, dann stellt man fest, dass man zunächst den Nutzen des einen oder anderen nicht so recht erkennen kann, dann aber anhand der dargestellten Entwicklung sieht, dass dadurch doch wirtschaftlicher Aufschwung erreicht wurde und Arbeitsplätze entstanden sind.

Wir haben im Vorfeld des Antrages einige Diskussionen darüber gehabt, ob die Auswirkungen einer solchen Zukunftskonferenz überhaupt finanziell messbar sind. Ich möchte denjenigen, die etwas skeptisch waren, mit einer Weisheit von Rainer Maria Rilke antworten - ich zitiere :-:

„Das ist im Grunde der einzige Mut, den man von uns verlangt: mutig zu sein zu dem Seltsamsten, Wunderlichsten und Unaufklärbarsten, das uns begegnen kann.“

Dann kann man anschließend feststellen: Das, was zunächst ganz anders schien als das, was man selber gedacht hat, kommt auch zu einem guten Ende.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Qual, FDP)

Es ist daher wichtig, dass die Regionen die bisher bestehenden ungenutzten Möglichkeiten zur Kooperation besser nutzen. Wir erwarten, dass diese Zusammenarbeit bestehende Kooperationsdefizite beseitigt.

Dies hat übrigens auch schon eine andere Konferenz getan, die vom Finanzministerium ausgelobt wurde, wo es um die Best-Practice-Beispiele ging. Leider war es uns Abgeordneten damals nicht möglich, daran teilzunehmen, weil sie zeitgleich mit einer Landtagssitzung stattfand.

Aufgrund des bestehenden Charakters der Kooperation und der innovativen Ansätze halten wir es für angezeigt, dass der Landtag regelmäßig über die Ergebnisse der Kooperation unterrichtet wird und dass geprüft wird, inwieweit die Legislative darin eingebunden werden könnte.

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Wybrands. - Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte eintreten, hat für die Lan-

desregierung wiederum der Staatsminister Herr Robra um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der jetzt mit diesem Tagesordnungspunkt nun wirklich zu Ende gehenden Legislaturperiode konnte die Verflechtung Sachsen-Anhalts in die internationale und interregionale Zusammenarbeit erheblich gestärkt werden. Jüngstes Projekt ist die regionale Rahmenmaßnahme „Perspective 2007-2013“, die Mitte des vergangenen Jahres von der EU genehmigt und mit Finanzmitteln in erheblicher Höhe ausgestattet wurde und an der neben Sachsen-Anhalt die Regionen Valencia, als so genannter Lead-Partner, Centre und Észak-Alföldi beteiligt sind.

Zu diesem Projekt gehört auch die Berufung einer Zukunftskommission, der unter anderem die Spitzen der Exekutiven, also die Ministerpräsidenten, angehören. Die formelle Einbindung der Parlamente war hierbei schwierig, weil es nicht in allen teilnehmenden Regionen solche Vertretungskörperschaften gibt.

Diese Kommission hat am 25. Januar 2006 erstmals in Magdeburg getagt. Am Folgetag fand ebenfalls in Magdeburg die erste von insgesamt drei Zukunftskonferenzen statt. Die Zukunftskommission hat eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die im Wesentlichen folgende Punkte umfasst:

Sie will ihre Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen der Regionalentwicklung zum gemeinsamen Nutzen weiter ausbauen. Alle beteiligten Regionen stehen bei der künftigen Ausgestaltung der europäischen Strukturfonds vor ähnlichen Herausforderungen.

Im Rahmen des Projekts haben sich die Partner daher darauf verständigt, die interregionale Zusammenarbeit erstmals auch als Teil des Programmierungsprozesses für die nächste Förderperiode einzusetzen, also auch in dieser Phase gewissermaßen über den Gartenzaun hinwegzublicken. Dabei sollen auch bisher nicht oder unzureichend genutzte Möglichkeiten zur Zusammenarbeit ergriffen werden, unter anderem um Erfahrungen auszutauschen mit dem Ziel der Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen, der Umsetzung innovativer Ideen und des Transfers von bewährten Praktiken.

Neben der Bildung der Zukunftskommission haben die Regionen zwei Arbeitsgruppen mit jeweils einem Förderfonds gebildet, um über Schlüsselthemen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Nachhaltigkeit zu diskutieren. Diese Arbeitsgruppen arbeiten bereits und haben vergleichende Studien und Trendanalysen veranlasst. Dabei geht es um die Themen Clustering, Automotiv, Entwicklung von Humanressourcen, regionale Vermarktung, erneuerbare Energien sowie Abfallentsorgung, also durchweg ganz praktische Dinge, die auch für uns und die Entwicklung unseres Landes in der Zukunft erhebliche Bedeutung haben können.

Ein ganz zentraler Punkt der Erklärung ist der Aufruf an alle interessierten Institutionen und an die Wirtschaft in den Regionen, sich aktiv an der Kooperation zu beteiligen und eigene Projekte zu entwickeln. Diesen Aufruf erneuere und vertiefe ich mit Blick auf die Akteure in unserem Land von dieser Stelle aus gern.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Interesse des Landtags an diesem Projekt ist erfreulich und wird von der Landesregierung ausdrücklich begrüßt. Ich verweise auch auf Ihre Teilnahme, sehr geehrter Herr

Landtagspräsident Professor Dr. Spotka, und die Teilnahme weiterer Mitglieder des Landtages an der Zukunftskonferenz, für die ich ausdrücklich danke.

Vor diesem Hintergrund ist die Landesregierung selbstverständlich gern bereit, den Landtag über den weiteren Fortgang des Projekts zu unterrichten. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch den Hinweis auf die Internetseite des Projektes „www.perspective2013.info“, die anlässlich der Zukunftskonferenz freigeschaltet wurde und von den Partnern in Valencia betreut wird. Hier finden sich, ständig ausgebaut, aktuelle Informationen über das Projekt und die einzelnen Aktivitäten.

Eine förmliche Einbindung des Landtags und gegebenenfalls auch der Vertretungskörperschaften der Partner werden wir gern prüfen, wenngleich ich derzeit noch nicht wirklich sagen kann, ob sich Ansatzpunkte für eine aktive Einbeziehung ergeben können. Hier bleibt die Periode der Entwicklung von Kooperationsprojekten abzuwarten. Dabei wird die Landesregierung den Wunsch des Landtages stets im Blick behalten. Wenn der Landtag seinerseits konkrete Vorstellungen erarbeitet, wird die Landesregierung diese selbstverständlich aufgreifen und mit den Partnern erörtern.

Der Zeitplan sieht vor, dass im Oktober 2006, also noch in diesem Jahr, die Kooperationsprojekte ausgewählt und begonnen werden. Bis Februar 2008 sollen Abschlussberichte vorgelegt werden. Ein letzter Höhepunkt wird die Zukunftskonferenz in Centre im April 2008 sein.

Ich bin davon überzeugt, dass wir bis dahin die Zusammenarbeit unter den vier beteiligten Regionen deutlich ausgebaut haben werden und auch über den Zeitrahmen des eigentlichen Projekts hinaus Kooperationen anschließen können, von denen Sachsen-Anhalt, wie ich denke, wirklich profitieren kann. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Robra. - Meine Damen und Herren! Damit können wir in die Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion eintreten. Zunächst hat für die Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Dr. Klein das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Klein.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Antrag, bei dem ich ernsthaft grübelte: Was soll mir dieser sagen?

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Herr Gürth, CDU: Ach ja? Hat es sich gelohnt? - Herr Tullner, CDU: Frau Wybrands hat es erklärt!)

Zuerst dachte ich, Sie hatten Angst davor, dass die Tagesordnung der letzten Sitzung zu kurz sein könnte.

(Herr Tullner, CDU: Es ist keine Frage offen geblieben!)

Oder sind Sie am Ende der Wahlperiode gar besonders romantisch verklärt, was die EU-Politik unseres Landes betrifft?

Frau Wybrands, Sie haben mich aufgeklärt: Es gab eine interessante Konferenz und es gibt ein interessantes Projekt.

(Herr Gürth, CDU: Es hat sich also gelohnt!)

Wenn bisher Interreg-IIIC-Gelder ungenutzt blieben und sie jetzt für Konferenzen und Gespräche mit drei anderen Regionen genutzt werden, dann ist das vernünftig, weil diese Gelder sonst wirklich verfallen und nicht einfach eingespart werden können.

Vielleicht können wir im Jahr 2008 mitjubeln, wenn aus dieser regionalen Maßnahme wirklich beträchtliche Chancen, wie es in dem Antrag heißt, erwachsen sind, wenn Pilotprojekte in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit angefangen und zu Ende gebracht und die öffentlichen Dienstleistungen verbessert worden sind.

Es ist zwar nie zu spät, sich mit einem Thema zu beschäftigen, hier aber wäre es durchaus wünschenswert gewesen. Aber die Einbeziehung des Landtages stößt scheinbar in Ihren eigenen Reihen nicht unbedingt immer auf Zuspruch. Ansonsten hätten Sie in dem Antrag eine konkretere Forderung formulieren können. Der an die künftige Landesregierung gerichtete Wunsch ist doch sehr verschwommen: Man bittet zu prüfen, inwieweit der Landtag einbezogen werden könnte. - Bitte beziehen Sie uns ein, wenn der Austausch so bahnbrechend ist.

Fragen zu diesem Projekt hätten wir schon: Warum wurden gerade diese drei Regionen ausgewählt? Die begründeten gewissen Ähnlichkeiten kann man vielleicht noch finden, aber es gibt auch beträchtliche Unterschiede in Bezug auf das Einkommen und die Wirtschaftsentwicklung. Warum sind nicht Regionen einbezogen worden, mit denen wir schon Kontakte haben, wie etwa mit Masowien oder Plovdiv? Wir haben auch sehr gute Kontakte nach Schottland.

Für das ganze Projekt stehen reichlich 3 Millionen € zur Verfügung. Davon gehen die Kosten für drei große Kongresse ab. Wie viel Geld steht dann für die eigentlichen Projekte zur Verfügung? Welche Kosten verursacht diese regionale Maßnahme für Sachsen-Anhalt? Wir müssen sicherlich auch eine Kofinanzierung aufbringen. - Gut, auf diese Fragen werden wir sicherlich in der nächsten Legislaturperiode eine Antwort bekommen.

Die Arbeit der Zukunftskommission mag zwar einen gewissen Beitrag zur Ausgestaltung der EU-Förderprogramme leisten können, aber dann hätte man damit auf jeden Fall eher anfangen müssen; denn Sie wissen: Sachsen-Anhalter stehen früher auf!

In diesem Zusammenhang haben wir im Landtag schon weiter gehende Beschlüsse gefasst, als festzustellen, dass das Land Maßnahmen ergreift, damit die EU-Strukturfonds in der Förderperiode 2007 bis 2013 so effizient und nachhaltig wie möglich verwendet werden. Dass die Mittel in der nächsten Förderperiode effizient und nachhaltig eingesetzt werden sollen, ist wohl selbstverständlich.

Aber dies im Antrag vorsorglich zu fordern, ist ein schöner Ansatzpunkt für die Kritik an der endenden Förderperiode; denn effizient und nachhaltig war in dieser der Mitteleinsatz, der zu wesentlichen Teilen unter Ihrer Koalition, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, erfolgte, selbst nach Ihrer Ansicht nicht immer.

In der Bilanz sind die Landesinitiativen verkümmert. Viele regionale Initiativen überlegen heute, inwieweit es sich überhaupt lohnt, Kraft zum Beispiel in das ILEK zu stecken, weil sie nicht wissen, ob dies im Sande verläuft.

Wenn dieser Antrag schon mit Vorstellungen zur neuen Förderperiode verknüpft wird, dann müsste auch die For-

derung nach einer besseren Beteiligung des Landtages und einer stärkeren Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner in die Strukturfondsplanung genannt werden. Aber darum werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode kümmern.

Was also soll man nun mit einem Antrag tun, der die Landesregierung dafür lobt, dass sie vorhandenes EU-Geld nutzt, damit es nicht verfällt, einem Antrag, der so euphorische Erwartungen an dieses Kooperationsprojekt knüpft? Wir werden uns dazu verhalten, und zwar durch Enthaltung.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag der FDP-Fraktion. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Kosmehl. Bitte sehr, Herr Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Klein, an Ihrer Rede konnte ich feststellen, dass es noch erheblichen Informationsbedarf hinsichtlich der Zukunftskommission, der Tagung und des Programms Interreg III C gibt.

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS: Das kann doch nicht wahr sein!)

- Das ist jetzt noch nicht negativ belastet. Sie brauchen sich noch nicht aufzuregen.

(Herr Dr. Eckert, Linkspartei.PDS: Doch, doch!)

Als ich es das erste Mal gehört habe, habe mir dieselbe Frage - -

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

- Frau Bull, hören Sie bitte einmal zu, wenigstens ein Mal; es ist auch das letzte Mal.

(Herr Dr. Polte, SPD: Für Sie!)

- Ich komme wieder, keine Frage.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP)

Als ich es das erste Mal gehört habe, habe mir dieselbe Frage bezüglich Masowiens gestellt. Wer mit dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten in Masowien war, der hat gespürt, dass eine Partnerschaft heranwachsen kann, in der Sachsen-Anhalt und Masowien gemeinsam an einem Strang ziehen. Seit einer Rückfrage weiß ich aber, dass Masowien im Vorfeld gefragt worden ist und an einer Mitarbeit kein Interesse hatte. Deshalb ist es kein Ausschluss Masowiens, sondern es hat sich bei diesem Projekt die Mitarbeit von einem Partner nicht ergeben. Deshalb ist das nicht negativ zu bewerten.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Haben wir nicht gesagt!)

- Nein. Ich habe doch nur gesagt, dass Informationsbedarf besteht. Den werden wir demnächst, nämlich in der nächsten Legislaturperiode, gern weiter beleuchten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegin Wybrands hat darauf hingewiesen, dass es eine Veranstaltung des Finanzministeriums gab, an der Vertreter des Landtages sehr gern teilgenommen hätten. Ich muss Ihnen sagen, ich hätte auch gern an der Zukunfts-

konferenz teilgenommen, wenn nicht zeitgleich Ausschusssitzungen des Landtages stattgefunden hätten.

Frau Wybrands, ich glaube, wir werden gegenüber der Landesregierung noch einmal gemeinsam klar machen, dass der Landtag - das habe ich auch von Frau Dr. Klein vernommen - daran interessiert ist, auf allen Ebenen in diesem Bereich, bei den Strukturfonds usw. mitzureden. Deshalb bitten wir darum, dass wir einbezogen werden.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und bei der Linkspartei.PDS)

Ich glaube, wir sind auf einem ganz guten Weg.

Meine Damen und Herren! Interreg-IIIC-Gelder abzurufen, die zusätzlich zu den Geldern der Strukturfondsförderperiode 2007 bis 2013 kommen, ist der richtige Weg. Es vertieft auch die Beziehungen mit unseren Partnerregionen. Vielleicht gewinnen wir neue Regionen dazu, wenn wir in diesem Programm beweisen, dass es sich international lohnt, mit Sachsen-Anhalt zusammenzuarbeiten.

In diesem Sinne - und das ist heute mein letzter Satz -

(Oh! bei der Linkspartei.PDS)

hatte man in den gesamten vier Jahren hinsichtlich der Vertiefung der Partnerschaften auf europäischer Ebene immer einen guten Partner, nämlich im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten. Wir haben mit Masowien Kontakte aufgenommen. Wir haben unsere Kontakte ins Kontaktbüro nach Tallinn - Herr Kollege Metke, vielen Dank - weitergeführt und vertieft und das Vorhaben begleitet. Wir haben natürlich auch die Initiativen der Landesregierung, was beispielsweise Centre betrifft, stets begleitet.

Ich glaube, das Instrumentarium eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten in diesem Hohen Hause hat sich bewährt, und meine, das Bewährte sollte man in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam weiterführen. - Vielen Dank.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kosmehl. - Frau Wybrands, Sie haben das abschließende Wort, aber nicht das Schlusswort.

(Zurufe: Herr Dr. Püchel!)

- Oh, Herr Dr. Püchel, Sie haben eine Frage? - Nein, Sie wollen jetzt reden. Bitte sehr, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Präsident, wir sind noch da. Wir bleiben da und werden stärker und brauchen dann mehr Redezeit.

(Heiterkeit)

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Strukturfonds sind gut. Die Zusammenarbeit der Regionen ist gut. Der Antrag ist nicht schlecht. Er schadet auf keinen Fall. Das Wetter ist gut. Dann ist es auch gut, wenn wir dem Antrag zustimmen.

(Zustimmung - Minister Herr Becker: Der Redner ist gut!)

Ich wünsche denjenigen, die nicht mehr für den Landtag antreten, alles Gute für die Zukunft. Ich hatte Herrn So-

betzko schon etwas zu dem Leben danach gesagt. Denjenigen, die wieder für den Landtag kandidieren, wünsche ich Erfolg im Wahlkampf, was differenziert zu sehen ist - ganz klar.

(Herr Dr. Polte, SPD: Das wollte ich gerade sagen!)

Ich hoffe, dass ich viele von Ihnen hier wiedersehen werde. Wenn ich viele wiedersehen will, heißt das eigentlich, dass ich auch wieder dabei sein will. - In diesem Sinne: Alles Gute für die Zukunft!

Den Rest meiner Rede gebe ich zu Protokoll. - Vielen Dank.

(Der Redner hält ein weißes Blatt Papier hoch
- Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Püchel. Ich dachte, Sie haben in den nächsten Legislaturperioden noch genug zu reden; Sie haben die Rede entsprechend kurz gestaltet. - Nun hat Frau Wybrands das abschließende Wort.

Frau Wybrands (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zukunft soll man nicht voraussagen wollen, sondern möglich machen. Mit diesem Zitat hatte ich meine erste Rede begonnen.

Ich möchte sagen, im Laufe der vier Jahre haben wir gemeinsam einiges auf den Weg gebracht. Wir sind für die Zukunft gut aufgestellt. Ich darf mich für die Zusammenarbeit der europapolitisch Interessierten im Landtag von Sachsen-Anhalt bedanken.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Es gab viele Debatten, aber am Ende waren wir uns alle darin einig, dass wir unser Land nach vorn bringen wollen. - Vielen Dank.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Wybrands, für dieses versöhnliche Wort.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion in der Drs. 4/2622 ab. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der SPD-, bei der CDU- und bei der FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei der Linkspartei.PDS. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen worden und der letzte Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, noch einen Moment sitzen zu bleiben. Ich möchte noch ein Schlusswort sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem soeben abgeschlossenen Tagesordnungspunkt ist nun der letzte planmäßige Akkord des Landtages der vierten Wahlperiode erklungen. Diese zweitägige Sitzung mit der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und der Aussprache der Fraktionen darüber, mit den zahlreichen Gesetzesbeschlüssen und Antragsberatungen sowie nicht zuletzt mit dem stimmungsvollen gestrigen Abend - einigen hat man das noch angemerkt - hallt bereits nach.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Wir Mitglieder des Landtages der vierten Wahlperiode werden so in diesem Raum bis zur Wahl am 26. März 2006 wohl nicht wieder zusammenkommen. In Momenten wie diesen spürt man, was es heißt, ein politisches Mandat auf Zeit übertragen zu bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine arbeitsreiche und politisch spannende Wahlperiode liegt nun hinter uns. Die Bilanz unserer Arbeit, so meine ich, kann sich sehen lassen, auch wenn der politische Standort wie bereits der entfachte Wahlkampf natürlich auch die Beurteilung dieser Bilanz prägen.

Die vergangenen vier Jahre hatten viele parlamentarische Höhepunkte. Für mich war es vor allem die erste Änderung unserer Landesverfassung, die ich als Ausweis einer angenommenen Verantwortung vor den in ihr vereinten Grundregeln unseres Zusammenlebens empfunden habe.

Es ist hier nicht der Ort, eine lückenlose Bilanz zu ziehen. Die Landtagsverwaltung wird Ihnen diese, wie Sie wissen, traditionell mit dem Bericht über die Wahlperiode noch vorlegen. Darin werden Sie auch lesen können, dass wir uns im Plenum in 74 Sitzungen mit 819 Tagesordnungspunkten befasst, dabei 136 Gesetze beschlossen und 314 Beschlüsse einschließlich der heutigen gefasst haben.

Etwas 25 000 Bürgerinnen und Bürger haben uns im Plenum über die Schulter bzw. auf die Tische geschaut. Insgesamt konnte der Landtag in den vergangenen vier Jahren 56 000 Gäste begrüßen. Die zahllosen Gäste am Sachsen-Anhalt-Tag sind hierbei sicherlich nicht mit eingerechnet worden.

Erinnern möchte ich daran, dass wir das Volksabstimmungsgesetz geändert und ein Landtagsinformationsgesetz verabschiedet haben. Die Kreisgebietsreform und die Bestimmung der Kreissitze ließ verständlicherweise die Wogen hoch schlagen, wie auch die Auseinandersetzungen um die Betreuung und Förderung der Kinder zu Landtagsdebatten führten, die schließlich in das erste Volksbegehren und den ersten Volksentscheid einmündeten.

Allein, meine Damen und Herren, diese knappe summarische Bilanz zeigt, der Landtag von Sachsen-Anhalt war ein leistungsstarkes und arbeitsames Parlament, bei dem die inhaltlich-substanzielle Auseinandersetzung und die manchmal auch durchaus leidenschaftlich vorgetragene Werbung um Zustimmung für politische Lösungsalternativen im Vordergrund stand, ohne dass es Entgleisungen oder persönliche Verletzungen gab.

Sie haben, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dem Präsidium die Sitzungsleitung nie schwer gemacht. Ich und auch die Vizepräsidenten, meine ich, haben in dieser Legislaturperiode keinen einzigen Ordnungsruf erteilen müssen. Kürzlich hat mich der Landtagspräsident von Sachsen Herr Iltgen besucht. Was er an Ordnungsrufen allein innerhalb einer Plenarsitzung erteilen musste, das ist schon sagenhaft.

Ich darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für diese Fairness, aber auch für die engagierte Arbeit allen herzlich danken.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen vier Jahren aus unterschiedlichen Anlässen über Macht oder Ohnmacht des Parlaments debattiert

und nicht selten den Machtverlust der Vertretungen der Bürgerinnen und Bürger beklagt. Wir haben aber auch an der Reform der föderalen Ordnung mitgearbeitet.

Die Verabschiedung der Föderalismusreform, für die jetzt angesichts der doppelt großen Koalition eine einmalige Chance besteht, wird zu einer Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern führen und die Stellung der Landtage stärken. Sie darf nicht scheitern. Wir sind hier zum Erfolg verurteilt. Wie ich heute der Presse entnehmen konnte, ist auch die letzte Hürde genommen. Der Einbringung des Reformpaketes im März 2006 steht nun nichts mehr im Wege.

Es wird also die große Staatsreform geben. Die Länder und damit die Landesparlamente werden neue Spielräume erhalten. Damit werden natürlich auf den neuen Landtag auch neue und größere Aufgaben zukommen.

Wir brauchen in den nächsten Jahren ebenfalls, meine Damen und Herren, eine Diskussion über das, was uns, was Sachsen-Anhalt künftig ausmachen soll. Eine Zukunftsdebatte haben wir angestoßen. Alle Fraktionen haben Zukunftspapiere erarbeitet. Ich meine, das ist gut so. Es macht mir Hoffnung, dass politische Verantwortung auf einer sachlichen Grundlage angenommen wird und dass anstelle der Verwaltung des Augenblicks Langfristigkeit im Denken unser politisches Handeln dominieren wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Ende der Legislaturperiode stehen Wahlen bevor. Diese Wahlen bedeuten eine Zäsur; denn viele von uns, die seit dem 28. Oktober 1990 dabei sind, werden dem Landtag der fünften Wahlperiode nicht mehr angehören. Sein Gesicht wird also ein anderes, wohl vor allen Dingen ein jüngeres sein. Eine Generation von Abgeordneten tritt ab, nicht ohne einige wenige Repräsentanten der Gründungsmütter und -väter unseres Landes wieder in das Parlament zu entsenden. Einige davon sind erfrischend jung. Ich sehe Frau Budde, ich sehe Herrn Felke, ich sehe Herrn Gürth und andere.

(Herr Bischoff, SPD: Frisch! - Herr Dr. Polte, SPD: Herrn Püchel nicht übersehen! - Heiterkeit)

Die Gründergeneration wird also erhalten bleiben. - Herrn Dr. Püchel habe ich ganz vergessen.

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufhören können, loslassen können und gehen können, wenn es für einen selbst der richtige Zeitpunkt ist, um noch einmal neue Schwerpunkte für einen neuen Lebensabschnitt zu setzen und um vielleicht noch einmal zu lernen, was man bisher versäumt hat, ist nicht nur ein Akt der Selbstbestimmung, sondern auch eine Stärke, von der unsere auf befristeten Mandaten fußende parlamentarische Ordnung lebt.

Aber dieses Aufhören-Können hat seinen Preis. Sieht man sich die Liste derer, die definitiv nach 16 Jahren Parlamentszugehörigkeit ausscheiden werden, im Einzelnen an, so sind viele Frauen und Männer darunter, die dem Parlament, die ihren Fraktionen und die der Landespolitik insgesamt ihren Stempel aufgedrückt haben.

Kollege Höppner hat sich von uns bereits in der Sitzungsperiode im Januar verabschiedet. Sein parlamentarischer Wirkungskreis hatte in der frei gewählten Volks-

kammer begonnen. Sein politisches Wirken fand zweifellos in den Verfassungsarbeiten der ersten Wahlperiode und schließlich im Amt des Ministerpräsidenten des Landes in den Jahren von 1994 bis 2002 seinen Höhepunkt. Wie er werden unter anderem die Kollegin Hajek sowie die Kollegen Kühn, Olekiewitz und Reck nach vier Wahlperioden nicht mehr dem Haus und der Fraktion der SPD angehören.

In der Fraktion der Linkspartei.PDS ist besonders Frau Kollegin Hein zu nennen, die sich ebenfalls nach 16 Jahren Landtagszugehörigkeit nicht wieder um ein Mandat bewirbt. Mit ihr verliert das Haus eine der profiliertesten Bildungspolitikerinnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

In der FDP-Fraktion, die im Jahr 2002 nach zwei Wahlperioden Landtagsabstinent wieder in das Haus einzog, wird Kollege Lukowitz, der bereits von 1990 bis 1994 Abgeordneter war, definitiv ausscheiden. Er hat sich im Parlament und in der Regierung insbesondere um die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts verdient gemacht. Genauso verdient gemacht hat sich sein Kollege Rehberger, Wirtschaftsminister in der ersten und Abgeordneter und Wirtschaftsminister in dieser Wahlperiode.

Damit komme ich zu meiner Fraktion. Die Liste der nach 16 Jahren das Haus verlassenden Kolleginnen und Kollegen ist lang. Sie verdeutlicht den bevorstehenden Generationswechsel, der, wenn ich so in die Reihen schaue, ganz offensichtlich bereits im Jahr 2002 eingeleitet worden ist. Wenn man die Namen etwa der nunmehr ausscheidenden Kollegen - ich nenne nur einige wenige - Becker, Daehre, Schomburg und Sobetzko, aber auch den der Kollegin Fischer - seit dem Jahr 1994 im Hause - hört, wird deutlich, dass ein erheblicher Kompetenzverlust entstehen wird, den auszugleichen jetzt Jüngere übernehmen müssen und, darin bin ich mir sicher, auch übernehmen werden.

Ich glaube

(Der Präsident nimmt einen Schluck Wasser zu sich)

- die Rede ist sehr trocken, meine Damen und Herren -

(Heiterkeit)

als selbst Betroffener auch im Namen der anderen sich verabschiedenden Kolleginnen und Kollegen sagen zu dürfen: Wir gehen einerseits gern. Aber wir werden dieses Haus, diese hochinteressante und verantwortungsvolle Tätigkeit und vor allem Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ein Stück weit vermissen, weil bei allem Dissens in tagespolitischen Fragen die Arbeitsatmosphäre in diesem Hause sehr kollegial und die persönlichen Kontakte über Fraktionsgrenzen hinweg durchaus freundschaftlich waren. Weil dies eine schöne und verantwortungsvolle Aufgabe war, ist mit der Beendigung dieser Aufgabe natürlich auch eine gewisse Wehmut verbunden.

Zwar hat der kluge Hans Magnus Enzensberger in seiner Handreichung „Erbarmen mit den Politikern“ formuliert - ich zitiere -: „Politik ist der Abschied vom Leben, der Kuss des Todes.“ Ich habe das im Jahr 1990 ganz anders erlebt. Für mich war es wie eine Wiedergeburt. Ich bin davon überzeugt, wir alle haben ähnliche Erfahrungen gemacht.

Ich erlaube mir, dazu aus einem kleinen Brief zu zitieren
- der Briefschreiber sitzt unter uns, ich nenne ihn be-
wusst nicht -, den ich vor Kurzem erhielt:

„Nach mehr als 15 Jahren politischer Tätigkeit werde ich in wenigen Wochen dem Parlament adieu sagen. Das wird für mich kein leichter Moment werden, war ich doch mit Leib und Seele Parlamentarier. Was bleibt, ist die Erinnerung an eine schöne Zeit. Was bleibt, ist die Erinnerung an persönliche und politische Erfolge und Niederlagen. Ich habe in meinem beruflichen Leben vor der Wende viele schöne Erfahrungen gemacht und auch berufliche Erfolge erzielt. Aber die Zeit vor und nach der Wende, vor allem aber die Zeit im Landtag war für mich die prägendste. Dafür bin ich meinem Schicksal dankbar.“

Ich glaube, das sagen alle ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen. Treffender, Herr Olekiewitz, kann man es nicht ausdrücken.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Dass wir diese Zeit erleben durften, erfüllt uns alle mit Dank. Ich wünsche allen scheidenden Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien alles Gute, Gesundheit, einen gelingenden selbst gestalteten Übergang in einen neuen und ebenso erfüllten Lebensabschnitt sowie viele Chancen für eine interessante nachberufliche Betätigung.

Ich danke aber auch allen Kolleginnen und Kollegen, die sich einer erneuten Kandidatur stellen. Vor Ihnen liegt ein kurzer und trotzdem intensiver Wahlkampf um die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger am 26. März. Ich wünsche Ihnen allen, die sich erneut einer Kandidatur stellen, viel Kraft für die bevorstehende Terminhatz bis zum Wahltag, starke Nerven, einen fairen Wahlkampf und die Anerkennung Ihrer bisher geleisteten sehr guten Arbeit durch den Souverän.

Wenn ich noch eine Bitte an Sie anfügen dürfte: Versuchen Sie bitte in den ungezählten Gesprächen nicht nur für Ihre Mannschaft und Ihr politisches Programm zu werben, sondern auch Werbung für das Parlament und für unsere freiheitliche Demokratie zu machen. Auch darum geht es, meine Damen und Herren, bei der Entscheidung am 26. März 2006.

Ich kann alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger nur aufrufen, an diesem Tag wählen zu gehen und rechtzeitig vor ihrem Votum im Wahllokal die politischen Programme der Parteien und die zur Wahl stehenden Personen genau zu wägen. Unsere Welt ist nicht einfach, sie ist vielmehr komplex und deshalb kompliziert, weshalb auch die Antworten auf die Fragen nach dem Heute und Morgen keine einfachen, platten Parolen sein dürfen. Lassen Sie sich nicht für dumm verkaufen und

wählen Sie aufgeklärt, liebe Bürgerinnen und Bürger. Mehr darf ich von dieser Stelle aus leider nicht sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir bleibt zum Schluss ein Wort in eigener Sache. Auch ich werde dem nächsten Landtag nicht mehr angehören. Unmittelbar nach meiner Wahl am 16. Mai 2002 zu Ihrem Präsidenten habe ich Ihnen bedeutet, dass ich als Neuling in diesem Amt möglicherweise nicht von Anfang an alles richtig oder es allen recht machen werde, aber mein Bestes geben will, um dieses Amt fair, gut und überparteilich, eben als Präsident aller Abgeordneten, zu erfüllen. Ob und inwieweit mir das gelungen ist, will ich hier nicht beurteilen müssen. Mein Bestes habe ich allerdings versucht zu geben.

(Beifall im ganzen Hause)

- Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich bitte Sie gleich noch einmal zu klatschen. - Das ging nur mit der Unterstützung zahlreicher Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Stellvertretend für die vielen möchte ich mich bei beiden Landtagsvizepräsidenten, Frau Kollegin Dr. Paschke und Herrn Kollegen Dr. Fikentscher, für die zuvorkommende Unterstützung und die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall im ganzen Hause)

Unabdingbar waren auch das in Angelegenheiten des Landtages stets reibungslose Miteinander der Vorsitzenden der Fraktionen und die rastlose Mühewaltung der parlamentarischen Geschäftsführer im Maschinenraum hinter den Kulissen dieses Parlaments. Auch Ihnen herzlichen Dank!

(Beifall im ganzen Hause)

Danken möchte ich - das setze ich ganz bewusst an den Schluss meiner Abschiedsworte - vor allem auch allen Arbeitern, Angestellten und Beamten der Landtagsverwaltung, die mir und damit dem Haus zumeist mit voller Hingabe, wie es das Beamtengesetz etwas poetischer als erwartet fordert, gedient haben, die stets für einen reibungslosen und effizienten Ablauf des Parlamentsbetriebs gesorgt haben. Auch dies war für mich eine überraschend neue, positive Erfahrung. - Herzlichen Dank der Landtagsverwaltung!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich Ihnen allen Gesundheit, persönliches Wohlergehen und - gestatten Sie mir diese Ergänzung, sie kann ja nicht schaden - Gottes Segen für die Zukunft. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 15.15 Uhr.